

Mareike Büttner & Jana Voigt

Methoden der Früherkennung und wirksamen Bekämpfung von Rechtstextremismus in Brandenburg

Gefördert von der
F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus
und Intoleranz

Potsdam, den 31.12.2015



Bibliographische Angaben

Titel: Methoden der Früherkennung und wirksamen Bekämpfung von Rechtsextremismus in Brandenburg

Das gleichnamige Projekt wurde von der F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz gefördert.

Autoren:

Dipl.-Psych. Mareike Büttner

Dipl.-Psych. Jana Voigt

An der Vorbereitung und Erstellung des vorliegenden Projektberichts wirkte Frau Dipl.-Psych. Katja Lauermann mit.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Theoretischer Hintergrund	6
2.1	Begriffsdefinitionen	6
2.1.1	Radikalismus und Radikalisierung	6
2.1.2	Extremismus	6
2.1.3	Rechtsextremismus	6
2.2	Verbreitung rechtsextremistischer Straftaten	8
2.3	Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen	9
2.4	Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.....	13
2.5	Netzwerke	18
2.5.1	Begriffsdefinition	18
2.5.2	Typologien.....	18
2.5.3	Erfolgsfaktoren.....	21
2.5.4	Netzwerke gründen – Initiierungsphase	27
2.5.5	Netzwerke aufbauen – Stabilisierungsphase	32
2.5.6	Netzwerke pflegen – Verstärkungsphase	35
3	Methodisches Vorgehen.....	37
3.1	Bestandsanalyse	37
3.2	Bedarfsanalyse	38
4	Ergebnisse und Schlussfolgerungen	40
4.1	Bestandsanalyse.....	40
4.1.1	Organisationen in Brandenburg.....	40
4.1.2	Angebotskategorien.....	41
4.1.3	Angebote in Brandenburg.....	42
4.2	Bedarfsanalyse	63
4.2.1	Schriftliche Befragung der Organisationsvertreter	63
4.2.2	Workshop	66
4.3	Schlussfolgerungen und Empfehlungen.....	68
	Literatur	71
	Anhang	78

1 Einleitung

Schlagzeilen wie „Rechtsextremismus: Straftaten gegen Flüchtlinge nehmen stark zu“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2015) und „Feuer in Asylantenheimen: Chronologie des Schreckens“ (Frankfurter Neue Presse, 2015) verdeutlichen im Zusammenhang mit der anhaltenden Zuwanderung asylsuchender Personen, dass fremdenfeindliche – zum Teil offen gewalttätige – Übergriffe auf Personen aus der Gruppe der Asylsuchenden sowie anderer Zuwanderergruppen in Brandenburg ein akutes Problem darstellen. Bis September 2015 wurden bereits 71 fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten registriert. Im Jahr 2013 hingegen gab es im gesamten Jahr lediglich 26 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund (RBB Online, 2015). Die deutliche Zunahme extremistischer und insbesondere rechtsextremistischer Aktivitäten zeigt, dass Brandenburg weiterhin vor der Herausforderung steht, Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird den Kommunen eine besonders bedeutsame Rolle zugesprochen, denn rechtsextreme Personen und Gruppen sind im unmittelbaren Umfeld der Bürger aktiv. Maßnahmen zur Präventions- und Interventionsarbeit müssen demnach auf kommunaler Ebene ansetzen, um Unsicherheiten oder gar Ängste der Bevölkerung gegenüber Fremden abzubauen, eine demokratische Kultur zu entwickeln und die Zivilgesellschaft gegen Rekrutierungsstrategien rechter Gruppierungen zu stärken.

Es stellt sich die Frage, wie dem Rechtsextremismus – vor allem unter Jugendlichen, da diese in der (Vor-)Pubertät besonders anfällig für extreme Ideologien sind¹ (Bromba & Edelstein, 2002) – durch effektive Präventions- und Interventionsmaßnahmen auf kommunaler Ebene begegnet werden kann. Zur Beantwortung dieser Frage führte das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam von 2009 bis 2011 das Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Rechtsextremismus“ durch. Anhand der Projektergebnisse wurde deutlich, dass sich Kommunen unterschiedlich stark mit rechtsextremistischen Aktivitäten in ihrer Kommune auseinandersetzen und dass der Umfang ihrer Präventions- und Interventionsarbeit erheblich variiert (Burkert, Gottschall & Voigt, 2012). Erfolgreiche Kommunen zeichneten sich durch ein ausgeprägtes Problembewusstsein und eine enge „innere“ Vernetzung aus: Die kommunalen Akteure verfolgten ein einheitliches Handlungskonzept, welches auf eine nachhaltige Interventionspolitik ausgerichtet war und zivilgesellschaftliches Engagement unterstützte. Aus den Projektergebnissen ging ebenfalls hervor, dass ein kommunenübergreifender Erfahrungsaustausch über rechtsextremistische Aktivitäten und über die Gestaltung nachhaltiger Präventions- und Interventionsmaßnahmen kaum stattfand. Da Brandenburger Kommunen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus immer wieder vor ähnlichen Herausforderungen stehen, ist dieser Umstand als defizitär einzustufen – „weniger erfolgreiche“ Kommunen können nicht von den „Best-Practice-Beispielen“ erfolgreicher Kommunen lernen und profitieren. Ein wesentlich verbesserter Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen kommunalen Akteuren könnte im Rahmen eines kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus erfolgen.

Im vorliegenden Projekt der „F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz“ sollten der Bedarf für ein derartiges Netzwerk ermittelt und ggf. die Grundsteine für dessen Aufbau gelegt werden. Hierzu wurde zunächst eine Bestandsanalyse zu den derzeit in Brandenburg vorhandenen Organisationen und ihren (Unterstützungs-

¹ Nach Erikson (1988) und Winnicott (1993) sind Jugendgruppen durch einen „jugendlichen Idealismus“ gekennzeichnet. Sie suchen nach starken, handlungsrelevanten Überzeugungen (Werte und Ziele), die sich mit sozialen Beziehungsformen harmonisieren lassen (Normen). Rechtsextremistische Ideologien bieten hierfür attraktive Ansatzpunkte.

)Angeboten (z. B. Informationsmaterial, Beratung) im Kampf gegen den Rechtsextremismus durchgeführt. Das Ziel dieser Analyse bestand darin, die aktuellen Angebote bzw. Leistungen im Hinblick auf den Angebotsumfang abzubilden. Darauf aufbauend wurde der Bedarf für ein kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus unter Berücksichtigung der Vorstellungen und Erwartungen der kommunalen Akteure und weiterer potenzieller Nutzer analysiert. Über den sich anschließenden Vergleich der Ergebnisse aus der Bestands- und der Bedarfsanalyse sollten Schlussfolgerungen zur Notwendigkeit eines kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus gezogen und ggf. Anknüpfungspunkte für ein solches Netzwerk aufgezeigt werden.

Der vorliegende Bericht beginnt mit der Darlegung theoretischer Hintergründe zur Rechtsextremismus- und Netzwerkthematik: Zunächst werden Begriffsdefinitionen angeführt (Kap. 2.1) sowie statistische Befunde zu den in Brandenburg verbreiteten rechtsextremistischen Aktivitäten und Einstellungen vorgestellt (Kap. 2.2 und 2.3). Anschließend werden Strategien präsentiert, die auf kommunaler Ebene gegen Rechtsextremismus ergriffen werden können (Kap. 2.4). Das Kapitel 2.5 beinhaltet Erörterungen zum Netzwerkbegriff, zum Nutzen von Netzwerken, zu verschiedenen Netzwerktypologien sowie eine detaillierte Beschreibung derjenigen Faktoren, die den Erfolg von Netzwerkarbeit beeinflussen. Im Anschluss werden die grundlegenden Modelle, Schritte und Aktivitäten beschrieben, die im Zuge der Gründung und Weiterentwicklung von Netzwerken zu berücksichtigen sind. Erläuterungen zum methodischen Vorgehen sind Gegenstand von Kapitel 3. Die zentralen Ergebnisse der durchgeführten Bestands- und Bedarfsanalyse sowie deren vergleichende Betrachtung werden in Kapitel 4 aufgeführt. Schließlich münden die Ergebnisdarstellungen in Empfehlungen für den Aufbau eines kommunalen Netzwerks gegen Rechtsextremismus in Brandenburg.

2 Theoretischer Hintergrund

2.1 Begriffsdefinitionen

2.1.1 Radikalismus und Radikalisierung

Die Begriffe „Radikalismus“ und „Radikalisierung“ verweisen auf unterschiedliche Facetten desselben Phänomens. Während „Radikalismus“ eine tief verwurzelte kompromisslose politische oder religiöse Haltung bezeichnet, wird mit „Radikalisierung“ die Entwicklung hin zu dieser Haltung beschrieben. Eine Radikalisierung bezieht sich demnach auf den Prozess, in dessen Verlauf sich das Denken und/oder Handeln einer Person oder Gruppe ändert (Neumann, 2013).

Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die Begriffe „Radikalismus“ und „Extremismus“ häufig synonym verwendet; das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz grenzt beide Begriffe jedoch explizit voneinander ab (Bundesministerium des Innern, 2012): Demnach befinden sich radikale Positionen zwar bereits außerhalb des Mehrheitskonsenses und gehen bis an die Grenze der verfassungsrechtlichen Ordnung; im Gegensatz zu extremistischen Positionen werden sie allerdings nicht als verfassungswidrig eingestuft. Folgerichtig definiert Stöss (2010) das Phänomen „Radikalisierung“ als Übergangsbereich zwischen demokratischen und extremistischen Positionen. Radikalisierung meint somit den Prozess des Annäherns an extremistische Positionen und des Abgleitens in entsprechende Milieus (Klandermans & Mayer, 2006; Rommelspacher, 2006).

2.1.2 Extremismus

Gemäß der Definition des Verfassungsschutzes ist Extremismus durch Verfassungswidrigkeit gekennzeichnet: Als extremistisch gelten Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben (§ 3 Abs. 1, BVerfSchG). Extremismus kann dabei sowohl einer Gruppe (Organisation, Verein, Partei) als auch einer einzelnen Person im Sinne einer Einstellung oder eines Verhaltens zugeschrieben werden. Extremistische Bestrebungen lassen sich durch die Merkmale „Antipluralismus“, „Dogmatismus“, „Missionsbewusstsein“, „Elitäres Führerbild“, „Berufung auf Ideologien“, „Organisierte Strukturen“ und „Gewaltakzeptanz“ definieren (Jaschke, 2006; Jesse 2007). Für die Bewertung einer Position oder eines Verhaltens als extremistisch reicht das Vorliegen nur eines der genannten Merkmale jedoch nicht aus; ebenso wenig müssen zwingend alle Merkmale erfüllt sein. Darüber hinaus bedarf es für die Unterscheidung verschiedener extremistischer Orientierungen weiterer Begrifflichkeiten, welche die jeweils spezifische extremistische Position verdeutlichen. Der Begriff „Extremismus“ ist somit als Oberbegriff für sämtliche Extremismen zu verstehen und basiert traditionell auf der Modellvorstellung eines politischen Spektrums mit den Bereichen „Rechtsextrem“, „Demokratische Mitte“ und „Linksextrem“.

2.1.3 Rechtsextremismus

Der Begriff „Rechtsextremismus“ wird in der einschlägigen Fachliteratur seit seiner Etablierung in den 1980er Jahren verschiedenartig definiert. Nach der amtlichen Definition des Verfassungsschutzes sind die wesentlichen Merkmale von Rechtsextremismus: „Nationalismus“, „Rassismus“, „Antisemitismus“, ein „Autoritäres Staatsverständnis“ und eine „Ideologie der Volksgemeinschaft“ (Bundesministerium des Innern, 2012). Diese Merkmale dienen den Verfassungsschutzbehörden zur Einordnung einer extremistischen Position

als „rechtsextremistisch“. Neben den benannten Einstellungen wird Rechtsextremismus im Sinne des Verfassungsschutzes – ebenso wie „Linksextremismus“ – über das Kriterium der Verfassungsfeindlichkeit definiert.

Jaschke (2001, S. 30) versteht unter Rechtsextremismus „die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter der Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“.

Darüber hinaus sind rechtsextremistische Verhaltensweisen von rechtsextremistischen Einstellungen zu unterscheiden (Heitmeyer, 1987; Stöss, 2010). Letztere sind in allen Altersgruppen sowie Schichten der Bevölkerung nachweisbar (Decker, Kies & Brähler, 2012) und werden wie folgt charakterisiert: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Stöss, 2010, S. 57). Die Verhaltensdimension umfasst hingegen im Wesentlichen das Wahlverhalten zugunsten rechtsextremer Parteien, die Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen oder informellen rechtsextremen Gruppen, zielgerichtete Formen der Agitation (z. B. Aufmärsche, Demonstrationen) und schließlich Straf- und Gewalttaten bis hin zur Bildung terroristischer Strukturen (s. Abb. 1).

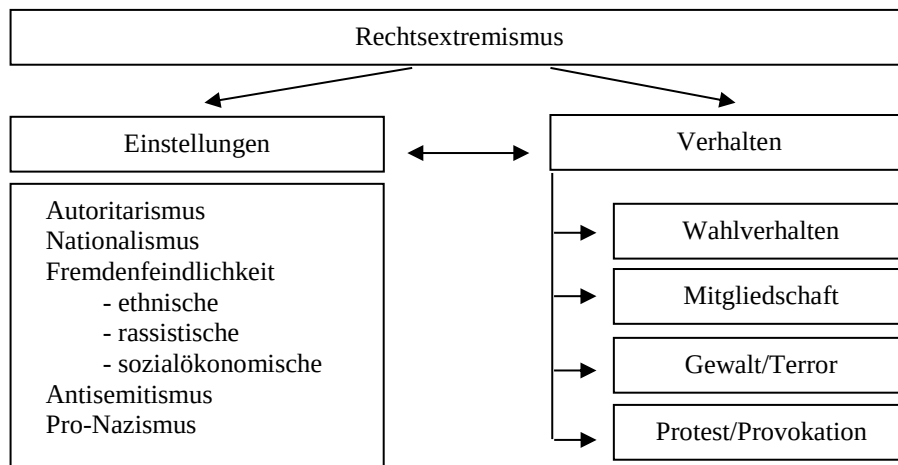


Abb. 1: Dimensionen des Rechtsextremismus (in Anlehnung an Stöss, 2010)

Die analytische Trennung in eine Verhaltens- und eine Einstellungsdimension verdeutlicht, dass Menschen, die über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild verfügen, nicht zwingend politisch aktiv oder gewalttätig sein müssen. Vielmehr ist die Anzahl derjenigen mit einem rechtsextremistischen Einstellungsmuster höher als die Zahl derer, die durch ein entsprechendes Verhalten öffentlich in Erscheinung treten. Umgekehrt stellt ein rechtsextremistisches Weltbild in der Regel eine Voraussetzung für rechtsextremes Verhalten dar (Grumke, 2013).

2.2 Verbreitung rechtsextremistischer Straftaten

Nach dem rasanten Aufschwung des Rechtsextremismus Anfang der neunziger Jahre – welcher sich vor allem in den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, dem starken Zuwachs an Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien sowie den ansteigenden fremdenfeindlichen Gewaltübergriffen und Anschlägen manifestierte – hat sich das rechtsextremistische Personenpotenzial² in Deutschland zwischen 1998 und 2014 mehr als halbiert³: von 53.600 auf 21.000 Personen (Bundesministerium des Innern, 1999, 2015). Die deutliche Abnahme des Personenpotenzials ging allerdings nicht mit einer sinkenden Anzahl der entsprechenden Straftaten einher. So stieg die „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) deutlich an: von 26.520 Fällen im Jahr 2001 auf 32.700 Fälle im Jahr 2014, wobei im rechten Spektrum eine Zunahme um 15,6 Prozent (2001: 14.725 Fälle; 2014: 17.020 Fälle) zu verzeichnen war (Bundesministerium des Innern, 2002, 2015). Eine vertiefende Betrachtung der statistischen Daten aus dem Jahr 2014 zeigt, dass 23.909 der 32.700 politisch motivierten Straftaten einen extremistischen Hintergrund aufweisen und davon wiederum 16.559 dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ zuzuordnen sind. Bei zwei von drei dieser Taten handelte es sich um Propagandadelikte.

Die Anzahl der rechts motivierten Gewalttaten ist zwischen 2013 und 2014 um 23,6 Prozent⁴ angestiegen (2013: 801 Fälle; 2014: 990 Fälle) und befindet sich damit auf dem höchsten Stand seit dem Jahr 2008. Die Mehrzahl der Gewalttaten (512 Fälle) richtete sich dabei gegen „Fremde“ (bzw. Personen mit Migrationshintergrund) – auch hier wurde der höchste Stand seit der Einführung des geltenden Definitionssystems im Jahr 2001 erreicht (Bundesministerium des Innern, 2015).

Ein Vergleich der Deliktzahlen aus den verschiedenen Bundesländern zeigt, dass die Länder unterschiedlich stark von rechtsextremistischen Übergriffen betroffen sind. Das höchste Risiko, ein Opfer rechtsextremer Gewalt zu werden, besteht in Brandenburg. Dort ereigneten sich im Jahr 2014 ca. 2,98 rechtsextreme Übergriffe pro 100.000 Einwohner; mit 2,81 Übergriffen lag das Risiko in Berlin nur geringfügig niedriger. Den höchsten Anstieg – im Vergleich zum Vorjahr – verzeichnete das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 2,11 Übergriffen im Jahr 2014 gegenüber 1,09 Übergriffen im Jahr 2013. Das geringste Risiko, Opfer eines rechtsextremistisch motivierten Übergriffs zu werden, bestand mit einem Wert von 0,22 in Baden-Württemberg (Bundesministerium des Innern, 2015).

In der Statistik des Vereins „Opferperspektive“ e.V., der – über die PMK-Daten hinausgehend – auch Straftaten wie Bedrohung, Nötigung und Sachbeschädigung (sofern sie sich gegen bestimmte Personengruppen richten) erfasst, wurden 2014 insgesamt 782 Übergriffe in den „neuen“ Bundesländern registriert.⁵ Bei ca. 60 Prozent der Übergriffe spielten rassistische Tatmotive eine zentrale Rolle. Damit stieg die Anzahl der fremdenfeindlichen Übergriffe im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 Prozent an (Opferperspektive e.V., 2015). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich auch die Anzahl der politisch rechtsextrem mo-

² Unter dem „rechtsextremistischen Personenpotenzial“ werden subkulturell geprägte Rechtsextremisten, Neonazis und Mitglieder rechtsextremer Parteien sowie sonstiger rechtsextremistischer Organisationen subsummiert.

³ Seit 2006 werden die Mitglieder der Partei „Republikaner“ nicht mehr im rechtsextremistischen Personenpotenzial erfasst.

⁴ Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die von den Polizeibehörden vorgenommene Einbeziehung von 179 Straftaten zurückzuführen, die am 26. Oktober 2014 in Köln verübt wurden. Dort kam es auf einer Kundgebung gegen Salafisten zu gewalttätigen Ausschreitungen.

⁵ Für die „alten“ Bundesländer wurden von der Opferperspektive e.V. keine unabhängigen Zahlen vorgelegt.

tivierten Angriffe in Ostdeutschland und Berlin um circa 6 Prozent (von 737 auf 782 Fälle). Die meisten rechtsextremistischen Übergriffe ereigneten sich in Sachsen (257 Fälle), Berlin (179 Fälle) und Sachsen-Anhalt (111 Fälle).⁶

Betrachtet man speziell das Land Brandenburg, so verdeutlicht die Entwicklung der extremistischen Aktivitäten und Straftaten, dass der Rechtsextremismus weiterhin eine große Herausforderung für die politische Bildungsarbeit und die Strafverfolgung darstellt: Insgesamt wurden im Jahr 2014 in Brandenburg 1.903 Straftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität registriert – ein Anstieg um 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Ministerium des Innern und für Kommunales, 2015a). Den größten Anteil bilden mit 1.281 Fällen die politisch rechtsextrem motivierten Straftaten. Bei diesen Straftaten handelte es sich in der Regel um Propagandadelikte. Einen weitaus geringeren, aber dennoch bedeutsamen Anteil nahmen die Gewaltstraftaten mit 73 Fällen ein – im Vergleich mit dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 62,2 Prozent (2013: 45 Fälle). Deutlich mehr rechtsextremistische Gewaltdelikte im Land Brandenburg, nämlich 92 Fälle, wurden 2014 von der Opferperspektive e.V. registriert. Auch in dieser Statistik ist ein – wenn auch weniger starker – Anstieg gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Die Anzahl der registrierten Taten lag 2013 bei insgesamt 85.

Die hohe Anzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten deckt sich mit dem Gewaltpotenzial, das von der Gruppe der rechtsextremen Brandenburger ausgeht: Von den insgesamt 1.160 vom Verfassungsschutz erfassten Rechtsextremen gelten 420 Personen als gewaltbereit (Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, 2015b). Bei ihnen handelt es sich zumeist um ledige Männer im Alter zwischen 14 und 25 Jahren (Backes, Haase, Logvinov, Mletzko & Stoye, 2014). Diese Befunde stimmen auch mit dem allgemeinen Forschungsstand überein (Wahl, 2001; Willems, 1993): Je gewalttätiger der Rechtsextremismus auftritt, desto höher ist der Anteil der männlichen Akteure; Frauen sind sehr selten an den Gewalttaten beteiligt. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied ist nur auf der Verhaltensebene, nicht jedoch auf der Einstellungsebene nachweisbar (Zick & Klein, 2014).

Der seit 2014 zu verzeichnende Anstieg der fremdenfeindlichen Übergriffe auf Bundes- und Landesebene – sowohl bei den Gewalttaten, Propagandadelikten als auch bei den Sachbeschädigungen – lässt sich vermutlich nicht zuletzt auf die massive Mobilisierung der Rechtsextremen gegen die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in den Kommunen zurückführen. So fanden im ersten Halbjahr 2015 bereits annähernd so viele Übergriffe auf Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte statt wie im gesamten Jahr 2014 (Bundesministerium des Innern, 2015): Wurden in 2014 insgesamt 170 Angriffe und damit eine Verdreifachung der Fälle im Vergleich zu 2013 registriert (55 Fälle), so gab es in den ersten sechs Monaten des Jahres 2015 bereits 150 Übergriffe (Stand: 28.06.2015). Nach Reinfrank (PRO ASYL, 2015), dem Geschäftsführer der Amadeu Antonio Stiftung, ist es hierbei wichtig, „darauf hinzuweisen, dass diese Gewalt nicht nur von Neonazis begangen wird. Vielmehr sind es immer häufiger auch sogenannte ‚besorgte Bürgerinnen und Bürger‘, die ihren rassistischen Einstellungen freien Lauf lassen“.

2.3 Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen

Aussagen zur Verbreitung und zum Wandel rechtsextremistischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung beruhen auf einer geringen Anzahl von Studien. Darunter finden sich wiederum nur wenige Langzeituntersuchungen, und ein Vergleich der Studienergebnisse ist aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsdesigns nur unter Vorbehalt möglich.

⁶ Eine Relativierung der Zahlen an der Einwohnerzahl fand nicht statt.

Zu den bekanntesten Zeitreihenstudien der letzten Dekade zählt die „Mitte-Studie“⁷, mit der seit 2002 im Zweijahresrhythmus rechtsextremistische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung untersucht werden. Die Erfassung dieser Einstellungen erfolgt anhand von sechs Dimensionen: (1) die Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, (2) Chauvinismus, (3) die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie (4) antisemitische, (5) ausländerfeindliche und (6) sozialdarwinistische Einstellungen (Decker & Brähler, 2006).

Die Ergebnisse der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (Zick & Klein, 2014) zeigen, dass rechtsextremistische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahren zurückgegangen sind.⁸ Während im Jahr 2002 noch 9,7 Prozent der Teilnehmer als „rechtsextrem“ eingestuft wurden, lag der Prozentsatz im Jahr 2014 bei 2,4 Prozent.⁹ Dabei zeigen sich nur noch geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Ost: 2,5 %; West: 2,3 %): War in den ersten drei Erhebungswellen die Zustimmung zu rechtsextremistischen Aussagen in den alten Bundesländern noch etwas höher als in den neuen Bundesländern, so kehrte sich dieses Verhältnis seit dem Jahr 2008 um (s. Tab. 1).

Tab. 1: Gesamtindex der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsdimensionen (Angaben in Prozent; Zick & Klein, 2014)

	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014
Gesamt	9,7	9,8	8,6	7,6	8,2	9,0	2,4
Ost	8,1	8,3	6,6	7,9	10,5	15,8	2,5
West	11,3	10,1	9,1	7,5	7,6	7,3	2,3

In der Abbildung 2 sind die Entwicklungsverläufe der sechs Dimensionen des Gesamtindex „Rechtsextremismus“ vergleichend über den gesamten Untersuchungszeitraum von 12 Jahren hinweg dargestellt. Der bedeutsamste Rückgang von 26,9 Prozent im Jahr 2002 auf 7,5 Prozent im Jahr 2014 ist in der Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen festzustellen. Dennoch sind bestimmte Facetten rechtsextremer Einstellungen immer noch weit verbreitet. So findet insbesondere der Aspekt „Chauvinismus“ eine vergleichsweise hohe Zustimmung (2002: 19 %; 2014: 12 %).

⁷ Die ursprüngliche „Mitte-Studie“ wird seit 2002 von der Universität Leipzig durchgeführt; von 2006 bis 2012 erfolgte die Durchführung in Kooperation mit dem Forum Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Nach 2012 wurde die Kooperation aufgelöst, und sowohl die Universität Leipzig (Decker, Kiess & Brähler, 2014) als auch die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (Zick & Klein, 2014) haben mit eigenen „Mitte-Studien“ an die Tradition angeknüpft.

⁸ Im Rahmen der Studie wurden 1.915 repräsentativ ausgewählte Personen telefonisch befragt (52,6 % Frauen; 47,3 % Männer). Das Alter der Befragten variierte zwischen 16 bis 95 Jahren; das Durchschnittsalter betrug 49,9 Jahre. Der Befragungszeitraum erstreckte sich von Juni 2014 bis August 2014.

⁹ In der Befragung waren 18 Aussagen auf einer 5-stufigen Likertskala im Hinblick auf ihre Zustimmung (von „Ich stimme überhaupt nicht zu“ bis „Ich stimme voll und ganz zu“) zu bewerten; dabei konnte minimal ein Wert von 18 und maximal ein Wert von 90 erreicht werden. Als rechtsextrem wurden Personen eingestuft, die einen Grenzwert von 63 überschritten.

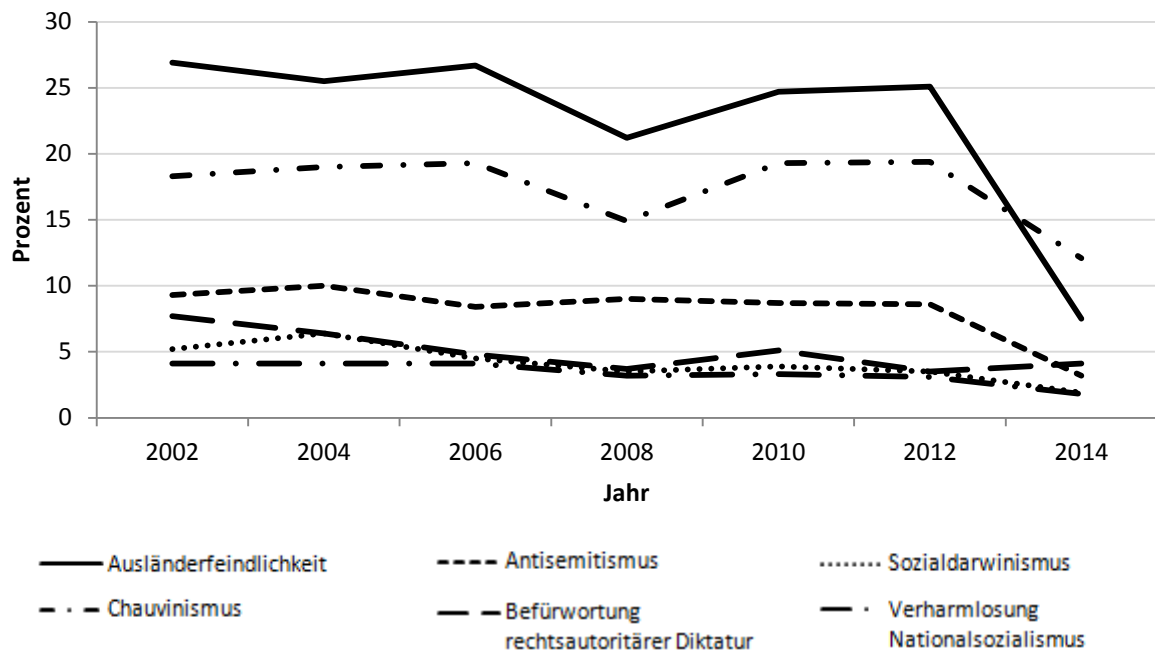


Abb. 2: Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung von 2002 bis 2014
(Zick & Klein, 2014)

Betrachtet man speziell die Befunde zu jenen Personengruppen, welche rechtsextremistische Aussagen unterstützen, so zeigen sich über den Untersuchungszeitraum hinweg gewisse Invarianzen: In allen Erhebungswellen erzielen die 16- bis 30-Jährigen und die über 60-Jährigen höhere Zustimmungswerte als die mittlere Altersgruppe. Zudem stimmen gering verdienende Erwerbstätige bzw. Personen mit niedrigem Bildungsniveau häufiger rechtsextremistischen Aussagen zu als Erwerbstätige mit höherem Einkommen bzw. Personen mit höherem Bildungsniveau. Schließlich weisen Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen eine höhere Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft auf (Zick & Klein, 2014).

Darüber hinaus geht aus den Studienergebnissen der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. hervor, dass rechte extreme und menschenfeindliche Einstellungen stark mit der Haltung gegenüber der Demokratie und der EU korrespondieren. Der Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Demokratie, eine Anti-Europa-Haltung sowie eine Höherbewertung von Wettbewerb und Fortschritt gegenüber Solidarität und Gleichwertigkeit („marktorientierter Extremismus“) begünstigen rechte extreme bzw. menschenfeindliche Einstellungen und spiegeln sich im Wahlverhalten der Bürger wider. So fühlen sich die Wähler der Partei „Alternative für Deutschland“ beispielsweise durch die Eurokrise bedroht und vertreten stärker die Ansicht des marktorientierten Extremismus als der Bevölkerungsdurchschnitt (Groß & Hövermann, 2014). In Bezug auf ihre Einstellungen weisen sie (hinter den NPD-Anhängern) hohe Werte im Hinblick auf „Ausländerfeindlichkeit“, „Chauvinismus“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ auf (Zick & Klein, 2014).

Im Hinblick auf die Frage der Verbreitung sowie des Wandels rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Einstellungen speziell unter Jugendlichen liefert die seit 1991 in sieben Teiluntersuchungen durchgeführte Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ ein umfassendes Bild (Hoffmann & Sturzbecher, 2012). Der Anteil der Jugendlichen, der rechtsextremistische Aussagen gänzlich ablehnt, ist demnach seit dem Jahr 1993 stetig gewachsen. Im Jahr 2010 lag er bei über 50 Prozent, 1993 noch bei rund 30 Prozent. Ebenso verhält es sich mit ausländerfeindlichen Einstellungen – auch hier ist eine starke Abnahme zu

verzeichnen. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Befürworter rechtsextremistischer Positionen von 25,6 Prozent auf 13,4 Prozent reduziert. Dennoch findet sich in jeder Erhebungswelle ein konstanter Kern von Personen mit einem „geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild“¹⁰ (rund 3 %; Burkert, 2012).

Die genannten Forschungsbefunde decken sich mit repräsentativen Studien aus anderen ostdeutschen Bundesländern. In Thüringen beispielsweise sank die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Positionen in der Gesamtbevölkerung im Zeitraum von 2003 bis 2012 von rund 23 Prozent auf circa 12 Prozent und blieb im Folgejahr auf diesem Niveau; auch hier fand sich unter den Befragten ein „harter Kern“ mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild (ca. 5 %; Best, Dwars, Salheiser & Salomo, 2013). Ein Rückgang ausländerfeindlicher Einstellungen ist ebenfalls in Sachsen nachweisbar (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, 2010). Allerdings waren im Jahr 2009 noch immer rund 19 Prozent der Befragten der Meinung, dass der Ausländeranteil in ihrem Bundesland zu hoch sei. Unter den sächsischen Jugendlichen findet sich – vergleichbar mit den Verhältnissen in Brandenburg – ein hoher Prozentsatz „rechts“ denkender Personen; fast 30 Prozent kommunizieren rechtsextremistisches Gedankengut (Stromer, 2013).

Vor dem Hintergrund der derzeit in Europa eintreffenden Flüchtlingsströme stellt sich die Frage, welche Haltung die Bevölkerung in Deutschland gegenüber Asylsuchenden¹¹ vertritt. Einige Untersuchungen bieten zu dieser Frage empirische Antworten: Laut einer Studie der Robert Bosch Stiftung (2014) haben zwei Drittel der Befragten den Eindruck, dass die Anzahl der Asylsuchenden zunimmt, die aufgrund existenzieller Notlagen, von Bürgerkriegen und politischen Verfolgungen ihr Land verlassen. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Asylsuchenden akzeptiert werden: So können sich zwei Drittel der Befragten vorstellen, Asylsuchende – beispielsweise durch Sachspenden oder persönliches Engagement – zu unterstützen. Zudem ist ein Drittel der Befragten der Ansicht, dass Deutschland von einer Integration der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt profitieren könnte. Nach Meinung von etwa 82 Prozent der Befragten sollten dazu spezielle Hilfen von der Agentur für Arbeit angeboten werden (Bertelsmann Stiftung, 2015). Hierbei lehnen es ca. 52 Prozent ab, die Leistungen für Asylsuchende zu kürzen; rund 33 Prozent stimmten allerdings einer Leistungskürzung zu. Weitere Ergebnisse besagen auch, dass sich etwa 59 Prozent der Befragten für strengere Asylregeln in Deutschland aussprechen – insbesondere dann, wenn die Gründe für das Asylgesuch lediglich auf wirtschaftlichen Motiven beruhen. Ähnliche Befunde konnten auch im Rahmen einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. ermittelt werden (2014): So vertreten rund 62 Prozent der Befragten die Meinung, dass der Staat nicht großzügig bei der Prüfung von Asylanträgen sein sollte, und jeder vierte Deutsche lehnt ein Flüchtlingsheim in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ab (Klein, Groß & Zick, 2014). Insbesondere Schulprobleme, eine vermeintliche Belastung des Sozialstaats und ein erhöhtes gesellschaftliches Konfliktpotenzial werden dabei befürchtet (Bertelsmann Stiftung, 2015). Die „Abwertung asylsuchender Menschen“ zieht sich hierbei „durch alle politischen Lager“ (Klein, Groß & Zick, 2014, S. 76). So äußerte fast jede zweite in der politischen Mitte positionierte Person und jede vierte links stehende Person Ressentiments gegenüber Asylsuchenden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der in den aktuellen Polizeistatistiken ersichtliche Anstieg der rechtsextremen Gewalttaten insbesondere gegen Asylbewerber darauf hin-

¹⁰ Von einem geschlossenen Weltbild wurde ausgegangen, wenn Personen mehr als drei Viertel der maximal erreichbaren Punkte auf einer kombinierten Rechtsextremismus-Skala erzielten.

¹¹ Bis Juli 2015 wurden in Deutschland insgesamt 202.834 Asylanträge gestellt. Im Hinblick auf die Herkunftsländer zeigt sich, dass Syrer (42.100) am häufigsten Asyl beantragt haben, gefolgt von Kosovaren (29.997) und Albanern (29.353; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2015).

deutet, dass die Notwendigkeit von Präventions- und Interventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus in letzter Zeit deutlich gewachsen ist und diese Maßnahmen aufgrund der Flüchtlingsproblematik einer inhaltlichen Neujustierung bedürfen. Obwohl die zeitlich nachlaufenden Einstellungsstudien diese Notwendigkeiten (noch) nicht adäquat abbilden, wird deutlich, dass ein substanzieller Teil der Bevölkerung asylbewerberkritische Einstellungen vertritt. Daraus resultiert einerseits, dass Rechtsextremismus – insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Präventions- und Interventionsarbeit – als gesamtgesellschaftliches Problem zu sehen ist. Andererseits muss eine intensive Auseinandersetzung mit extremistischen Einstellungen in möglichst vielen Lebensbereichen erfolgen, um einer Hinwendung vulnerabler Bevölkerungsgruppen zu rechtsextremistischen Ideologien entgegenzuwirken.

2.4 Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus

In der Rechtsextremismusforschung besteht Einigkeit darüber, dass repressive Maßnahmen (z. B. Organisationsverbote, Demonstrationsverbote) gegen rechtsextreme Gruppierungen oder Parteien für eine nachhaltige Extremismusbekämpfung nicht ausreichen. Vielmehr sind präventive Angebote im Bildungsbereich und die Unterstützung engagierter zivilgesellschaftlicher Akteure (z. B. lokale Initiativen, Bündnisse) unerlässlich, um Bürger – und vor allem Jugendliche als favorisierte und besonders vulnerable Zielgruppe für rechte Rekrutierungsversuche – gegen die Übernahme rechtsextremer Ideologien zu stärken (Roth, Gesemann & Aumüller, 2010).

Zur Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Rechtsextremismus“ muss zwischen Ansätzen der Prävention und der Intervention unterschieden werden: Maßnahmen im Bereich der Prävention dienen zur Vorbeugung, das heißt eine Hinwendung zu rechtsextremistischen Positionen oder das Auftreten von rechtsextremistischen Aktivitäten sollen im Vorfeld vermieden werden. Dagegen spricht man von Intervention als Reaktion auf konkrete Ereignisse, um Eskalationen zu verhindern (Rieker, 2009).

Einer anderen Kategorisierung folgen Frindte und Preiser (2007); sie unterscheiden zwischen Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention. Im Rahmen der Primärprävention wird das Ziel verfolgt, mittels struktureller, gruppenbezogener und individueller Maßnahmen (z. B. Gründung von Bündnissen für Demokratie und Toleranz, Bildungsangebote) Bedingungen zu schaffen, um Rechtsextremismus bereits im Vorfeld zu verhindern (Roth, Gesemann & Aumüller, 2010). Unter sekundärer Prävention werden vorbeugende Maßnahmen gefasst, die auf eine Veränderung von Orientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in bereits identifizierten Risikogruppen (z. B. rechtsorientierte Jugendliche ohne feste Cliquesbindung) ausgerichtet sind sowie alternative Orientierungen und Verhaltensweisen aufzeigen. Hierzu zählen beispielsweise Anti-Aggressionstrainings, Sportveranstaltungen und interkulturelle Projektstage. Tertiäre Prävention richtet sich hingegen an Personen mit einer gefestigten rechtsextremistischen Ideologie (z. B. an rechtsextremistische Gewalttäter, Mitglieder in rechtsextremistischen Parteien). Böllert (2011) bemerkt zu dieser Kategorisierung, dass zumindest bei der tertiären Prävention die Verwendung des Interventionsbegriffs naheliegt, da damit auf vorhandene Problemlagen bzw. existente rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen reagiert wird.

Darüber hinaus können Präventions- und Interventionsmaßnahmen auch im Hinblick auf die angesprochene Zielgruppe charakterisiert werden. In der Kriminalprävention wird dabei zwischen taterorientierten, situationsbezogenen und opferbezogenen Ansätzen und Strategien unterschieden (BMI/BMJ, 2006). Nach Rosenbrock (2008) sollten Präventionsmaßnahmen auf die drei Ebenen „Individuum“ (Mikroebene), „Setting“ (Mesoebene) und

„Bevölkerung“ (Makroebene) abzielen und dabei folgende Ziele verfolgen¹²: Informieren, Aufklären und Beraten sowie den Kontext (z. B. das Lebensumfeld) beeinflussen.

Rechtsextremismus ist ein vielschichtiges Phänomen, das sich – wie in Kap. 2.1.3 bereits dargestellt – in unterschiedlichen Einstellungsdimensionen (z. B. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus) und Verhaltensdimensionen (z. B. Wahlverhalten, Mitgliedschaft in rechten Organisationen, Demonstrationen, Straf- und Gewalttaten) manifestiert. Die Entwicklung rechtsextremistischer Einstellungen und die Hinwendung von Personen zu rechtsextremistischen Gruppen resultiert aus dem Zusammenwirken verschiedener Risikofaktoren (vgl. Möller & Schuhmacher, 2007, Kleeberg-Niepage, 2012, Voigt & Sturzbecher, 2014). Es handelt sich um ein komplexes Geflecht von ökonomischen, politischen, kulturellen, sozialen und individuellen sowie situativen Faktoren (Möller, 2003), denen mit adäquaten Präventions- und Interventionsstrategien begegnet werden muss. Dazu existieren bereits eine Reihe von Maßnahmen – auch im Bereich der Pädagogik – die sich insbesondere an Jugendliche richten (Möller, 2003). Zu den von Möller (2003) identifizierten 17 Ansätzen zählen beispielsweise Demokratie- und Toleranzerziehung, Maßnahmen zur Deeskalation und Entwicklung von Zivilcourage, gewalttherapeutische Ansätze, Partizipationsförderung, Anstrengungen zur Vernetzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen, Aussteigerprogramme und Opferberatungen.

Die intensive Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Ideologien, Akteuren und Aktionen ist insbesondere auf kommunaler Ebene von besonderer Bedeutung, denn rechtsextremistische Gruppierungen agieren vorrangig im lokalen Raum. Sie sind im konkreten Umfeld von Personen aktiv und haben ihre kommunalen Aktivitäten in den vergangenen Jahren ausgeweitet (Molthagen & Korgel, 2009). Ganz nach dem Grundsatz „Rechtsextremismus ist dort stark, wo Zivilgesellschaft und demokratische Kultur schwach sind“ (Braune, 2010), erzielen rechte Gruppierungen insbesondere in den Kommunen Erfolge, in denen Anzeichen für schwache „Abwehrkräfte“ vorhanden sind. Solche Anzeichen sind beispielsweise bürgerferne oder mitgliederschwache Parteien, Kirchen und Gewerkschaften sowie unsichere oder ignorante Behörden und eine fehlende Einbindung der Bevölkerung in demokratische Diskurse und Prozesse (Strobl & Lobermeier, 2009). Die Strategien der Rechtsextremisten zur Unterwanderung der kommunalen Strukturen beruhen zum einen auf sozialem Engagement (z. B. Organisation von Kinderbetreuung, Leisten von Nachbarschaftshilfe, Anbieten von attraktiven Jugend- und Freizeitaktivitäten; Staud, 2005); zum anderen basieren sie auf Elementen der Einschüchterung und der Gewaltausübung (Strobl & Lobermeier, 2009). Somit kommt es auf die Kommune bzw. die kommunalen Akteure an, die Zivilgesellschaft gegen rechtsextreme Rekrutierungsstrategien zu stärken, „damit es den Rechtsextremisten nicht gelingt, als ‚Normalität‘ im Alltag angesehen zu werden. Denn sie setzen auf Gewöhnungseffekte und lokale Akzeptanz“ (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2013).

Im Projekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE) wurden unter anderem die Präventions- und Interventionsmaßnahmen von zwölf beteiligten brandenburgischen Kommunen untersucht (Burkert, Gottschall & Voigt, 2012). Anhand der Ergebnisse des Forschungsprojekts konnte nachgewiesen werden, dass Kommunen auf rechtsextremistische Aktivitäten unterschiedlich reagieren: So zeigten sich erhebliche Unterschiede in der Präventions- und Interventionsarbeit. Die kommunale Interventionspraxis der Kommunen ließ sich dabei einem von drei Idealtypen zuordnen (s. Tab. 2).

¹² Das Modell von Rosenbrock bezieht sich ursprünglich auf Strategien, die im Bereich der Gesundheitsförderung wirken sollen. Diese Strategien lassen sich nach Expertenmeinung aber auch auf die Präventions- und Interventionsarbeit zur Bekämpfung von (Rechts-)Extremismus übertragen.

Tab. 2: Kommunale Interventionstypen

	Re-aktiv handelnde Kommunen	Aktiv handelnde Kommunen	Pro-aktiv handelnde Kommunen
Zeitpunkt	Benötigen Anstoß von außen	Problemnahes Vorgehen	Frühzeitiges Vorgehen
Stellungnahme	Extremistische Probleme werden geduldet	Extremistischen Problemen wird auf verschiedenen Ebenen begegnet	Nachhaltige Interventionspolitik
Werte	Häufig konservative Werthaltungen	Kultur mit konservativen und modernen Zügen	Aktive und demokratiefreundliche Kultur
Problembewusstsein	Nicht vorhanden	Teilweise vorhanden	Ausgeprägt
Engagement	Kaum bürgerschaftliches Engagement	Teilweise bürgerschaftliches Engagement	Breites bürgerschaftliches Engagement
Strategien	Vor allem repressive Strategien	Strategien mit präventiven und repressiven Zügen	Präventive und aktive Strategien
Vernetzung	Kaum Bestrebungen	Ausbaufähig	Gut bis sehr gut

Kommunen, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus erfolgreich waren, zeichneten sich durch ein ausgeprägtes Problembewusstsein und eine enge „innere“ Vernetzung aus. Die kommunalen Akteure verfolgten ein einheitliches Handlungskonzept, welches auf eine nachhaltige Interventionspolitik ausgerichtet war und zivilgesellschaftliches Engagement unterstützte. Allerdings zeigte sich in der Untersuchung auch, dass in Kommunen selten präventiv gehandelt wird: Meist fand eine Intervention als Reaktion auf rechtsextremistische Aktivitäten und Ereignisse statt. Derartige reaktive Maßnahmen sollten möglichst zeitnah durchgeführt werden, um eine Wirkung zu erzielen und den Einfluss von rechtsextremistischen Gruppierungen innerhalb der Kommune einzudämmen. Für kommunale Handlungsstrategien formulierten Burkert, Gottschall und Voigt (2012) die nachfolgend aufgeführten Anforderungen und Empfehlungen, um die Grundsteine für eine erfolgreiche und nachhaltige Interventionspraxis zu legen.

Eine erste Anforderung an die Kommunen besteht darin, sich vor Ort (und in der Nachbarschaft) einen systematischen Überblick über die Quantitäten und Qualitäten rechtsextremistischer Erscheinungen zu verschaffen. Die beobachteten extremistischen Phänomene sollten dann beschrieben, bewertet, kategorisiert und katalogisiert werden. Im Ergebnis kann aus der Perspektive aller gesellschaftlichen Teilbereiche (Polizei, Verwaltung, Jugendhilfe und Bürgerschaft) eine Art Lagebild entstehen, welches die Grundlage für die Ableitung erster Interventionsschritte bietet. Hierfür stellt die Methode der „Sozialräumlichen Analyse“, welche im Rahmen des EKSE-Projekts weiterentwickelt und angewendet wurde, ein wertvolles Analyse- und Steuerungsinstrument zur Optimierung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen dar. Die Berücksichtigung verschiedener Datenquellen (Statistiken, historische Vulnerabilitäten, Sozialraum-Begehungen, Medienberichte und leitfadengestützte Interviews) ermöglicht eine zuverlässige Risikoerkennung, welche – basierend auf authentischen Befunden – das Problembewusstsein der kommunalen Akteure schärft und orientiert.

Auf der Grundlage des Lagebilds sind zweitens die Handlungsbedarfe festzustellen und Zielvorgaben zu formulieren. Die geplanten Maßnahmen sollten einen pro-aktiven Charakter aufweisen, da nur dieser Ansatz in der Lage ist, die kommunale Lebenswelt angemessen und nachhaltig im Sinne einer Eindämmung des Rechtsextremismus zu beeinflussen. Dabei sind die Zielvorgaben verbindlich und einvernehmlich (gerade weil nahezu alle wichtigen kommunalen Akteure ins Boot geholt werden müssen) zu gestalten.

Auf die kommunalen Bedarfe und Zielstellungen sind drittens die relevanten Handlungsfelder, Kooperationsbeziehungen, Koordinationsschwerpunkte und Ressourcenbetrachtungen zu applizieren. Hierbei ist besonders auf Kooperationen und strategische Partnerschaften zu achten, da eine erfolgreiche regionale und überregionale Vernetzung (Ideen- und Erfahrungstransfer) bei der Anbahnung und Realisierung von Interventionen eine wichtige Rolle spielt und maßgeblich deren Wirkungsgrad beeinflusst. Zudem sind die Bürger von Anfang an aktiv in die Planung der Handlungsstrategien einzubeziehen. Die frühzeitige Einbindung sensibilisiert alle (kommunalen) Akteure für die Problemlage innerhalb der Kommune und erhöht die Bereitschaft, sich an der Realisierung der Strategien zu beteiligen. Nach Korgel (2009) kann eine breite Beteiligung der Bürger durch folgende Grundregeln positiv beeinflusst werden: (1) Öffentlichkeit und Transparenz (alle Bevölkerungsgruppen werden eingebunden), (2) Offenheit und Durchlässigkeit (bürgerschaftliche Teilhabe an Projekten), (3) Beteiligung und Anerkennung (Stärkung und Würdigung des Engagements), (4) eine konstruktive Konfliktkultur (Meinungsverschiedenheiten werden zugelassen und bearbeitet), (5) allgemeine moralische Standpunkte (Menschen- und Bürgerrechte als Maßstab) und (6) soziale Gleichheit. Auch Strobl und Lobermeier (2009) sehen in einer breiten Vernetzung von Akteuren und Aktionen den Schlüssel, um überzeugend auf rechtsextremistische Aktivitäten reagieren und die demokratische Kultur in der Kommune stärken zu können. Auf der Basis verschiedener Untersuchungen formulieren sie zehn Faktoren für eine erfolgreiche Vernetzung: (1) Bereitstellung von Ressourcen für ein dauerhaftes Engagement, (2) positive Ausrichtung und (3) langfristige Orientierung der Aktivitäten, (4) Arbeitsteilung der Akteure, (5) moderierendes Vorgehen der Verantwortlichen, (6) formale Regeln für das Zusammenwirken, (7) Integration aller Unterstützungswilligen, (8) Sichtbarkeit der Aktivitäten, (9) ein politischer Grundkonsens aller Akteure sowie (10) eine Kultur der Anerkennung.¹³

Darüber hinaus ist viertens die fachliche Weiterbildung der teilnehmenden Akteure zu sichern. Diese Professionalisierung gewährleistet einerseits, dass sich die Akteure in einem sehr sensiblen politischen Feld sicher bewegen können, und andererseits, dass bei Auseinandersetzungen mit rechten Aktivisten und Gruppen auf schlüssige Argumentationsstrategien zurückgegriffen werden kann.

Fünftens sind schließlich interventionsbegleitend Wirksamkeitsbetrachtungen vorzunehmen, die einen Abgleich zwischen der tatsächlichen Wirkung und dem intendierten Ziel beinhalten (Burkert, Gottschall & Voigt, 2012). Die systematische Überprüfung und Bewertung von Interventionsmaßnahmen in Form von wissenschaftlich begleiteten Evaluationsstudien steckt allerdings noch „in den Kinderschuhen“ (Roth, Gesemann & Aumüller, 2010): Es ist zu erwarten, dass durch das Defizit an formativen und summativen Evaluationsmaßnahmen die Wirksamkeitspotenziale vieler Präventions- und Interventionsmaßnahmen nicht ausgeschöpft werden.

In Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen haben sich die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen in den Bereichen „Aufklärung“,

¹³ Eine detailliertere Beschreibung der zehn Faktoren findet sich im Kapitel 2.5.3.

„Bildung“, „Integration“ und „Repressive Intervention“ als besonders erfolgversprechend erwiesen (Burkert, Gottschall & Voigt, 2012):

- Aufklärung soll im kommunalen Raum das grundlegende Verständnis demokratischer Kultur fördern und eine Sensibilisierung gegenüber rechtsextremistischen Tendenzen hervorrufen. Dies wurde in den Projektkommunen beispielsweise erreicht, indem Integrationstage und öffentliche Diskussionsrunden veranstaltet wurden.
- Bildung im Sinne von Toleranz- und Demokratieprojekten hat ein ähnliches Profil wie Aufklärungsintervention und soll gegen latente Beeinflussungen immunisieren. Eine herausragende Stellung bei dieser Interventionsform fällt vor allem den pädagogischen Einrichtungen zu (z. B. Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen).
- Integration fördert das Verständnis gegenüber fremden Kulturen und trägt dazu bei, Hemmschwellen und Berührungsängste abzubauen sowie ein vielfältiges politisches und kulturelles Klima zu schaffen. Dabei können vor allem kulturelle Veranstaltungen und integrative Projekte in pädagogischen Einrichtungen, aber auch aktivierende Projekte mit Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund zum Einsatz kommen.
- Repressive Interventionen umfassen konsequentes polizeiliches Handeln und unverzügliche rechtsstaatliche Sanktionierung kriminellen Verhaltens mit rechtsextremem Hintergrund (Botsch & Kopke, 2010).

Zusätzlich wird zwischen unmittelbar sofortigen sowie mittel- und langfristigen Maßnahmen unterschieden (Klein, 1995): Unmittelbar sofortige Maßnahmen sind solche, die direkt nach einer extremistischen Aktivität stattfinden. Interventionen mit diesem Zeitbezug weisen einen symbolisch-appellierenden Charakter auf, welcher die Bevölkerung für die extremistische Tat besonders sensibilisieren soll. Zu den unmittelbar sofortigen Maßnahmen zählen auch repressive Interventionen, welche regelmäßig aus aktuellen Bedrohungslagen erwachsen und zumeist in den Bereich der staatlichen Behörden fallen. Diese sind vor allem darauf ausgerichtet, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen, um zum einen eine Abschreckung potentieller Straftäter zu bewirken. Zum anderen soll durch eine klare Definition von Straftatbeständen mit rechtsextremistischem Charakter deren Aufdeckung erleichtert werden. Neben den unmittelbaren Maßnahmen sind Interventionen mit einer mittel- bzw. langfristigen Zeitdimension zu nennen, die darauf abzielen, die demokratische Kultur, die Toleranz und den Respekt in der Kommune zu fördern. Hierzu zählen Maßnahmen der Aufklärung, der (politischen) Bildung und der Integration.

Um wirksame Ergebnisse zu erzielen, müssen Präventionsmaßnahmen frühzeitig – d. h. bereits im Kindergartenalter – initiiert werden. Dabei gilt es, auf individueller Ebene vor allem die moralische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch die Vermittlung von Werten und Normen zu stärken. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Verbesserung der sozialen Partizipation sowie die damit verbundene Erhöhung der sozialen Akzeptanz und des Selbstwirksamkeitserlebens. Das Erlernen der Fähigkeit, eigene Interessen mit Hilfe sozial akzeptierter Mittel durchzusetzen bzw. diese Interessen ggf. den Bedürfnissen anderer – meist Gleichaltriger – unterzuordnen, bildet den Grundstein für die Entwicklung sozialer bzw. demokratischer Handlungskompetenzen. Nach Oser und Althof (1992) entstehen moralisches Urteilen und Handeln nicht über Instruktionen und Strafen, sondern durch die Bearbeitung realer Konflikte in der Gemeinschaft. Hierbei sollte vor allem die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel gefördert werden; insbesondere die Opferperspektive muss verstärkt in den Vordergrund rücken. Zudem ist bei der Werteerziehung zu beachten, dass Kinder bzw. Jugendliche in der Regel aufgeschlossener für Argumente von Gleichaltrigen als von Eltern und Lehrern sind. In Bezug auf die Reaktionen bei fremdenfeindlichen Äußerungen kommt der Lehrerschaft dagegen eine entscheidende Rolle zu – sie muss sich

deutlich positionieren, um der Entwicklung von rechtsextremistischen Einstellungen in der Schülerschaft entgegenzuwirken (vgl. Sturzbecher, Landua & Shala, 2001). Eine gezielte Schulung der Erzieher und Lehrer im Umgang mit rechtsextremistischem Gedankengut stellt somit eine wertvolle Maßnahme zur Rechtsextremismusprävention dar.

Darüber hinaus sollten – beruhend auf Annahmen dissonanztheoretischer Ansätze – sowohl gezielt thematische Diskussionen geführt als auch Erfahrungen gefördert werden, die im Widerspruch zu rechtsextremistischen Einstellungsmustern stehen bzw. zur Hinterfragung rechtsextremer Argumentationsstrategien führen. Zudem sollten die Kontakte zu ausländischen Gleichaltrigen intensiviert werden, um vorhandene Vorbehalte und Ängste abzubauen bzw. der Entwicklung von Vorurteilen vorzubeugen (Thomas 1994). Weiterhin gelten im Bereich der Jugendarbeit Angebote zur attraktiven Freizeitgestaltung als wirksame Präventionsmaßnahmen, um die Jugendlichen in demokratisch verfasste soziale Netzwerke zu integrieren und eine Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen aufgrund von mangelnden Alternativen zu verhindern.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass zielgruppenspezifische Präventionsmaßnahmen nur dann erfolgreich geplant und umgesetzt werden können, wenn sich die Maßnahmen nicht nur auf einzelne soziale Kontexte der Kinder und Jugendlichen (z. B. Eltern oder Schule) beschränken, sondern das gesamte kommunale Lebensumfeld berücksichtigen.

2.5 Netzwerke

2.5.1 Begriffsdefinition

Der Begriff „Netzwerk“ bezeichnet Bündnisse unabhängiger Akteure, die sich vorübergehend zusammenschließen, um Ziele zu erreichen bzw. Problemlösungen zu erarbeiten (Mayntz, 1993; Schubert, 1995). Das Netzwerk bietet hierbei die notwendigen Strukturen, um Beziehungen zwischen den Akteuren herzustellen und gemeinsam gesetzte Ziele zu verfolgen. Die Akteure innerhalb eines Netzwerks können Individuen, Gruppen, Organisationen oder Institutionen sein; sie bringen jeweils unterschiedliche Fähigkeiten, Motivationen sowie Ressourcen ein und sind über das Netzwerk miteinander verbunden (Aderhold, Meyer & Wetzel, 2005).

Eine erfolgreiche Vernetzung der Akteure führt zu produktiven Synergieeffekten (BIBB, 2005). So können zum einen Informationen, Erfahrungen sowie Ideen ausgetauscht und zum anderen Ressourcen (z. B. Räumlichkeiten und Personal) geteilt und damit Parallelaktivitäten bzw. -investitionen vermieden werden (UK NRW, 2014). Komplexe, für den Einzelakteur schwer oder gar nicht zu bewältigende Aufgaben werden somit realisierbar. Diesen Vorteilen stehen auch einige Nachteile gegenüber: Neben dem hohen Zeitaufwand für Abstimmungs- und Steuerungsprozesse besteht die Gefahr, dass sich Akteure im Rahmen der Kooperation kurzfristige Vorteile verschaffen, die sich ungünstig auf die anderen Kooperationspartner auswirken (Schubert, 1995).

Grundsätzlich gilt, dass Netzwerke effektive, aber zeitlich begrenzte Einrichtungen sind. Sobald ihr Daseinszweck erfüllt ist – also die gesetzten Ziele erreicht wurden – entfällt die Notwendigkeit, sie weiterhin aufrechtzuerhalten.

2.5.2 Typologien

Typologien dienen zur Klassifizierung von Systemen und somit – im konkreten Fall – der Zuordnung und Unterscheidung von Netzwerken (Sydow, Duschek, Möllering & Römetsch, 2003). Nachfolgend werden verschiedene Netzwerktypologien vorgestellt.

Natürliche und künstliche Netzwerke

Schubert (1995) unterscheidet zwischen natürlichen und künstlichen Netzwerken. Natürliche Netzwerke entstehen „spontan“ und aufgrund persönlicher Verbindungen oder Vorlieben. Hierbei wird zusätzlich noch einmal eine Unterscheidung zwischen primären und sekundären Netzwerken getroffen: Primäre natürliche Netzwerke sind Beziehungsgeflechte zwischen Familien, Verwandten, Freunden und Kollegen. Sie verfügen über ein individuelles Sozialkapital.¹⁴ Sekundäre natürliche Netzwerke sind dagegen Kapital im sozialen Raum oder in der Gemeinde (z. B. Vereine, Selbsthilfegruppen). Künstliche oder tertiäre Netzwerke wiederum schaffen ebenfalls Sozialkapital, ihre Kooperation ist jedoch von Beginn an auf die Erreichung definierter Ziele ausgerichtet.

Markorientierte, gemeinwohlorientierte und intermediäre Netzwerke

Netzwerke können auch anhand ihrer „gesellschaftlichen Orientierung“ typologisiert werden. Teller und Longmuß (2007) differenzieren hierbei – wobei die Übergänge zwischen den Typen als fließend zu betrachten sind – zwischen

- „markorientierten Netzwerken“ (z. B. strategische Netzwerke, Verbundnetzwerke, virtuelle Unternehmen oder Projektnetzwerke zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit),
- „gemeinwohlorientierten Netzwerken“ (Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen, Akteursnetzwerke, Tauschverbünde) und
- „intermediären Netzwerken“.

Der intermediäre Netzwerktypus soll an dieser Stelle näher beschrieben werden, da dieser Merkmale aufweist, die für ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus wünschenswert sind. Zu den intermediären Netzwerken werden Netzwerke gezählt, die an der Schnittstelle zwischen Strukturentwicklung und Marktwirtschaft agieren (z. B. Regionalentwicklungsnetzwerke oder Anwendernetzwerke). Unter diesem Netzwerktypus werden die folgenden Netzwerkarten subsummiert:

1. „Erfahrungsaustauschverbund“: Netzwerke, welche der Verbreitung von Wissen in verschiedenen Kontexten dienen (z. B. Karrierenetzwerke, Forschungsnetzwerke);
2. „Lern- und Qualifizierungsverbund“: Netzwerke, die für einen kurzen Zeitraum von verschiedenen Personen gebildet werden, um sich „komplexe Zusammenhänge zu erschließen und u. U. auch in alltägliches Handeln umzusetzen“ (Teller & Longmuß, 2007, S. 62);
3. „Regionalentwicklungsnetzwerk“: Dabei handelt es sich um Netzwerke, die sich mit der Erarbeitung und Realisierung wirtschaftlicher bzw. politischer Strategien zum Zwecke der Regionalentwicklung beschäftigen; die Ziele derartiger Netzwerke stimmen weitgehend mit den Interessen der Einzelakteure überein, gehen allerdings noch über diese hinaus und erfüllen einen gemeinnützigen Zweck;
4. „Anwendernetzwerke“: Nutzer eines bestimmten „Produkttyps“ schließen sich zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Die Erfolge dieser Netzwerke lassen sich nicht direkt oder kurzfristig an einem „Gewinn“ messen; dieser stellt sich oftmals erst nach einem längeren Zeitraum ein.

¹⁴ „Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind“ (Bourdieu, 1983, S. 190).

Kategorien und Dimensionen von Netzwerken

Netzwerke können weiterhin anhand der Basiskategorien „Funktion“, „Prozess“ und „Inhalt“ typologisiert werden (Duschek & Rometsch, 2004). Die Kategorie „Funktion“ umfasst diejenigen Netzwerktypologien, die sich „an dem Ergebnis und an der Konsequenz der Vernetzung orientieren“ (S. 2). Die Kategorie „Prozess“ beinhaltet Typologien, welche die Entwicklung, Steuerung und Koordination von Netzwerken fokussieren. Unter der Kategorie „Inhalt“ werden diejenigen Typologien gefasst, die sich auf die „Struktur, Position, Qualität der Beziehungen und die Art der Netzwerkmitgliedschaft“ beziehen (S. 2).

Sydow et al. (2003) ordnen den genannten Basiskategorien drei unabhängige Dimensionen zu: „explorativ – exploitativ“, „hierarchisch – heterarchisch“ und „stabil – dynamisch“. Die Begriffspaare bezeichnen jeweils zwei Pole, zwischen denen ein Netzwerk prinzipiell verortet werden kann. Somit können insgesamt acht verschiedene Typen definiert werden (z. B. explorativ-hierarchisch-stabil).

1. „Explorativ – exploitativ“: Diese Dimension ist funktionsbezogen. Der Hauptzweck eines explorativen Netzwerks liegt darin, neue Kompetenzen, Fähigkeiten oder Produkte zu entwickeln. Es besteht dabei die Gefahr, dass das Ergebnis nicht sicher vorhergesagt werden kann oder die erhoffte Wirkung ausbleibt. Exploitativ ausgerichtete Netzwerke hingegen greifen auf das bereits Vorhandene und Erarbeitete zurück, um dieses zu optimieren bzw. die im Zusammenhang stehenden Prozesse zu standardisieren. Die Kompetenzen, Fähigkeiten oder Produkte werden also eher verfeinert, und die Ergebnisse sind – im Vergleich zu eher explorativen Netzwerken – vorhersagbar und in der Regel positiv.
2. „Hierarchisch – heterarchisch“: Diese Dimension ist prozessbezogen. Ein Netzwerk ist hierarchisch aufgebaut, wenn seine Inhalte und Strukturen über einen eindeutigen Steuerungspunkt vorgegeben sind (monozentrisch). Es zeichnet sich durch eine formale Autoritätsstruktur und eine faktische Machtstruktur aus. Die hierarchische Netzwerkkoordination verläuft über eine dauerhaft (akzeptierte), machtvolle Steuerungsleistung eines Netzwerkakteurs oder mehrerer Akteure. In heterarchischen Netzwerken sind Autorität und Macht gleich verteilt. Die Akteure arbeiten selbstbestimmt zusammen und vereinbaren die Ziele, Inhalte und Strukturen gemeinsam (polyzentrisch). Statt des Weisungsprinzips gilt das Verhandlungsprinzip. Die Netzwerkkoordination wird über die Netzwerkakteure gemeinsam realisiert oder einem gewählten Partner, einer Gruppe oder einer zu diesem Zweck formierten Organisation übertragen („Network Administrative Organization“; Human & Provan, 2000).
3. „Stabil – dynamisch“: Diese Dimension ist inhaltsbezogen. Im Mittelpunkt stehen hier die Stabilität der Mitgliedschaft der Akteure und die Dauer ihrer Beteiligung. In einem stabilen Netzwerk ist die Zeitspanne der Zusammenarbeit längerfristig angelegt und die Anzahl der beteiligten Akteure relativ gleichbleibend. In dynamischen Netzwerken dagegen bilden sich aus einer größeren Anzahl beteiligter Akteure zeitlich festgelegte, kurzfristigere Verbindungen. Dynamische Netzwerke weisen oftmals einen hohen Spezialisierungsgrad auf und sind sehr flexibel (Miles & Snow, 1992). Im Gegensatz dazu sind stabile Netzwerke eher träge. Sie haben jedoch den Vorteil, dass auf Grundlage der dauerhaften Beziehungen vertraglich Garantien festgelegt und damit Ressourcen für die Netzwerkarbeit gesichert werden können.

Richtungsoffene und zielgerichtete Netzwerke

Die Netzwerkforschung differenziert zudem zwischen richtungsoffenen und zielgerichteten Netzwerken (Schubert, 2008). Richtungsoffene Netzwerke werden auch als Informationsnetzwerke bezeichnet. Sie sind heterarchisch organisiert, stabil und darauf ausgerichtet, politische Probleme zu definieren und entsprechende Handlungsoptionen abzuleiten (Hild,

1997). Im Vordergrund steht die Schaffung eines „ideellen Milieus“ (Bauer, 2005), das den Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen den Akteuren sowie das Knüpfen von Kontakten ermöglicht. Zielgerichtete Netzwerke hingegen behandeln klar definierte Aufgaben, die zu komplex sind, um von einem einzelnen Akteur bewältigt werden zu können; Ressourcen verschiedener Akteure werden daher kombiniert und koordiniert (Schubert, 2008). Diese Netzwerke zeichnen sich durch einen hohen Grad an Verbindlichkeit aus und nehmen direkten Einfluss auf die Geschäftsprozesse der involvierten Organisationen (Reis, 2011). Als Subtypen von zielgerichteten Netzwerken werden Projekt- und Produktionsnetzwerke unterschieden. Projektnetzwerke werden temporär gebildet, um organisationsübergreifende Aufgabenstellungen zu bearbeiten (Sydow, Wirth & Manning, 2002). Dafür wird auf einen Pool autonomer Akteure zurückgegriffen. In Produktionsnetzwerken wiederum arbeiten die Akteure über einen längeren Zeitraum an der Erstellung bestimmter Produkte bzw. an der Erbringung von Dienstleistungen. Produktionsnetzwerke sind oftmals hierarchisch strukturiert, können aber auch heterarchische Strukturen aufweisen, wenn alle relevanten Akteure verbindlich an der Erstellung der Produkte mitwirken.

Netzwerk-Teilsysteme

Innerhalb eines Netzwerks können nach Teller und Longmuß (2007) fünf verschiedene Teilsysteme unterschieden werden. (1) Im „Fachlichen Leistungssystem“ arbeiten die Netzwerkakteure zusammen an der Erreichung der Netzwerkziele (z. B. an der Erzeugung eines Produktes oder der Generierung von sozialem Kapital). Damit dies möglich ist, muss (2) ein „Sozial- und Organisationsentwicklungssystem“ geschaffen werden. Das System beschäftigt sich mit Fragen der Identitätsbildung, der Motivationsförderung und der Entwicklung einer gesunden Netzwerkkultur. Den Handlungsrahmen für das „Fachliche Leistungssystem“ bildet (3) das „Strategie- und Entscheidungssystem“. Hierunter fallen die Entwicklung eines Leitbildes, das Festlegen interner Regeln und die Netzwerksteuerung. (4) Das „Operative Managementsystem“ sorgt für die Steuerung des Gesamtprozesses (z. B. Durchführung einer Evaluation). Schließlich bedarf es (5) eines „Informationssystems“ (z. B. Informationsbeschaffung, Wissensmanagement, Dokumentation), um eine hohe Transparenz und effektive Kommunikation zwischen den Netzwerk Beteiligten zu gewährleisten. Den genannten Teilsystemen können wiederum Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit zugeordnet werden.

2.5.3 Erfolgsfaktoren

Netzwerkarbeit ist in der Regel erfolgreich, wenn die vorhandenen Rahmenbedingungen berücksichtigt und günstige Bedingungen für die beteiligten Akteure geschaffen werden. Da jedes Netzwerk spezifische Besonderheiten aufweist, sollte jedoch in jedem Einzelfall geprüft werden, welchen Faktoren besondere Bedeutung zukommt und wie sich dies in der konkreten Ausgestaltung des Netzwerks niederschlägt. Zunächst werden Faktoren beschrieben, die eine gewisse Allgemeingültigkeit besitzen und – in variierenden Gewichtungen – für die Entwicklung eines Netzwerks wichtige Orientierungshilfen liefern. Im Anschluss werden spezifische Faktoren präsentiert, die beim Aufbau eines kommunalen Netzwerks zu berücksichtigen sind. In der nachfolgenden Abbildung 3 werden diese Faktoren – in Anlehnung an Teller und Longmuß (2007) sowie Strobl und Lobermeier (2009, s. o.) – zusammenfassend dargestellt.

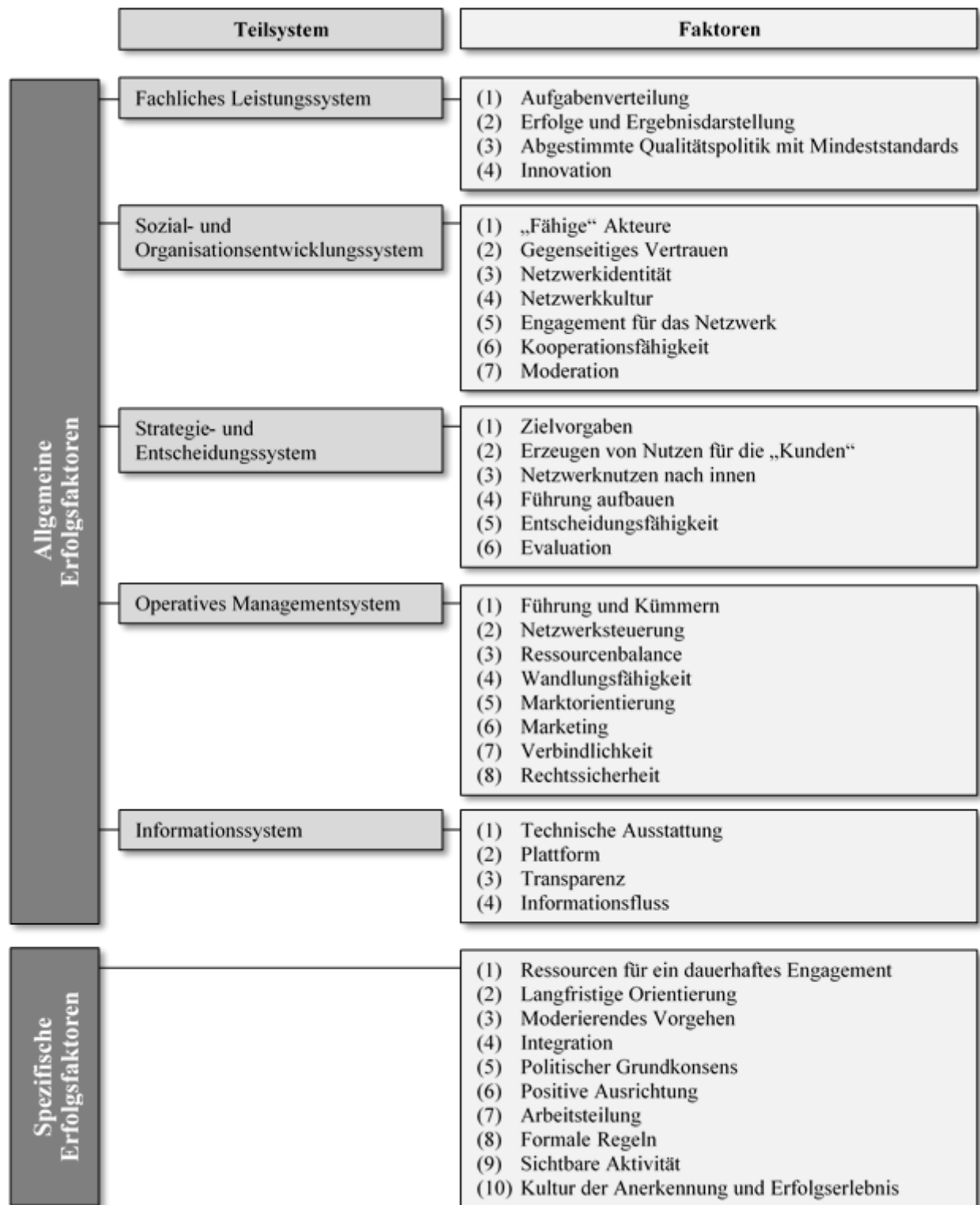


Abb. 3: Allgemeine Erfolgsfaktoren von Netzwerken und spezifische Erfolgsfaktoren von Netzwerken gegen Rechtsextremismus (in Anlehnung an Teller & Longmuß, 2007, sowie Strobl & Lobermeier, 2009)

Allgemeine Erfolgsfaktoren

In das Teilsystem „Fachliches Leistungssystem“ ordnen Teller und Longmuß (2007) die folgenden Faktoren ein:

1. „Aufgabenverteilung“: Für die meisten Netzwerkakteure bedeutet Netzwerkarbeit „Zusatzarbeit“. Die Aufgaben müssen daher klar definiert, sorgfältig abgestimmt und verteilt werden. Dies führt zu dem, dass die verschiedenen Kompetenzen und Ressourcen effektiv genutzt und paralleles, redundantes Arbeiten verhindert werden (Reis, 2013). Zum anderen werden die involvierten Akteure einbezogen sowie zur Mitarbeit und Verantwortungsübernahme motiviert.
2. „Erfolge und Ergebnisdarstellung“: Ebenso wie eine gut koordinierte Verteilung der Aufgaben trägt das gemeinsame Arbeiten an „Produkten“ (z. B. Flyer, Veranstaltungen) zur Motivierung der Beteiligten bei. Die ersten sichtbaren Erfolge sollten sich zeitnah nach der Netzwerkgründung einstellen, um die Kooperation der Akteure untereinander zu stärken, ihre längerfristige Mitarbeit zu sichern und Außenwirkungen zu erzeugen.
3. „Abgestimmte Qualitätspolitik mit Mindeststandards“: Die beteiligten Akteure müssen sich auf Qualitätsstandards einigen und sich zu ihrer Einhaltung verpflichten.
4. „Innovation“: Insbesondere bei Netzwerken, die für einen längerfristigen Zeitraum etabliert werden, ist eine gezielte, kontinuierliche Innovationskultur notwendig. Das Netzwerk muss für neue Ideen und Entwicklungen offen sein; die angebotenen Netzwerkleistungen (bzw. -produkte) sowie die Netzwerkprozesse müssen regelmäßig hinsichtlich ihres „Innovationsbedarfs“ geprüft und ggf. angepasst werden.

Für das Teilsystem „Sozial- und Organisationsentwicklungssystem“ gelten die nachfolgenden Erfolgsfaktoren (Teller & Longmuß, 2007):

1. „Fähige Akteure“: Im Netzwerk müssen diejenigen Akteure eingebunden werden, die aufgrund ihrer besonderen Fähigkeiten, Ressourcen und/oder Beziehungen zur Erreichung der Netzwerkziele beitragen können. Je treffender die Auswahl der Akteure erfolgt, desto höher wird ihr Nutzen für das Netz sein, und je „produktiver“ das Netzwerk ist, desto attraktiver wird es von seinen Beteiligten bewertet werden.
2. „Gegenseitiges Vertrauen“: Die erfolgreiche Kooperation in Netzwerken setzt den Austausch von (sensiblen) Informationen voraus (Winheller, 2011). Eine notwendige Voraussetzung für die Bereitschaft zum Austausch solcher Informationen ist, dass die Akteure Vertrauen gewinnen – sowohl die einzelnen Mitgliedern des Netzwerks untereinander als auch die Netzwerkmitglieder gegenüber dem Netzwerk als Organisation. Ein solches Grundvertrauen verhindert das Zurückhalten von Informationen aus Angst vor „Missbrauch“, hilft bei der Verringerung von Unsicherheit und trägt zur Entwicklung von Kooperationen bei (Luhmann, 2000). Das wünschenswerte „Wir-Gefühl“ muss über regelmäßige Treffen der Netzwerkmitglieder, über das Planen und Realisieren konkreter Maßnahmen sowie über die Erfahrung aufgebaut werden, dass Erwartungen erfüllt und „Vorleistungen“ nicht ausgenutzt werden.
3. „Netzwerkidentität“: Eine Netzwerkidentität ist dann gegeben, wenn die beteiligten Akteure nicht nur ihre eigenen Interessen vertreten, sondern beim Treffen von Entscheidungen und bei der Durchführung von Maßnahmen auch die Konsequenzen für das Netzwerk berücksichtigen (Winheller, 2011). Die Entwicklung einer Netzwerkidentität erfolgt über das Definieren eines klaren Netzwerkprofils und über positive Kooperationserfahrungen; sie kann auch durch nach außen sichtbare Symbole (z. B. Namen, Logos) gefördert werden.

4. „Netzwerkkultur“: Für die Entwicklung einer gemeinsamen Identität und das Verrin-
gern von Konkurrenzdruck „benötigen Netzwerke eine positive Kultur, die sich durch
Vertrauensbildung, Ausgewogenheit [...] und Transparenz“ (Landesinitiative Demenz-
Service, 2012, S. 15) sowie offene Kommunikation und gegenseitige Unterstützung
auszeichnet. Fairness und ein respektvoller Umgang miteinander spielen ebenfalls eine
große Rolle (Teller & Longmuß, 2007).
5. „Engagement für das Netzwerk“: Für alle Beteiligten gilt, dass die Investitionen, die
sie tätigen, in einem günstigen Verhältnis zum anvisierten Nutzen stehen sollten; dann
werden sie auch bereit sein, sich persönlich zu engagieren und Ressourcen bereitzu-
stellen. Nur in diesem Fall kann die Nachhaltigkeit eines Netzwerks gesichert werden
(Reis, 2013).
6. „Kooperationsfähigkeit“: Darunter wird die Fähigkeit verstanden, mit anderen arbeits-
teilig, aber mit gemeinsamen Zielstellungen und Strategien zusammenzuarbeiten. Auf
diese Weise werden die unterschiedlichen Stärken der einzelnen Akteure verbunden
und Schwächen kompensiert, sodass für den Einzelnen nicht erreichbare und möglichst
nachhaltige Gewinne resultieren können (Payer, 2008).
7. „Moderation“: Eine neutrale Moderation des Netzwerks sollte die Netzwerkentwick-
lung steuern, „zwischen den verschiedenen Interessenlagen im Netzwerk“ (Teller &
Longmuß, 2007, S. 53) vermitteln, bei der Ausbildung und Verwirklichung der Basis-
prinzipien unterstützen sowie zur Bewältigung von Konfliktsituationen beitragen.

Im Teilsystem „Strategie- und Entscheidungssystem“ sind folgende Erfolgsfaktoren rele-
vant (Teller & Longmuß, 2007):

1. „Zielvorgaben“: Die Ziele, die mit dem Netzwerk erreicht werden sollen, müssen ge-
meinsam abgestimmt und regelmäßig auf ihre Aktualität hin überprüft werden. Jeder
Akteur vertritt individuelle Interessen und favorisiert spezifische Vorgehensweisen,
denen im Zielsetzungsprozess Beachtung geschenkt werden sollte. Treten Akteure dem
Netzwerk bei oder verlassen sie dieses, kann es sinnvoll sein, die ursprünglich festge-
legten Ziele zu überprüfen und ggf. anzupassen.
2. „Erzeugen von Nutzen für die Kunden“: Im Zentrum des Netzwerks steht die Ziel-
gruppe (z. B. die Kommune). Die Netzwerkarbeit muss effektiv und transparent gestal-
tet sein, um einen möglichst hohen Nutzen für die Zielgruppe zu generieren.
3. „Netzwerknutzen nach innen“: Die Netzwerkakteure müssen von der Mitarbeit im
Netzwerk profitieren, damit sie sich über einen längerfristigen Zeitraum weiter enga-
gieren (Reis, 2011).
4. „Führung aufbauen“: In vielen Netzwerken ist der Aufbau einer (zumindest flachen)
Führungshierarchie sinnvoll. Ein stabiler Kern von Akteuren kann dabei (ggf. arbeits-
teilig) das Netzwerkmanagement übernehmen. Dieser Kern sollte bereits über Ma-
nagementkompetenzen verfügen oder begleitend konkrete Angebote wahrnehmen, um
derartige Kompetenzen auszubilden bzw. weiterzuentwickeln.
5. „Entscheidungsfähigkeit“: Entscheidungen sollten konsensuell und auf kurzen, direk-
ten Wegen getroffen werden können. Dafür sind verschiedene Regeln und Standards
aufzustellen sowie Entscheidungsträger zu bestimmen (Baumfeld, 2007).
6. „Evaluation“: Die Erfolge des Netzwerks (z. B. der Grad der Zielerreichung, die Ak-
teurzufriedenheit) sollten anhand von Kriterien gemessen und bewertet werden.

Für das Teilsystem „Operatives Managementsystem“ werden die folgenden Erfolgsfaktoren benannt (Teller & Longmuß, 2007):

1. „Führung und Kümern“: Die Netzwerkakteure beschäftigen sich in der Regel nicht schwerpunktmäßig mit der Netzwerkarbeit. Somit besteht die Gefahr, dass zu wenige Impulse gesetzt werden, um die Netzwerkziele zu erreichen – die Erfolge bleiben aus. Deshalb bedarf es zumindest einer Person, welche sich um das „Netzwerk kümmert, die Kontinuität fordert, [...] und die Behebung von Defiziten einfordert“ (S. 54).
2. „Netzwerksteuerung“: Je komplexer ein Netzwerk ist, desto wichtiger ist die Einrichtung eines zentralen Managementsystems (Winheller, 2011), welches über klare Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen verfügt. Das implizite Regelsystem sollte einen reibungslosen Ablauf der Kooperation ermöglichen (z. B. Regelung des Informations- und Wissensaustauschs).
3. „Ressourcenbalance“: Die Ressourcen eines Netzwerks sollten sich gut ergänzen bzw. so verteilt werden, dass die Ziele der Netzwerkakteure und des Netzwerks erreicht werden können. Da in Netzwerken stark formalisierte Vorgaben der Ressourcenverteilung eher selten vorzufinden sind, sollten diese jeweils im Zuge der Inangriffnahme eines neuen Netzwerk(teil-)ziels verhandelt werden (Payer, 2008).
4. „Wandlungsfähigkeit“: Im Netzwerk werden unterschiedliche Personen und Institutionen zusammengeführt, sodass verschiedenartige Sichtweisen und Bedarfe integriert werden müssen. Dies ist nur dann möglich, wenn die Netzwerkstrukturen flexibel an die sich verändernden Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der Netzwerkakteure angepasst werden (Netzwerk: Soziales neu gestalten, 2008).
5. „Marktorientierung“: Marktorientierung bedeutet, dass das Netzwerk (effektiv und effizient) diejenigen Aktivitäten umsetzt, die einen überlegenen „Kundennutzen“ und damit einen „Wettbewerbsvorteil“ für das Netzwerk schaffen (Narver & Slater, 1990).
6. „Marketing“: Professionelles Netzwerkmarketing mit einer „klaren Kundenorientierung, Zielgruppenkommunikation und Unterstützung durch Multiplikatoren“ (S. 54) stellt ebenfalls einen wichtigen Erfolgsfaktor dar. Es wirkt identitätsbildend und motivationssteigernd.
7. „Verbindlichkeit“: Festlegungen, die im Zusammenhang mit den Netzwerkzielen und -aufgaben stehen, sollten verbindlich sein (Reis, 2013). Die Verbindlichkeit lässt sich allerdings selten über formale Regelwerke (z. B. Satzungen, Geschäftsordnungen, Kooperationsverträge) realisieren; sie ist vielmehr Ausdruck der Bereitschaft der Akteure, mittels der eigenen Ressourcen die Zielerreichung des Netzwerks zu unterstützen.
8. „Rechtssicherheit“: Hierunter wird die Notwendigkeit verstanden, rechtlich unsichere Gegebenheiten als solche zu identifizieren und zu klären.

Schließlich führen Teller und Longmuß (2007) für das Teilsystem „Informationssystem“ die nachfolgenden Erfolgsfaktoren an:

1. „Technische Ausstattung“: Alle Netzwerkakteure sollten über ein Mindestmaß an technischer Ausstattung verfügen bzw. in eine entsprechende Infrastruktur eingebunden sein, um problemlos untereinander kommunizieren zu können.
2. „Plattform“: Der Austausch von Wissen und Erfahrungen gilt als wesentliches Schlüsselement der Netzwerkarbeit. Zu diesem Zweck bedarf es einer geeigneten Plattform, die „leicht und unkompliziert zugänglich“ ist und auf der die „relevante(n) Daten verschickt sowie Wissen abgelegt und abgefragt werden“ können (Winheller, 2011, S. 4).
3. „Transparenz“: Über das Etablieren klarer Strukturen sowie Entscheidungs- und Regelsysteme sollte Transparenz geschaffen werden. Diese befördert die Entwicklung

von Vertrauen und trägt damit dazu bei, bestehenden Konkurrenzdruck abzubauen sowie die Kooperationsbeziehungen zu stärken (Payer, 2008).

4. „Informationsfluss“: Es gilt, die Netzwerkgeschehnisse auf möglichst kurzem Wege innerhalb des Netzwerks zu kommunizieren (z. B. Versendung zentraler Dokumente per E-Mail, Veröffentlichung von Informationen auf einer Internetplattform). Zudem sollte eine gemeinsame Sprache gefunden werden, um zu verhindern, dass es insbesondere zwischen Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen zu Missverständnissen kommt.

Spezifische Erfolgsfaktoren

Strobl und Lobermeier (2009) postulieren zehn spezifische Faktoren, die zur erfolgreichen Vernetzung im Rahmen einer kommunalen Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Rechtsextremismus“ beitragen. Die partiellen Überschneidungen mit den zuvor dargestellten „allgemeinen Erfolgsfaktoren“ unterstreichen die besondere Bedeutung einzelner Faktoren für den Aufbau eines Netzwerks gegen Rechtsextremismus.

1. „Ressourcen für ein dauerhaftes Engagement“: Eine der wichtigsten Ressourcen innerhalb eines Netzwerks sind die Personen, die bereit sind, sich über einen längeren Zeitraum zu engagieren. Insbesondere die Beziehungsarbeit, aber auch die Planung und Koordinierung der einzelnen Projektpunkte bedürfen einer nachhaltigen Pflege, um die involvierten Akteure hinreichend zu motivieren sowie die Erreichung der Netzwerkziele sicherzustellen. Diese Arbeiten können in größeren Netzwerken in der Regel nicht (allein) durch ehrenamtliche Unterstützer geleistet werden, sodass der Einsatz professioneller Kräfte angezeigt ist (s. Kap. 2.5.4).
2. „Langfristige Orientierung“: Strobl und Lobermeier (2009) gehen davon aus, dass die Schaffung einer soliden Vertrauensbasis zwischen den beteiligten Akteuren mindestens zwei Jahre in Anspruch nimmt. Darauf aufbauend können dann die verschiedenen Ziele in Angriff genommen werden. Dabei gilt es, die Akteure aktiv einzubinden sowie ihre Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen, auch wenn diese nicht immer im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zielerreichung stehen. Weiterhin muss dafür gesorgt werden, dass die sogenannte „Anreiz-Beitrags-Bilanz“ positiv ausfällt. Da im Kontext kommunaler Netzwerkaktivitäten ökonomische Anreize eine untergeordnete Rolle spielen, steht hier die „Gewinnung und Erweiterung sozialen Kapitals (neue Kontakte, Verfestigung von Beziehungen)“ oder auch der „Aufbau eines guten Rufs (Anerkennung)“ im Vordergrund (S. 23).
3. „Moderierendes Vorgehen“: Die Moderationsarbeit wird als wesentlicher Erfolgsgarant für einen erfolgreichen Netzwerk Aufbau benannt. Externe Moderatoren können hierbei dafür Sorge tragen, dass die ursprünglich anvisierten Ziele kontinuierlich verfolgt werden, indem sie bei der Verteilung der verschiedenen Aufgaben unterstützen und steuernd eingreifen.
4. „Integration“: Unter der Annahme, dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und Problem darstellt, sind alle demokratischen Kräfte zusammenzuführen. Die Tatsache, dass Kommunen in hierarchische Strukturen eingebettet sind und unterschiedliche Interessen vertreten, birgt nach Strobl und Lobermeier (2009) zwar die Gefahr, dass sich gute Argumentationen nicht durchsetzen. Dennoch sei der Dialog mit allen Akteuren notwendig, um eine demokratische Kultur zu kommunizieren und zu leben.
5. „Politischer Grundkonsens“: Zur Integration der verschiedenen demokratischen Kräfte ist es zielführend, gemeinsame Rahmenbedingungen zu definieren, welche die Mitarbeit vieler unterschiedlicher Akteure erlauben. Weiterhin sind „Mindeststandards eines demokratischen Zusammenlebens“ zu etablieren (S. 25).

6. „Positive Ausrichtung“: Netzwerkziele sollten als positive Veränderungszustände („Wirkungsziele“) formuliert werden. Dies erweitert die Kooperationsmöglichkeiten und trägt zur Fokussierung auf die Problemlösung bei. Dafür müssen zuvor die örtlichen Gegebenheiten kritisch untersucht und die Ursachen des Problems identifiziert werden, damit angemessene und realistische Ziele erarbeitet werden können.
7. „Arbeitsteilung“: Informationen und Vereinbarungen bzw. Absprachen, die von allgemeinem Interesse sind, werden mit allen Akteuren des Netzwerks geteilt. Die konkrete Durchführung einzelner Maßnahmen bzw. die Erarbeitung der zugehörigen Konzeptionen erfolgt dagegen in kleineren Gruppen („Unterarbeitsgruppen“).
8. „Formale Regeln“: Sie bilden die Voraussetzung für eine längerfristige und effektive Zusammenarbeit. Hierbei werden insbesondere das Einhalten von Tagesordnungen und Zeitplänen, das Protokollieren von Beschlüssen und das Ausformulieren und Dokumentieren von Zielen sowie Maßnahmen hervorgehoben. Auf Grundlage dieser Dokumentationen kann beurteilt werden, ob die definierten Ziele erreicht wurden bzw. weiterhin erreicht werden können oder Anpassungen notwendig sind.
9. „Sichtbare Aktivität“: Die Aktivitäten sowie Erfolge der Netzwerkakteure müssen innerhalb der Kommune kommuniziert werden und sichtbar sein. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit kann ein wichtiger Beitrag dafür geleistet werden, denjenigen Personen einen demokratischen Orientierungspunkt anzubieten, die bislang nur leicht zu einer (rechts-)extremistischen Haltung tendiert haben.
10. „Kultur der Anerkennung und Erfolgserlebnisse“: Rechtsextremismus in der Kommune ist ein schwerwiegendes, ernst zu nehmendes Problem, doch ein längerfristiges Engagement der Netzwerkakteure ist nur dann wahrscheinlich, wenn es als „emotional befriedigend und bereichernd erlebt wird“ (S. 26). Bereits kleine Fortschritte und Erfolge sollten deshalb anerkennend herausgestellt und zelebriert werden.

2.5.4 Netzwerke gründen – Initiierungsphase

Nachdem die Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit erläutert wurden, sollen nun die wichtigsten Schritte bzw. Elemente des Aufbaus von Netzwerken beschrieben werden. Hierbei sind im Wesentlichen vier Phasen zu differenzieren: die Initiierungs-, die Stabilisierungs-, die Verstetigungs- und die Auflösungsphase (Teller & Longmuß, 2007). Die ersten beiden Phasen dienen dem grundsätzlichen Aufbau eines Netzwerks; die Verstetigungsphase ist dagegen darauf ausgerichtet, das Netzwerk zu pflegen und zu festigen. Auf die Darstellung der Auflösungsphase wird in diesem Bericht verzichtet, da lediglich die ersten drei Phasen im Rahmen des vorliegenden Projekts relevant sind. An dieser Stelle sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich der Aufbau von Netzwerken keinesfalls strikt linear vollzieht. Vielmehr handelt es sich um einen zyklischen Prozess, der sowohl den Netzwerkaufbau als auch die konkrete Projektbearbeitung tangiert (Aderhold, 2004; Amann, Berner, Höhner & Nadolny, 2013). Nachfolgend wird dargestellt, welche Herausforderungen in der Initiierungsphase zu bewältigen sind.

Festlegung eines Modells für den Netzwerkaufbau

Prinzipiell werden zwei grundlegende Modelle des Netzwerkaufbaus unterschieden (Teller & Longmuß, 2007). Dabei handelt es sich um „Extremmodelle“ in einem Modellspektrum; neben diesen Extremen können allerdings auch Mischformen existieren.

Im ersten Modell vollzieht sich der Netzwerkaufbau ausgehend von einer Kerngruppe, die sich schrittweise erweitert. Dieses Ausgangsszenario bietet sich an, wenn die Ziele und Inhalte der Netzwerkarbeit bereits hinlänglich bekannt sind, das Arbeitsumfeld eindeutig beschrieben ist und das Netzwerk kurzfristig tätig werden soll. Dementsprechend liegen

die Stärken dieses Modells darin, zeitnah mit der inhaltlichen Arbeit beginnen zu können und frühzeitig außenwirksam zu werden. Der Netzwerkaufbau nach diesem Modell birgt jedoch die Gefahr, dass zu Beginn nicht ausreichend Akteure bzw. Ressourcen zur Zielerreichung vorhanden sind. Durch die schrittweise Erweiterung des Netzwerks (um neue Akteure) kann es zudem vorkommen, dass Strukturen und Zielstellungen fortwährend in Frage gestellt bzw. neu verhandelt werden müssen.

Im zweiten Modell wird mit der maximalen Anzahl potentieller Netzwerkakteure begonnen. Im Laufe der Kooperation wird schließlich ausgehandelt, wer das Netzwerk aktiv mitgestaltet, wer als „stiller“ Akteur auftritt und wer auf mittel- bzw. langfristige Perspektive das Netzwerk wieder verlassen sollte. Dieses Modell empfiehlt sich als Startbasis, wenn die Netzwerkziele mit einigen wenigen Akteuren nicht umgesetzt werden können oder wenn zu Beginn der Initiierungsphase das übergeordnete Ziel noch weitgehend unklar ist: Es besteht also Einigkeit darüber, dass etwas getan werden muss, aber es ist noch unklar, wie die Problematik angegangen werden soll. Voraussetzung dieses Ausgangsmodells sind zudem Akteure, die sich durch einen hohen Diversitätsgrad auszeichnen (verschiedene Ideen, Positionen, Kontakte). Das Vorgehen nach diesem Modell hat zum einen den Vorteil, dass gleich zu Beginn des Netzwerkaufbaus eine Vielzahl unterschiedlicher Ideen und Impulse zur Verfügung steht. Zum anderen binden sich die Netzwerkakteure stärker aneinander, da sie gemeinsam einen intensiven Gründungs- und Bildungsprozess durchlaufen. Nachteilig könnte sich in diesem Fall jedoch auswirken, dass ein komplexer Klärungsprozess unverhältnismäßig viele zeitliche, monetäre und motivationale Ressourcen in Anspruch nimmt.

Aufbau eines Netzwerkmanagements

Netzwerkarbeit bedarf eines Mindestmaßes an Organisation. Dies wird in der Regel über eine zentrale „Schaltstelle“ ermöglicht: die „Netzwerkstelle“ (auch „Netzwerkbüro“ genannt). Sie wird entweder von einem Mitglied des Netzwerks besetzt oder – insbesondere bei größeren bzw. tertiären Netzwerken – von einer neutralen Institution geleitet. Die übergeordnete Aufgabe der Netzwerkstelle besteht darin, die verschiedenen (lokalen) Akteure (auf regionaler Ebene) miteinander zu vernetzen und die Netzwerkarbeit zu koordinieren. Für den professionell agierenden „Netzwerkmanager“ ergeben sich daraus die folgenden vier Funktionsbereiche:

1. „Selektion“: Insbesondere während der Initiierungs- und Gründungsphase des Netzwerks besteht eine wichtige Aufgabe des Netzwerkmanagers darin, geeignete Akteure auszuwählen, deren Kompetenzen sich ergänzen und die ähnliche Ziele verfolgen (Stakeholder-Analyse; Sydow, 2006) und diese dann für die Netzwerkarbeit zu gewinnen. Darüber hinaus bedeutet Selektion das Herausarbeiten der Ziele und des Nutzens des Netzwerks, das Aufstellen von Evaluationskriterien und das Entwickeln von Handlungsstrategien. An diesen Prozessen sind die involvierten Akteure stets zu beteiligen, um den Aufbau einer Netzwerkidentität zu befördern (Güntert, 2006).
2. „Allokation“: Die Allokation beschäftigt sich mit der Frage, wie Aufgaben, Ressourcen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Netzwerkakteuren verteilt werden (Sydow, 2006). Die entsprechende Zuteilung sollte im Rahmen eines transparenten, gleichberechtigten Verhandlungsprozesses erfolgen, der den spezifischen Kompetenzen der Netzwerkmitglieder Rechnung trägt; eine gerechte Ressourcenverteilung beugt internen Spannungen vor. Eine Stärke von Netzwerken liegt weiterhin in ihrer Flexibilität, sodass eine Re-Allokation der Aufgaben, Ressourcen und Verantwortlichkeiten zu allen Zeiten eine Option und damit eine Aufgabe des Managers darstellt.

3. „Regulation“: Die Regulationsfunktion umfasst die Ausgestaltung der beiden zuvor beschriebenen Funktionen, d. h. die Regelung der Aufgaben- und Ressourcenverteilung unter den beteiligten Akteuren (Gorynia-Pfeffer, 2009; Sydow, 2006). Es bedarf demnach der (fortwährenden) Entwicklung und Durchsetzung informaler wie formaler Regeln; hierbei sind verschiedene Bereiche betroffen (z. B. der Aufbau und die Strukturierung der Informations- und Kommunikationswege oder die Veranstaltung von Treffen). Die Etablierung entsprechender Regeln sorgt für Transparenz, beugt Informationsdefiziten vor, ermöglicht den Austausch von Erfahrungen und Wissen, bietet eine Basis zur Austragung von Konflikten und wirkt sich somit „belastungs- und unsicherheitsreduzierend“ aus (Friedmann, Sommer, Frießem & Zülch, 2011, S. 17).
4. „Evaluation“: Die Evaluationsfunktion fokussiert auf die Beurteilung der Aktivitäten des Netzwerks, die Beziehungen im Netzwerk und das Netzwerk in seiner Gesamtheit (Hausberg, 2006). Die Zusammensetzung und die Ziele des Netzwerks sowie die Kompetenzen der Netzwerkmitglieder und ihre Beziehungen untereinander unterliegen einem ständigen Veränderungsprozess (Weisbord & Janoff, 2006). Diese Veränderungen müssen rechtzeitig erkannt und reflektiert werden, um angemessen reagieren zu können. Zudem sollten die Ergebnisse der Netzwerkarbeit dokumentiert und regelmäßig überprüft werden. Dazu müssen geeignete Erfolgskriterien und Messinstrumente entwickelt werden, anhand derer der Grad der Zielerreichung beurteilt werden kann.

Durchführung einer Stakeholder-Analyse

Bei der Stakeholder-Analyse handelt es sich um eine „Art Bestandsaufnahme von Beziehungsgeflechten“ (Menk, 2010; S. 37). Mit ihrer Durchführung wird das Ziel verfolgt, zentrale Schlüsselpersonen, Organisationen und Institutionen zu identifizieren und für die Netzwerkarbeit zu gewinnen (Schubert, 2005). Zu diesem Zweck gilt es, vorab folgende Fragen zu beantworten (Quilling, Nicolini, Graf & Starke, 2013):

- Um welchen Sozialraum handelt es sich (z. B. Region, Kommune)?
- Wer spielt welche Rolle in diesem Sozialraum (z. B. freie Träger, Beratungsstellen)?
- Gibt es mehrere Akteure, welche gleiche oder ähnliche Aufgaben übernehmen (z. B. Jugendeinrichtungen, Beratungsstellen, Schulsozialarbeit)?
- Wer ist als relevanter Akteur unabdingbar notwendig (z. B. kommunale Integrationszentren)?
- Wer sind direkt und indirekt Betroffene (z. B. Opfer von rechtsextremistischen Gewalttaten, Lehrkräfte)?

Zudem sollten mit der Stakeholder-Analyse Kenntnisse darüber gewonnen werden, wer von der Vernetzung profitieren und wer das Netzwerk ideell und/oder materiell unterstützen könnte (Bosch, 2007). Aus der Beantwortung dieser Fragen resultiert in der Regel eine Vielzahl potentiell geeigneter Netzwerkakteure. Je größer das Netzwerk ist, desto größer sind auch die Diversität und das damit verbundene Handlungsspektrum sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Gleichsam steigen der Koordinierungsbedarf des Netzwerks und die zu berücksichtigenden Interessen exponentiell an (Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft, 2013). Es müssen also Prioritäten gesetzt werden, da meist nicht alle identifizierten potenziellen Akteure auch tatsächlich Mitglieder des Netzwerks werden können. Zudem muss über die Stakeholder-Analyse ermittelt werden, ob innerhalb der Kommune/Region bereits vergleichbare Strukturen oder Initiativen bestehen, an die angeknüpft werden kann bzw. die sich mit vergleichbaren Zielstellungen befassen. Anhand dieser Recherche ist zu entscheiden, ob ein Zusammenschluss bzw. eine Erweiterung bestehender Netzwerke sinnvoll oder ob die Etablierung eines (neuen) Netzwerkes

günstiger erscheint. Auf diese Weise können Doppelstrukturen und „Wiederholungen in den Handlungsansätzen“ vermieden werden (Quilling, Nicolini, Graf & Starke, 2013).

Im Anschluss muss die Bedeutung jedes Akteurs bzw. jeder Gruppe für das Netzwerk analysiert werden. Dazu wird eine „Stakeholdermatrix“ erstellt (s. Abb. 4), welche die Akteure im Hinblick auf die beiden Größen „Interesse“ und „Einfluss“ kategorisiert (Spieckermann & Schubert, 2009). Diejenigen Stakeholder, die ein hohes inhaltliches Interesse an der Netzwerkarbeit haben und über einen großen Einflussbereich verfügen, können vergleichsweise leicht für eine Mitarbeit gewonnen werden; sie sollten den Kern des Netzwerks bilden. Stakeholder, die ebenfalls sehr interessiert, aber weniger einflussreich sind, können als wichtige Verbündete gelten: Sie könnten sich im Zeitverlauf zu Schlüsselakteuren entwickeln und sind daher fortlaufend zu informieren. Weiterhin stehen die weniger interessierten, aber einflussreichen Akteure im Fokus. Hierbei handelt es sich oftmals um öffentliche Akteure in formalen Positionen (Kortendieck, 2009). Sie stehen in Konkurrenz zu den Netzwerkressourcen und sollten mittelfristig – über die Anwendung verschiedener Netzwerk- und Kommunikationsstrategien – vom Nutzen des Netzwerks bzw. von einem Engagement im Netzwerk überzeugt werden.

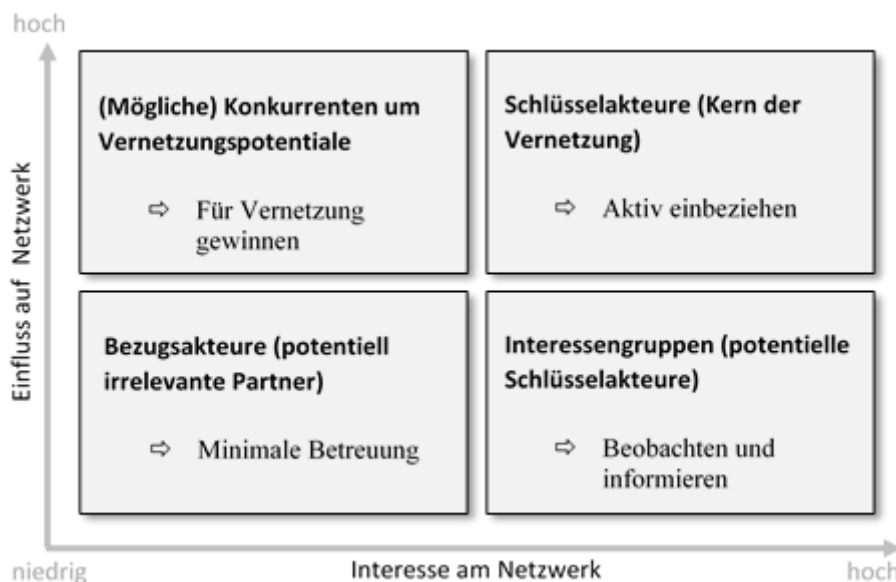


Abb. 4: Stakeholdermatrix nach Einfluss und Interesse an einem Netzwerk (in Anlehnung an Schubert & Spieckermann, 2009)

Anhand einer Stakeholdermatrix können die relevanten Akteure identifiziert und ihre Positionen innerhalb des Netzwerks bestimmt werden (Quilling, Nicolini, Graf & Starke, 2013). So sind Akteure mit hohem Einfluss an möglichst zentraler Stelle im Netzwerk anzuordnen (z. B. in der Steuerungsgruppe), während weniger relevante Akteure beispielsweise Beratungsfunktionen übernehmen sollten. Im Falle der Identifizierung von mehreren Personen, die mit vergleichbaren Ressourcen aufwarten, sollte abgestimmt werden, wer diesen Personenkreis am besten repräsentieren und vertreten kann.

Anschließend gilt es, die Stakeholder für die Mitarbeit im bzw. die Unterstützung des Netzwerks zu aktivieren. Um die potentiellen Akteure von der Sinnhaftigkeit zu überzeugen, können verschiedene Argumente angeführt bzw. Strategien genutzt werden (Schubert, 2008; Tiemeyer, 2002):

- Konkretisierung der Netzwerkvision und Kommunizieren dieser an die Akteure,
- Verdeutlichung der Vorteile einer Teilhabe am Netzwerk,

- Betonung der Erfahrung und des Rufs des Akteurs (innerhalb der Kommune/Region) sowie der damit einhergehenden Bedeutsamkeit für das Netzwerk,
- Herausheben des Umstands, dass der Akteur – aufgrund des thematischen Schwerpunkts des Netzwerks – unabdingbar für die Netzwerkarbeit ist,
- Aufzeigen der Möglichkeiten der Einflussnahme sowie
- Hinweisen darauf, dass die Mitarbeit im Netzwerk öffentlichkeitswirksam genutzt werden kann und möglicherweise zusätzliche (finanzielle) Mittel generiert werden können.

Wurden die zentralen Akteure identifiziert und zu einer Mitarbeit motiviert, müssen sie miteinander in Kontakt gebracht werden, um den Vertrauensaufbau zu forcieren. Dazu eignet sich ein Auftaktworkshop bzw. eine Auftaktveranstaltung.

Durchführung einer Auftaktveranstaltung

Die Gründung eines Netzwerks vollzieht sich zumeist im Rahmen einer Auftaktveranstaltung (Netzwerk: Soziales neu gestalten, 2008), zu der diejenigen Personen eingeladen werden sollten, die für das Netzwerk interessant sein könnten. In dieser Veranstaltung gilt es, gemeinsam die mit der Etablierung des Netzwerks verbundenen Ziele sowie den gesellschaftlichen und individuellen Nutzen herauszuarbeiten. Weiterhin ist festzulegen, in welcher Art und Weise sich die jeweiligen Akteure in das Netzwerk einbringen können. In diesem Zusammenhang ist der sogenannten „Change-Formel“ von David Gleicher (vgl. Beckhard & Harris, 1977) Beachtung zu schenken:

$$C = A \times B \times D > X$$

Übertragen auf die Netzwerkarbeit besagt die Formel, dass Veränderungen („C“ für „Change“) nur dann stattfinden, wenn die Akteure mit dem Ist-Zustand unzufrieden sind („A“ für „status quo dissatisfaction“), wenn sie mit der Mitarbeit im Netzwerk attraktive Ziele verbinden („B“ für „desired clear state“) und wenn über das Netzwerk konkrete Maßnahmen realisiert werden können („D“ für „practical steps to the desired state“). Übersteigt das Produkt dieser drei Faktoren den Widerstand in Bezug auf die anvisierten Veränderungen („X“ für „cost of the change“), ist eine Mitarbeit der Akteure wahrscheinlich. Entsprechend müssen zu Beginn der Netzwerkgründung der Ist-Zustand und die Zielstellungen ermittelt sowie erste Ansatzpunkte zur Bewirkung von Veränderungsmomenten erarbeitet bzw. bewusst gemacht werden. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich – unter Leitung eines Moderators – die verschiedenen Fragestellungen mit den Akteuren zu diskutieren sowie die Ergebnisse zu dokumentieren und zur Verfügung zu stellen (Richter-Kornweitz, 2013).

Festlegung von Zielen

Im Fokus der Auftaktveranstaltung sollte in jedem Fall auch das Definieren der Ziele des Netzwerks stehen. Zunächst gilt es, so genannte „Leitziele“ aufzustellen (Beywl & Schepp-Winter, 1999), welche den übergeordneten Zweck des Netzwerks beschreiben. Die Konkretisierung der Leitziele erfolgt über Teilziele bzw. Zwischenziele, auf deren Grundlage – zumeist nach dem ersten Treffen – Handlungsziele operationalisiert werden sollten. Diese müssen „SMART“ („S“ = spezifisch/eindeutig; „M“ = messbar; „A“ = angemessen; „R“ = realistisch; „T“ = terminiert“; Doran, 1981) gesetzt sowie positiv und wirkungsorientiert formuliert werden (Stockmann, 2006).

Der Zielfindungsprozess wird von den beteiligten Akteuren nicht immer als sinnvoll erachtet – er nimmt viel Zeit in Anspruch und kostet Energie (Menk, 2010). Alternativ können von der Netzwerkstelle bzw. dem Moderator Ziele vorgeschlagen werden, die dann von den Akteuren diskutiert werden. Der Zielfindungsprozess ist essentiell, da nur so ein ge-

meinsames Problembewusstsein und eine Identifikationsbasis mit dem Netzwerk geschaffen werden sowie eine nachgelagerte Überprüfung der Zielerreichung gewährleistet wird.

Erarbeitung eines Leitbildes

Im Leitbild soll festgelegt werden, welche gemeinsamen Ziele und Interessen die Netzwerkakteure verfolgen. Es beschreibt einerseits die Außenperspektive, also welchen (gesellschaftlichen) Nutzen das Netzwerk nach außen anbietet, und andererseits eine Innenperspektive, die den Nutzen für die Netzwerkakteure definiert (Teller & Longmuß, 2007). Das Leitbild dient damit als übergeordnetes Steuerungsinstrument und erfüllt nicht zuletzt eine identitätsbildende Funktion (Becker, 2011).

In der Regel verfügen die in das Netzwerk zu involvierenden Institutionen bereits über ein Leitbild, das mit dem zu entwickelnden Netzwerk-Leitbild in Konkurrenz stehen kann. Dies muss bei der Leitbildentwicklung berücksichtigt werden. Becker (2011) führt drei Phasen der Leitbildentwicklung an.

1. „Initiierungsphase“: Die Leitbilder, welche die Akteure persönlich oder aufgrund ihres institutionellen Hintergrunds mitbringen, werden offengelegt. Zudem wird besprochen, wie das Leitbild für das Netzwerk erarbeitet bzw. weiterentwickelt werden soll und welche Ziele mit der Leitbildentwicklung verbunden sind.
2. „Entwicklungsphase“: Eine Arbeitsgruppe (s. Kap. 2.5.5) fertigt einen ersten Entwurf des Leitbildes an, der die Ressourcen, Erwartungen und Zielvorstellungen der beteiligten Netzwerkakteure berücksichtigt. Dieser Entwurf wird dann innerhalb des Netzwerks und der verschiedenen beteiligten Institutionen diskutiert.
3. „Implementierungsphase“: In der Arbeitsgruppe wird entschieden, in welcher Form das Leitbild implementiert werden soll und welche Schritte zu diesem Zweck unternommen werden müssen.

2.5.5 Netzwerke aufbauen – Stabilisierungsphase

Nach der Gründung des Netzwerks stehen im Zuge weiterer Treffen der Netzwerkakteure die Strukturierung des Netzwerks („Netzwerkarchitektur“) und die Herstellung seiner Handlungsfähigkeit im Vordergrund. Dabei ist ein offener Dialog wesentlich, um die Anregungen und Wünsche der involvierten Akteure zu berücksichtigen und somit die Identifikation mit dem Netzwerk zu fördern (Menk, 2010). Die dabei zu bewältigenden Anforderungen werden nachfolgend detaillierter beschrieben.

Bildung von Arbeitsgruppen

Solange sich ein Netzwerk aus einer überschaubaren Anzahl von Akteuren (ca. 15-20) zusammensetzt, können sich diese treffen und gemeinsam die relevanten Themen bearbeiten (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, 2012). Mit steigender Anzahl der Akteure bzw. zunehmender Diversität der Themenschwerpunkte (z. B. Leitbildentwicklung, Qualitätssicherung, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, Einrichtung einer Informationsplattform) ist dagegen die Einführung arbeitsteiliger Strukturen sinnvoll (Teller & Longmuß, 2007), um zeit- und energieaufwändige Erarbeitungs- und Entscheidungsprozesse im Plenum zu reduzieren. Hierbei sind die Arbeitsgruppen gemäß der Kompetenzen und Leistungsfähigkeiten der Akteure zusammenzusetzen sowie die entsprechenden Arbeitsaufträge mit klar definierten Zielen und Zeithorizonten zu untersetzen. Darauf aufbauend können dann innerhalb der jeweiligen Arbeitsgruppe feingliedrige Aufgabenkataloge erarbeitet und ein „Projektplan“ erstellt werden (Landesinitiative Demenz-Service, 2012).

Die Zwischenergebnisse der Gruppen müssen regelmäßig an das gesamte Netzwerk zurückgespiegelt werden (z. B. über Protokolle), damit jederzeit an deren Arbeit angeknüpft

werden kann. Zudem wird dadurch eine Kontrollfunktion installiert, die dabei helfen kann, zu entdecken, ob eine Gruppe an ihren Arbeitsaufträgen "vorbeiarbeitet" oder ob sie mit einer anderen Arbeitsgruppe konkurriert bzw. redundante Leistungen erbringt (Landesinitiative Demenz-Service, 2012). Die in der Gruppe erarbeiteten Ergebnisse werden schließlich in einem entscheidungsreifen Stadium in der Netzwerkkonferenz vorgestellt und dort entsprechend gewürdigt (Teller & Longmuß, 2007).

Hat eine Arbeitsgruppe ihre Aufgaben hinreichend erfüllt, sollte sie aufgelöst werden, um die in ihr gebundenen Ressourcen wieder freizusetzen. Mit diesen Ressourcen können – sofern erforderlich – neue Arbeitsgruppen gebildet werden (Menk, 2010).

Durchführung von Netzwerkkonferenzen

Nach der Bildung des Netzwerks sollte mindestens einmal jährlich eine Konferenz mit allen beteiligten Netzwerkakteuren stattfinden, in der über die (weiteren) Entwicklungen und die damit implizierten Handlungsmöglichkeiten bzw. -schritte beraten wird (Teller & Longmuß, 2007). Gleichzeitig fungieren die Netzwerkkonferenzen als Basiskomponente der Aufrechterhaltung des Netzwerks: Sie fördern den Austausch zwischen den Akteuren und eröffnen ihnen Möglichkeiten, bisher unbekannte Netzwerkakteure kennenzulernen sowie Beziehungen auf- bzw. auszubauen. Darüber hinaus bilden Netzwerkkonferenzen eine Plattform zur Weitergabe von Informationen und zum Kommunizieren der bis zu diesem Zeitpunkt erzielten Erfolge (Menk, 2010). Dafür sollten der organisatorische Rahmen und die thematische Schwerpunktsetzung der Konferenz wohl abgewogen werden, denn eine Konferenz wird nur dann viele Akteure zur Teilnahme bewegen, wenn der Rahmen und das Thema ihr Interesse wecken (Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft, 2013).

Die mögliche Struktur eines Netzwerks – bestehend aus Netzwerkmanagement/Netzwerksstelle, Arbeitsgruppen und Netzwerkkonferenz – wird in Abb. 5 visualisiert.

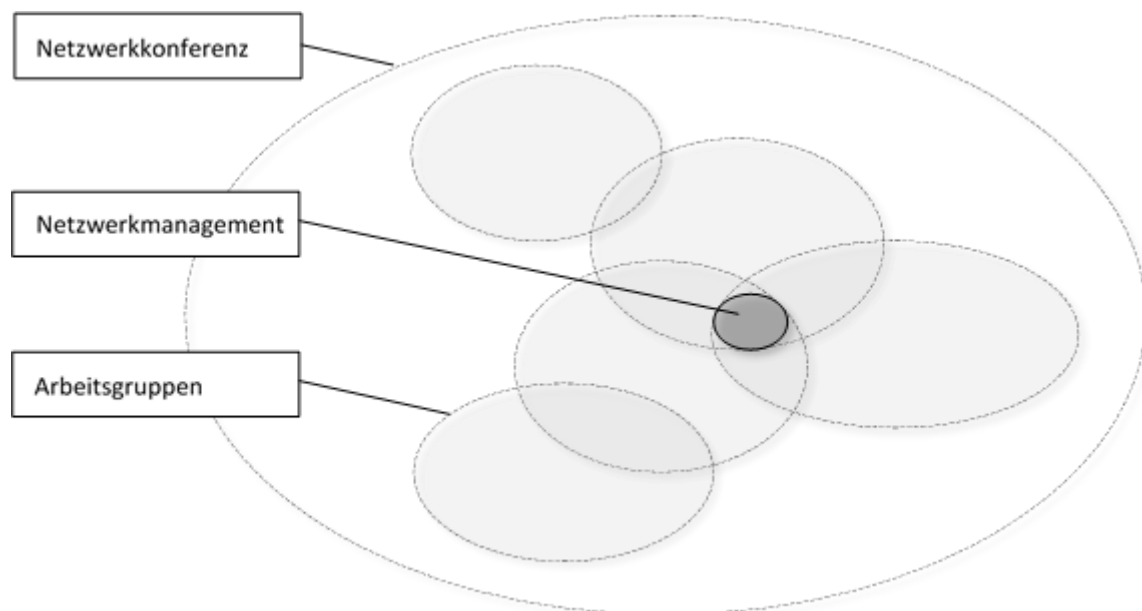


Abb. 5: Erweitertes Modell der Polyzentralität in Netzwerken durch Beziehungsüberlappungen (in Anlehnung an Schubert, 2005)

Aufbau eines Informationssystems

Die Einrichtung eines Informationssystems stellt eine zentrale Voraussetzung für offene und transparente Kommunikations- und Beteiligungsprozesses der Akteure dar. Sie erlaubt

den Mitgliedern des Netzwerks, sich bedarfs- und zeitgerecht zu informieren, und fördert den Erfahrungsaustausch.

Der Informationsfluss muss auf kurzem Wege realisiert werden und sollte alle Akteure einbeziehen (Teller & Longmuß, 2007). Eine mögliche Kommunikationsform stellen persönliche Treffen in Arbeitsgruppensitzungen und Netzwerkkonferenzen dar. Diese können jedoch in der Regel nicht von allen Akteuren besucht werden, sodass die bedeutsamsten Diskussionspunkte und Beschlüsse protokolliert sowie (postalisch oder digital) zur Verfügung gestellt werden müssen (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, 2012). Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass alle Netzwerkmitglieder gleichermaßen informiert sind, und es werden Möglichkeiten einer nachträglichen Beteiligung eröffnet. Es gibt jedoch auch Themen, die nicht für alle Akteure relevant sind, sodass hier die Einrichtung zusätzlicher, kleinerer Verteiler angezeigt sein könnte.

Neben den persönlichen Treffen eignen sich Newsletter, Rundmails, (Zwischen-)Berichte, Doodles, Webseiten und Online-Plattformen zum Austauschen und Koordinieren von Informationen (Winheller, 2011). Sämtliche Kommunikations- bzw. Informationsmaßnahmen sind mit Aufgaben verbunden, die entweder von den Netzwerkakteuren selbst bewältigt oder – sofern die zur Verfügung stehenden Kompetenzen und Ressourcen nicht ausreichen – an das Netzwerkmanagement oder externe Dienstleister übergeben werden müssen.

Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit

Insbesondere politisch- und gemeinwohlorientierte Netzwerke benötigen eine solide Öffentlichkeitsarbeit (Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, 2012): „Denn es geht nicht nur um das Handeln im geschlossenen Kreis, sondern man möchte die lokale Situation verändern, in gesellschaftliche Prozesse eingreifen, auf Missstände aufmerksam machen und andere Menschen als aktive Unterstützer_innen gewinnen“ (S. 39). Diese übergeordneten Ziele der Öffentlichkeitsarbeit lassen sich durch konkretere handlungsbezogene Zielstellungen untersetzen (z. B. die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die Erhöhung des Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz des Netzwerks sowie die Motivierung Dritter zum Bereitstellen ihrer Ressourcen; Staatsinstitut für Familienforschung, 2013). Ergänzend dazu bleibt festzuhalten, dass erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit speziell im Hinblick auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus dazu beiträgt, ein „Zeichen für Weltoffenheit, demokratische Kultur und Toleranz zu setzen“ (Strobl & Lobermeier, 2014, S. 69). Zu den Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden können, zählt die Erstellung von Printprodukten (z. B. Flyer, Broschüren, Plakate, Tassen). Diese müssen ansprechend und in verständlicher Sprache gestaltet sein. Je nach Adressatengruppe kann es sinnvoll sein, die Inhalte mehrsprachig aufzubereiten.

Im Zuge der Presse- bzw. Medienarbeit sollte regelmäßig über das Wirken des Netzwerks und über stattfindende Aktivitäten (z. B. Veranstaltungen) informiert werden. Hierbei sind persönliche Kontakte hilfreich, über die beispielsweise in lokalen Blättern oder bei regionalen Radio- oder Fernsehsendern redaktionelle Beiträge platziert werden können. Zudem werden Internetpräsenzen (z. B. eigene Homepages) immer wichtiger; gerade auch jüngere Adressatengruppen können über soziale Netzwerke (z. B. Facebook) oder Blogging-Dienste (z. B. Twitter) erreicht und zum Mitmachen aktiviert werden. Generell gilt, dass die sprachliche, inhaltliche und visuelle Realisierung sowie die genutzten Medien immer entsprechend der im Fokus stehenden Zielgruppe ausgewählt werden müssen (Staatsinstitut für Familienforschung, 2013).

Darüber hinaus sollte ein Name für das Netzwerk gefunden werden, anhand dessen eine eindeutige Identifizierung des Netzwerks vorgenommen werden kann. Der Name sollte bereits Hinweise auf den Charakter und das Thema des Netzwerks liefern. Schließlich

empfiehlt es sich, dem Netzwerk ein Gesicht zu geben, es also über ein oder zwei Akteure nach außen hin zu repräsentieren. Dies steigert den Wiedererkennungswert und kommuniziert Geschlossenheit.

2.5.6 Netzwerke pflegen – Verstetigungsphase

Hat sich das Netzwerk etabliert, besteht die Hauptaufgabe des Netzwerkmanagements darin, die Beziehungen der Akteure aufrechtzuerhalten bzw. zu vertiefen, wenn nötig neue Akteure für die Netzwerkarbeit zu gewinnen und über das Durchführen von Evaluationen die Entwicklung des Netzwerks zu bewerten (bzw. extern bewerten zu lassen), um Optimierungspotenziale zu erschließen. Nachfolgend werden die Anforderungen der „Evaluation“ und des „Gewinnens neuer Akteure“ vertiefend dargestellt.

Durchführung von Evaluationsstudien

Im Rahmen von Evaluationen ist zu prüfen, ob die zu Beginn formulierten Zielstellungen erreicht wurden und ob die „Kosten“ für den Aufbau und die Weiterentwicklung des Netzwerks in einem angemessenen Verhältnis zum erzielten Nutzen stehen (Strobl & Lobermeier, 2014). Hierzu werden Daten systematisch gesammelt, analysiert und bewertet (Philipp & Rolff, 1998), um darauf aufbauend Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Netzwerkarbeit ziehen zu können (Teller & Longmuß, 2007).

Die Bewertung des Netzwerks erfolgt anhand von konkreten Indikatoren, die im günstigsten Fall bereits im Zuge der Zielformulierung festgelegt wurden (Burkard & Eikenbusch, 2000). Diese Indikatoren sind mit der vor der Netzwerkgründung durchgeführten Bedarfsanalyse zu vergleichen und abzustimmen (Kofahl, Dahl & Döhner, 2003). Im Zuge der Evaluation sollten quantitative und qualitative Daten erhoben werden. Quantitative Daten stammen aus sekundärstatistischen Erhebungen (z. B. registrierte Gewalttaten), während qualitative Daten die subjektive Wahrnehmung (z. B. Befragungen) der jeweiligen Zielgruppe abbilden (Teller & Longmuß, 2007). Vor allem qualitative Analysen bedürfen der Unterstützung durch externe Evaluatoren, um eine hinreichende Objektivität zu gewährleisten: Es ist „sehr schwierig und auch kein Zeichen von Professionalität, gleichzeitig Betrachter und Gegenstand der Betrachtung sein zu wollen“ (Dauser & Longmuß, 2010, S. 42).

Insbesondere für die Evaluation von Netzwerken bzw. bei der Bewertung komplexer Zusammenhänge, deren Nutzen sich nicht anhand wirtschaftlicher Größen bestimmen lässt (z. B. dem Aufbau eines Netzwerks), bietet sich die so genannte Nutzwertanalyse an (Endres, 2008). Dabei werden zusammen mit den Netzwerkakteuren die relevanten Indikatoren erarbeitet und ihre Bedeutsamkeit gewichtet. Anschließend werden die Indikatoren hinsichtlich ihres Erfüllungsgrad bewertet, um daraus den Nutzwert jedes Indikators aus Sicht der Beteiligten zu berechnen. Generell gilt, dass – je nach fokussiertem Ausschnitt des Netzwerks – spezifische Indikatoren und geeignete Evaluationsmethoden (z. B. Fortschrittsanalyse, Benchmarking, Stärken-Schwäche-Profil) herangezogen werden müssen (Teller & Longmuß, 2007).

Gewinnen neuer Akteure

Netzwerke zeichnen sich – im Vergleich zu anderen Organisationsformen – durch ihre hohe Flexibilität, die arbeitsteiligen Strukturen und die Tatsache aus, dass Akteure mit verschiedenen Kompetenzen und Ressourcen zusammengeführt werden (Teller & Longmuß, 2007). Mit jeder Neuausrichtung des Netzwerks bzw. im Zuge der sich stetig vollziehenden Veränderungsprozesse kann es notwendig werden, weitere Akteure in die Netzwerkarbeit einzubinden. Deutet sich eine derartige Notwendigkeit an, sollte zunächst mit den Netzwerkakteuren diskutiert werden, ob und ggf. in welchem Bereich bzw. in welcher Funktion das Netzwerk zu erweitern bzw. zu verstärken ist. Auf der Basis dieser Bedarfsa-

nalyse kann dann ein (Mindest-)Anforderungsprofil erstellt werden. Anhand des Profils sollten – über formelle und informelle Kontakte der Netzwerkmitglieder, über Veranstaltungsbesuche sowie mittels Internetrecherchen – geeignete Partner vorausgewählt werden. In persönlichen Gesprächen kann anschließend die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit der Kandidaten sondiert (z. B. Zielvorstellungen, Erwartungshaltungen) und der Nutzen einer Kooperation verdeutlicht werden. Anschließend muss der neue Akteur in das Netzwerk integriert werden: Es gilt, seine Rolle zu operationalisieren, die Rahmenbedingungen seiner Mitwirkung zu klären (z. B. Zuständigkeiten, Befugnisse) sowie ihn in das vorhandene Kommunikationssystem und die operative Netzwerkarbeit einzubinden (z. B. Arbeitsgruppen, Fortbildungen). Nach einiger Zeit muss die Evaluation der Akteurseinbindung erfolgen, um die Qualität des Einbindungsprozesses und die Erreichung der intendierten Zielstellungen zu ermitteln.

Vor dem Aufbau eines entsprechenden Netzwerks (z. B. von Kommunen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus) muss zunächst ermittelt, welche konkreten Netzwerke bzw. (Unterstützungs-)Angebote in diesem Bereich bereits vorhanden sind. Anschließend gilt es, den Bedarf für ein solches Netzwerk aufseiten der potenziellen Zielgruppe zu erheben, um mögliche Inhaltskomponenten abzuleiten und wünschenswerte Anknüpfungspunkte aufzudecken. Es bedarf also einer Bestandsanalyse der existierenden Angebote und einer Bedarfsanalyse aus Sicht der (potentiellen) Nutzer. Derartige Analysen wurden im vorliegenden Projekt durchgeführt. Das diesbezügliche Vorgehen wird im nachfolgenden Kapitel 3 beschrieben.

3 Methodisches Vorgehen

3.1 Bestandsanalyse

Im Rahmen der Bestandsanalyse galt es, nach Netzwerken bzw. Organisationen zu recherchieren, die (Unterstützungs-)Angebote für Kommunen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus bereithalten. Darüber hinaus sollten die Inhalte und die Formen dieser Angebote erfasst und überblicksartig aufbereitet werden. Mit der (angestrebten) vollständigen Erfassung des Bestands und die systematisierende Darstellung der Angebote sollte es ermöglicht werden, Angebotsüberschneidungen und Angebotslücken zu identifizieren. Zudem sollte die Bedarfsgerechtigkeit der aktuellen Angebotsstruktur mit Vertretern von Kommunen diskutiert werden, die von einem möglichen Netzwerkaufbau profitieren könnten.

Der aktuelle Bestand an Organisationen¹⁵, die sich für eine Bekämpfung von Rechtsextremismus in Brandenburg einsetzen, und ihre verfügbaren (Unterstützungs-)Angebote wurden vornehmlich im Rahmen einer Internetrecherche ermittelt. Als Ausgangspunkt der Suche dienten dabei die Webseiten einschlägig bekannter Organisationen wie beispielsweise der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (kurz: Aktionsbündnis Brandenburg) und der „Partnerschaften für Demokratie“. Auf diesen Webseiten sind eine Vielzahl von Organisationen benannt und verlinkt, die sich mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen; diesen Verlinkungen wurde gefolgt. Nach dem Serendipitäts-Prinzip¹⁶ (van Anel, 1994) wurde darüber hinaus Querverweisen nachgegangen, um weitere Adressen von relevanten Organisationen zu identifizieren. Zudem wurden konkrete Suchanfragen mit den Begriffen bzw. Begriffskombinationen „Rechtsextremismus“, „Brandenburg“ und „Netzwerk“ sowie mit inhaltlich verwandten Suchbegriffen über die Suchmaschine „Google“ durchgeführt.

Sämtliche recherchierten Organisations-Webseiten wurden daraufhin geprüft, ob die jeweiligen Organisationen explizit (Unterstützungs-)Angebote für (kommunale) Akteure bereithalten. Über die Registrierung der Anzahl der Angebote hinaus, wurden folgende Angebotsmerkmale erfasst:

- die Angebotsbeschreibungen bzw. -titel,
- die Zielgruppen,
- die thematischen Schwerpunkte,
- die Kosten und
- die regionale Verortung.

Auf der Grundlage der auf den Webseiten vorgefundenen Informationen wurden Kurzbeschreibungen zu den Organisationen angefertigt und die Kontaktdaten protokolliert. Hierbei ergaben sich folgende Schwierigkeiten: Für einige Organisationen konnten keine Angebote recherchiert werden, und bei einigen Organisationen blieb – aufgrund fehlender Aktualisierungen der Webseite – unklar, ob diese noch aktiv sind. Zur Klärung der letztgenannten Fragestellung wurde eine vertiefende Internetrecherche durchgeführt: Neben der Eingabe des Organisationsnamens wurde über die Suchoptionen der Filter gesetzt, dass

¹⁵ Als Organisationen galten „Netzwerke“, „Bündnisse“, „Stiftungen“, „Verbände“, „Bildungseinrichtungen“, „Institute“, „Kinder- und Jugendorganisationen“, „Arbeitsgruppen“, „Begegnungsstätten“ und „Gedenkstätten“.

¹⁶ Der Begriff „Serendipität“ bezeichnet das zufällige Auffinden von etwas ursprünglich nicht Gesuchtem, das sich als neue und überraschende Entdeckung erweist (Merton, 1957). Übertragen auf den Kontext der „Internetsuche“ beinhaltet das Serendipität-Prinzip das Phänomen, beim Browsen auf verschiedenen Webseiten auf relevante Informationen und Webseiten zu stoßen, nach denen nicht explizit gesucht wurde.

lediglich Suchergebnisse der letzten 12 Monate angezeigt werden sollen. Organisationen, die in diesem Zeitraum keine Aktivitäten aufwiesen, wurden in den nachfolgenden Darstellungen nicht berücksichtigt.

Um die Rechercheergebnisse auf Vollständigkeit zu prüfen, wurde zwei Experten¹⁷ eine Liste der recherchierten Organisationen vorgelegt. Da sie bereits seit mehreren Jahren im relevanten Tätigkeitsfeld beschäftigt und mit der hiesigen Angebotslandschaft vertraut sind, wurden sie gebeten, fehlende Organisationen zu ergänzen bzw. nicht mehr aktive Organisationen zu streichen. Daran anschließend wurden die eruierten Organisationen per Mail oder telefonisch mit der Bitte kontaktiert, die ermittelten Angebote und Daten zu verifizieren bzw. ggf. zu korrigieren.

Nachdem die Rückmeldungen der Organisationsvertreter vorlagen¹⁸, wurde eine inhaltliche Kategorisierung der (Unterstützungs-)Angebote vorgenommen, um einen zusammenfassenden Überblick über die vorhandenen Angebote zu erhalten und diese auf Vollständigkeit bzw. inhaltliche Überschneidungen prüfen zu können. Zusätzlich bestand das Ziel der Kategorisierung darin, die Angebote für die potentielle Nutzergruppe (kommunale Akteure) übersichtlich präsentieren zu können. Die Kategorienbildung bzw. qualitative Inhaltsanalyse erfolgte in Anlehnung an Mayring (2000) induktiv; die Kategorien wurden also direkt aus dem vorliegenden Material abgeleitet. Dazu wurden zwei Beurteilern die inhaltlichen Beschreibungen der Angebote oder – falls nicht vorhanden – lediglich die Angebotstitel vorgelegt. Ihre Aufgabe bestand darin, dem jeweiligen Angebot ein Stichwort zuzuordnen. Dabei wurde ein mittleres Abstraktionsniveau angestrebt, das sowohl zur Reduktion der Informationsmenge beiträgt als auch spezifisch genug ist, um die einzelnen Kategorien klar voneinander abzugrenzen. Auf diese Weise wurden fünf Angebotskategorien ermittelt („Informationsmaterial“, „Aus-, Fort- und Weiterbildung“, „Veranstaltung“, „Beratung“ und „Förderung“). Anhand dieser Kategorien erfolgten die Einordnung und die Analyse der recherchierten Angebote.

3.2 Bedarfsanalyse

Bei einer Bedarfsanalyse bzw. Bedarfserhebung werden die Bedürfnisse der Beteiligten bzw. „Betroffenen“ erfasst. Hierzu werden in der Regel verschiedene Quellen, Perspektiven und Erhebungsmethoden miteinander kombiniert. Anschließend werden die individuellen Wünsche oder Interessensbekundungen diskutiert, vor dem Hintergrund des Bestands interpretiert und verhandelt sowie in Bedarfe transformiert (Muche, Noack, Oehme & Schröder, 2010). Aus den Ergebnissen soll in der Regel ersichtlich werden, (1) ob Angebote vorhanden sind und dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden, (2) ob Angebote Optimierungspotenzial aufweisen und (3) welches Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage besteht.

Zur Ermittlung des Bedarfs nach einem kommunalen Netzwerk zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und ggf. zur Gewinnung von Anhaltspunkten im Hinblick auf die mögliche Art und Ausgestaltung eines solchen Netzwerks wurde in einem ersten Schritt eine schriftliche Expertenbefragung durchgeführt: Dazu erhielten die Organisationsvertreter der im Rahmen der Bestandsanalyse identifizierten Organisationen einen Fragebogen zum (möglichen) Bedarf für ein Netzwerk. Als Agierende in der Praxis verfügen die Organisationsvertreter über Wissen und Erfahrungswerte, welche die Erkenntnisse der quantitativen Datenauswertung der Bestandsanalyse ergänzen können. Bei der Auswertung des Fragebo-

¹⁷ Es handelte sich um je einen Vertreter der Organisation Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung – *demos*.

¹⁸ Nicht alle Organisationen waren erreichbar bzw. reagierten auf die Anfragen.

gens wurde die Ja-Nein-Frage zum Bedarf für ein kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus in Brandenburg quantitativ ausgewertet; die vertiefenden offenen Fragen bzw. Antworten – vergleichbar mit dem Vorgehen bei der Angebotskategorisierung – wurden inhaltlich induktiv analysiert (Mayring, 2000).

In einem zweiten Schritt wurde – in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg – ein Workshop mit kommunalen Akteuren vorbereitet und durchgeführt. Der Workshop war in die Fachtagung „Sicherheit braucht Partner“ eingebettet und fand am 07.12.2015 an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg statt. Zur Tagung waren zum einen Führungskräfte und Verantwortliche der Präventionsarbeit der Polizei geladen, zum anderen wichtige kommunale Verantwortungsträger des Landes Brandenburg. Es handelte sich demnach um Akteure, die – sofern ein Bedarf für ein Netzwerk gegen Rechtsextremismus gesehen wird – für dieses potenziell relevant sind bzw. von diesem profitieren könnten. Die relativ frühzeitige Einbindung der kommunalen Akteure in den Prozess des Netzwerkaufbaus sollte dazu dienen, die Motivation der Akteure zur Gründung des Netzwerks zu sondieren und ggf. wertvolle Hinweise zur Gestaltung des Netzwerks zu erhalten. Am Workshop nahmen insgesamt 20 Personen teil.

Im ersten Teil des Workshops hielt Herr Prof. Dr. Dietmar Sturzbecher – Direktor des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK e.V.) an der Universität Potsdam – einen Impulsreferat zu den Ergebnissen des Projekts „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus“ (EKSE) und zu den Ergebnissen des vorliegenden, durch die „F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz“ geförderten Projekts (Ergebnisse der Bestandsanalyse und der Bedarfsanalyse). Basierend auf diesen Informationen, wurden im zweiten Teil des Workshops mit den Teilnehmern folgende Themen diskutiert:

- die Erfahrungen mit den vorhandenen Angeboten (Bekanntheitsgrad, Nutzungshäufigkeit, Stärken und Schwächen),
- die Bedarfsdeckung (angesichts der vorliegenden Ergebnisse und der Erfahrungen der kommunalen Akteure),
- der Handlungsbedarf (inkl. Priorisierung) und
- die Erwartungen an ein zukünftiges kommunales Netzwerk (Ziele, Angebote/Leistungen, Aufbau).

Im folgenden vierten Kapitel werden zunächst die Ergebnisse der durchgeführten Bestandsanalyse (Unterkap. 4.1) und der Bedarfsanalyse (Unterkap. 4.2) dargestellt. Über die in Unterkapitel 4.3 vorgenommene Gegenüberstellung der Analyseergebnisse werden die bereits bestehenden (Unterstützungs-)Angebote hinsichtlich ihrer quantitativen und qualitativen Angemessenheit bewertet: Aus dem Vergleich geht hervor, inwieweit sich die Angebote bereits mit dem Bedarf aufseiten der kommunalen Akteure decken sowie in welchen Bereichen Angebote fehlen und daher noch geschaffen werden sollten. Die Identifizierung eventueller „Lücken“ in der derzeitigen Angebotsstruktur erlaubt es, Anknüpfungspunkte für ein mögliches kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus aufzuzeigen und wünschenswerte Inhalte abzuleiten. Darüber hinaus werden auf der Grundlage der Analyseergebnisse auch Empfehlungen zum Aufbau eines zukünftigen Netzwerks in Brandenburg diskutiert, in dem sich kommunale Akteure gegen Rechtsextremismus engagieren könnten.

4 Ergebnisse und Schlussfolgerungen

4.1 Bestandsanalyse

4.1.1 Organisationen in Brandenburg

Im Rahmen der Internetrecherche und nach einer Überprüfung der Rechercheergebnisse durch Fachexperten (s. Kap. 3.2) wurden insgesamt 69¹⁹ aktive Organisationen identifiziert, die in Brandenburg explizit (Unterstützungs-)Angebote für die Rechtsextremismusbekämpfung bereithalten. Darunter fanden sich – neben staatlichen Einrichtungen wie der Polizei und der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg – Bündnisse und Netzwerke, Bildungseinrichtungen bzw. Bildungsträger, Stiftungen und Partnerschaften für Demokratie, Arbeitsgruppen, Institute, Jugend- und Kinderorganisationen sowie Begegnungsstätten. Eine Übersicht zu den Organisationen einschließlich kurzer Beschreibungen ihrer Tätigkeitsfelder befindet sich im Anhang 1. Die (Unterstützungs-)Angebote der Organisationen werden im Kapitel 4.1.3 näher vorgestellt.

Die Rechercheergebnisse zeigen, dass es in Brandenburg eine Reihe von Organisationen gibt, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren; allerdings findet sich derzeit an keiner Stelle eine vollständige Übersicht über diese Organisationen. Es existieren zwar – beispielsweise auf den Webseiten der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und des Aktionsbündnisses Brandenburg – diverse Auflistungen zu den brandenburgischen Organisationen, diese befinden sich aber nicht auf dem aktuellen Stand. So werden teilweise Organisationen aufgeführt, die nicht mehr (in der ursprünglichen Form) tätig sind, oder es werden ungültige (Kontakt-)Daten bzw. Verlinkungen angegeben. Eine ähnliche Problematik besteht auch bei Webseiten von Organisationen, die direkt aufgerufen werden (z. B. „KommunalWiki gegen Extremismus“²⁰). Es bleibt hinzuzufügen, dass viele Organisationen nicht oder erst nach mehrmaligen (telefonischen wie schriftlichen) Kontaktversuchen auf die Anfragen der Projektbearbeiter reagierten. Als Begründung wurde zumeist angeführt, dass die Organisationen – insbesondere lokale Bündnisse und Netzwerke – nur von Ehrenamtlichen getragen würden und durch ihre Praxisangebote (z. B. in der Flüchtlingshilfe) sehr stark ausgelastet seien. Zur Illustration der benannten Sachverhalte wird an dieser Stelle die Rückmeldung von WiKUS²¹ aufgeführt:

„Die Organisation ‚WiKUS‘ gibt es de facto gar nicht mehr – das war eine bürgerschaftliche Initiative gegen Rechtsextremismus in der Gemeinde, in deren Rahmen es einige Projekte gab, die im Laufe der Zeit aber immer weniger wurden. Das letzte Überbleibsel war das Rockkonzert gegen rechte Gewalt („Gegen den Strom“), welches aber in diesem Jahr auch nicht mehr organisiert wurde. Zum Teil, weil die Aktiven inzwischen nicht mehr in Michendorf leben, z.T. aber auch wegen der geringen Resonanz in der Bevölkerung. [...]“

¹⁹ Es sei darauf hingewiesen, dass es in Brandenburg eine höhere Anzahl von Organisationen gibt, die sich gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren. Es wurden allerdings nur diejenigen Organisationen in der Bestandsanalyse berücksichtigt, die durch Dritte nutzbare (Unterstützungs-)Angebote bereithalten. Die nicht berücksichtigten Organisationen (z. B. AndersARTiG e.V., Domowina, Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e.V.) stellen dennoch potentielle Partner für ein zukünftiges Netzwerk dar und könnten zur (Mit-)Gestaltung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus beitragen.

²⁰ Die Projektbearbeiter hatten keinen Zugriff auf die entsprechende Webseite, erhielten jedoch von einem Vertreter des Verfassungsschutzes die Information, dass die Inhalte aufgrund fehlender Ressourcen derzeit nicht aktualisiert werden können.

²¹ Die Organisation wird auf der Webseite des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als aktives Mitglied dargestellt.

Ein Teil der bei WiKUS Aktiven ist nun in der AG ‚Flüchtlinge in Michendorf‘ aktiv. [...]

Entstanden ist die Initiative 2006, als es auch tätliche Übergriffe in der Gemeinde gab – seit einiger Zeit haben wir in Michendorf kein akutes Problem in dieser Hinsicht, wohl auch deshalb hat es sich letztlich ‚verlaufen‘.“ (E-Mail vom 03. Dezember 2015)

Anhand des aufgeführten Beispiels werden zudem folgende Sachverhalte deutlich:

1. Verschiedene Organisationen initiieren (über einen längeren Zeitraum) Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus. Es handelt sich hierbei oftmals um Interventionsmaßnahmen, da sie Reaktionen auf einen bereits eingetretenen Missstand (rechtsextremistische Aktivitäten) darstellen.
2. Die Organisationen agieren – auch aufgrund geringer Ressourcen – bedarfsorientiert bzw. anlassbezogen. Bisweilen verschiebt sich dadurch das Tätigkeitsfeld zugunsten eines anderen aktuellen Problemschwerpunkts in der Kommune (z. B. tritt beim „Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz“ derzeit das Engagement gegen Rechtsextremismus zugunsten der Arbeit mit Flüchtlingen in den Hintergrund).
3. Scheint das Problem bewältigt zu sein bzw. wird nicht länger ein (akuter) Bedarf gesehen, kann dies dazu führen, dass die Organisationen inaktiv werden oder ihr Engagement gänzlich einstellen (z. B. WiKUS, Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe).

Weiterhin wurde – wie bereits angedeutet – im Zuge der Recherche deutlich, dass ein möglichst vollständiger und aktueller Überblick zu den gegen Rechtsextremismus arbeitenden Organisationen fehlt. Dies gilt sowohl im Hinblick auf eine Beschreibung der Organisationen als auch auf eine Darstellung der von ihnen bereitgestellten (Unterstützungs-)Angebote. Zudem müssen spezielle Angebotsmerkmale (z. B. die Zielgruppe oder die Kosten der Inanspruchnahme) oft mühsam über das Verfolgen diverser Verlinkungen ermittelt werden. Da es sich hierbei um einen sehr zeitintensiven Prozess handelt, der von kommunalen Akteuren, die an spezifischen Angeboten interessiert sind, kaum zu bewerkstelligen ist, zeichnet sich in diesem Bereich ein Handlungsbedarf ab: Es erscheint sinnvoll und nützlich, die recherchierten Informationen zu den Organisationen aufzubereiten und den kommunalen Akteuren bereitzustellen. Diese Aufgabe wurde im vorliegenden Projekt bewältigt.

4.1.2 Angebotskategorien

Wie im Kapitel 3.1 erläutert, wurden die im Rahmen der Internetrecherche zusammengetragenen (Unterstützungs-)Angebote gegen Rechtsextremismus zum Zwecke weiterer Analysen inhaltlich kategorisiert. Im Ergebnis entstanden die folgenden fünf Kategorien:

1. Informationsmaterial
2. Aus-, Fort- und Weiterbildung
3. Veranstaltung
4. Beratung
5. Förderung

In der Kategorie „Informationsmaterial“ wurden diejenigen Angebote subsumiert, in denen im weitesten Sinne Informationen und (Informations-)Materialien zum Thema „Rechtsextremismus“ bereitgestellt werden. Der Kategorie „Aus-, Fort- und Weiterbildung“ wurden sämtliche Bildungsangebote zugeordnet, mit denen sich Personen im Rahmen von Präsenz- oder Onlineseminaren zum Phänomen „Rechtsextremismus“ und/oder zu assoziierten Themen qualifizieren können. Die Kategorie „Veranstaltungen“ beinhaltet die Angebote, die temporär begrenzt (z. B. nur an einem bestimmten Tag oder in einem bestimmten Zeit-

raum) durchgeführt werden. Im Rahmen einer Veranstaltung soll eine Gruppe von Personen über den „Rechtsextremismus“ informiert sowie zur Auseinandersetzung bzw. zum Tätigwerden angeregt und motiviert werden. In der Kategorie „Beratung“ wurden Gesprächs- und Hilfsangebote zusammengefasst, die von Personen in Anspruch genommen werden können, die direkt oder indirekt von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen sind oder präventiv agieren möchten. Schließlich wurden in die Kategorie „Förderung“ Angebote eingeordnet, welche finanzielle Mittel zur Durchführung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus bereitstellen oder bereits realisierte Aktionen und Publikationen honorieren.

4.1.3 Angebote in Brandenburg

Die recherchierten Hilfs- und Unterstützungsangebote gegen Rechtsextremismus wurden den fünf genannten Inhaltskategorien zugeordnet. Für jede Organisation wurde das entsprechende Angebot allerdings nur einmal gezählt: Wenn also eine Organisation beispielsweise fünf inhaltlich verschiedene Fortbildungen anbietet, so wurden diese nur einmal in der Kategorie „Fortbildung“ vermerkt.²² Insgesamt werden von den 69 Organisationen die in der Tabelle 3 ausgewiesenen 120 Angebote bereitgestellt ($n^{23} = 120$).

Tab. 3: Anzahl und prozentualer Anteil der Organisationen, die bestimmte Angebote vorhalten

Angebotskategorie	Anzahl der Organisationen	Prozentualer Anteil
Informationsmaterial	24	34,8
Aus-, Fort-, und Weiterbildung	25	36,2
Veranstaltung	44	63,8
Beratung	17	24,6
Förderung	10	14,6

Aus der Tabelle geht hervor, dass von knapp zwei Drittel ($n = 44$) der Organisationen „Veranstaltungen“ angeboten werden. Von mehr als einem Drittel der Organisationen werden Informationsmaterialien (24 von 69 Organisationen) bereitgestellt, und von etwa ebenso vielen Organisationen werden Aus-, Fort- und Weiterbildungen durchgeführt (25 von 69 Organisationen). Für die Bereiche „Beratung“ und „Förderung“ gibt es 17 respektive 10 Organisationen mit entsprechenden Angeboten.

Im Folgenden werden die Angebote der einzelnen Kategorien detaillierter beschrieben (s. auch Anhang 2). Die spezifischen Auskünfte in den einzelnen Tabellen beruhen auf den Angaben, welche die Organisationen übermittelt haben. Sofern eine Organisation nicht auf die entsprechenden Anfragen reagiert hat, wurden die Angaben auf der Organisations-Webseite verwendet.²⁴

²² Dieses summarische Vorgehen wurde deshalb gewählt, weil sich für einige Organisationen die genaue Anzahl der betreffenden Angebote nicht ermitteln lässt: Zum einen schwanken bzw. verändern sich die Angebotszahlen (beispielsweise werden sukzessive neue Publikationen hochgeladen). Zum anderen lässt sich das ein oder andere Angebot nicht exakt quantifizieren, weil die notwendigen Informationen (rückblickend) nicht eingesehen werden können (z. B. wie viele verschiedene Vorträge gehalten wurden).

²³ „n“ steht für den Umfang der Stichprobe bzw. die Anzahl der registrierten Werte.

²⁴ Da die Webseiten von Zeit zu Zeit überarbeitet bzw. aktualisiert werden, ist es möglich, dass Informationen, die den Autoren zum Zeitpunkt der Projektbearbeitung vorlagen, nicht länger vorhanden sind oder sich verändert haben. Der im Bericht präsentierte Stand beruht auf den Ergebnissen der Internetrecherche – diese wurde Mitte November 2015 abgeschlossen.

Informationsmaterial

Bei einer vertiefenden Betrachtung der Kategorie „Informationsmaterial“ zeigte sich, dass die durch die Organisationen zur Verfügung gestellten Publikationen und Materialien ein breites Themenspektrum abdecken (s. Tab. 4). Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Themen „Rechtsextremismus“, „Rassismus“ und „Antisemitismus“ (n = 14), wobei unterschiedliche Facetten beleuchtet werden (z. B. Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.: Rechtsextremismus und Populismus; Landespräventionsrat: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit; Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.: Migration und Rassismus). Zugleich werden von einigen Organisationen auch mögliche Handlungsstrategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgezeigt (n = 7; z. B. Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – *demos*: „Rechtsextreme in Kommunalvertretungen – Was können Demokraten tun?“; Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: „Hinsehen, erkennen, verändern“; Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“: „Neonazis im Web 2.0 – Erscheinungsformen und Gegenstrategien“). Darüber hinaus wird – im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus – häufig das Thema „Demokratie(-Pädagogik)“ behandelt (n = 7; RAA Brandenburg: „Demokratische Schulentwicklung begleiten“; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: „Nachgefragt: Menschenrechte und Demokratie“; Bildungsserver Berlin-Brandenburg: Handbuch „Demokratie erfahrbar machen – demokratiepädagogische Beratung in der Schule“). Weiterhin finden sich Publikationen und Materialien zur (historisch-)politischen Bildung (n = 5; z. B. Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten: Museumskoffer mit Erinnerungsberichten von Häftlingen zur Vorbereitung auf den Gedenkstättenbesuch; Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme“) sowie zur Arbeit mit Opfern rechter Gewalt (z. B. Opferperspektive e.V.: „Schattenberichte“).

Wissenschaftler, Studierende und Interessierte können in der Präsenzbibliothek des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien e.V. in Potsdam zahlreiche Publikationen zum Thema „Rechtsextremismus“ einsehen. Zudem können über das Aktionsbündnis Brandenburg diverse Materialien „gegen Nazis“ (z. B. Aufkleber, Plakate, T-Shirts) bestellt oder direkt heruntergeladen werden. Diese können beispielsweise von den Kommunen im Rahmen von Veranstaltungen verteilt werden. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ nutzt ferner das so genannte „Demokratie-Mobil“, um auf lokalen Veranstaltungen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus anzuregen und die vorhandenen demokratischen Strukturen zu stärken. Der Verfassungsschutz wiederum präsentiert sich mit seinem „Info-Mobil“, um mit den Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen und über den Extremismus aufzuklären.

Der überwiegende Teil der benannten Informationsmaterialien ist nicht zielgruppenspezifisch aufbereitet. Lediglich sechs Organisationen benennen konkrete Zielgruppen, die speziell oder ausschließlich von den bereitgestellten Materialsammlungen profitieren sollen (z. B. Bildungsserver Berlin-Brandenburg; „KommunalWiki gegen Extremismus“).

Der Großteil der Organisationen (75,0 %) stellt die Informationsmaterialien kostenfrei zur Verfügung. Die anderen Organisationen verlangen zumindest für einen Teil der Materialien ein Entgelt (zumeist handelt es sich hierbei um Portokosten zum Versand der Publikationen). Alle Materialien sind schnell und mit wenig Aufwand erhältlich: Sie können in der Regel über Verlinkungen heruntergeladen, über Kontaktformulare bestellt oder direkt über die Informations-Mobile bezogen werden. Allerdings sind einige Verlinkungen – selbst bei zentralen Organisationen mit koordinierenden Aufgaben – nicht mehr funktionsfähig und ziehen Fehlermeldungen nach sich. Dies trifft vor allem auf Informationsmaterialien zu, die zu externen Webseiten verlinkt sind.

Tab. 4: Organisationen, die Informationsmaterialien zur Verfügung stellen (n = 24)

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Onlinebestellung/Download	Kosten
Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	- Aufkleber - Ballons - T-Shirts - Publikationen	- Positionierung gegen Nazis - Rechtsextreme Propaganda - Migranten und Flüchtlinge	- K. A.*	Ja	Teilweise
Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt/Oder	- Informationsblatt	- Informationen zu Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten	- K. A.	Ja	Nein
Bildungsserver Berlin-Brandenburg	- Publikationen - Unterrichtsmaterialien	- Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus - Demokratiepädagogik	- Akteure im Bildungsbereich	Ja	Nein
Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.	- Digitale Methodensammlung	- Migration und Rassismus - Diskriminierung, Antisemitismus	- Pädagogische Fachkräfte	Ja	Nein
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung	- Publikationen	- Extremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit - Demokratie, Rechtsordnung	- K. A.	Ja	Teilweise
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i>	- Praxishilfen	- Praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	- K. A.	Ja	Teilweise (Porto)
Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“	- Publikationen	- Rechtsextremismus, Rassismus - Toleranz, Demokratie	- K. A.	Ja	Nein
Flüchtlingsrat Brandenburg	- Online-Beiträge - Publikationen	- Rassismus, Rechtsextremismus	- K. A.	Ja	Nein
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	- Publikationen	- Europapolitik - Bürgerrechte - Integration	- K. A.	Ja	Nein
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	- Online-Beiträge - Postkartenserie - Flyer	- Rechtsextremismus und Populismus - Zeitgeschichte - Vielfalt und Menschen - Partizipation und Teilhabe	- K. A.	Ja	Nein
Jugendbildungszentrum Blossin e.V.	- Ordner, CD-ROM	- Rassismus, Rechtsextremismus - Interkulturelles Lernen	- Multiplikatoren in der Jugendsozialarbeit	Nein	Nein
„KommunalWiki gegen Extremismus“	- Online-Beiträge	- Extremistischen Strukturen und Aktivitäten - Handlungsmöglichkeiten	- Kommunen mit Zugang zum Landes-	Ja	Nein

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Onlinebestellung/ Download	Kosten
		- Rechtstipps - Kooperationspartner	verwaltungsnetz Brandenburg		
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politisches Bildungsforum Brandenburg	- Online-Beiträge	- Extremismus - Demokratie - Politische Bildung	- K. A.	Ja	Nein
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“	- Publikationen - Demokratie-Mobil	- (Umgang mit) Rechtsextremismus - Demokratie und Wahlen	- K. A.	Ja	Nein
Landesjugendring Brandenburg e.V.	- Informationsmaterial - Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	- Toleranz und Demokratie	- K. A.	Ja	Nein
Landespräventionsrat „Sicherheitsoffensive Brandenburg“	- Broschüre	- Gewalt und Fremdenfeindlichkeit	- K. A.	Ja	Nein
Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	- Broschüre	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit - Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus	- K. A.	Ja	Nein
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.	- Publikationsverzeichnisse - Präsenzbibliothek	- Antisemitismus, Rechtsradikalismus	- K. A.	Nein	Teilweise
Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.	- Publikationen	- Toleranz - Hass-Propaganda	- K. A.	Nein	Teilweise
Opferhilfe Land Brandenburg e.V.	- Flyer - Informationsblätter	- Opferschutz	- Opfer von Straftaten und Angehörige	Ja	Nein
Opferperspektive e.V.	- Ratgeber - Broschüren - Rundbriefe	- Rechte Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus - Arbeit des Vereins	- K. A.	Ja	Teilweise
RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V. „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“	- Publikationen	- Umgang mit Rechtsextremismus - Demokratiepädagogik - Interkulturelles, globales Lernen - Historisch-politische Bildung - Integration von Zugewanderten	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Onlinebestellung/ Download	Kosten
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	- Publikationen - Erinnerungsberichte - Informationsfaltblätter	- Geschichte der Lager und Haftstätten	- Schüler ab 15 Jahren	Ja	Nein
Verfassungsschutz Brandenburg	- Berichte, Broschüren, Faltblätter, Info-Mobil	- Extremismus	- K. A.	Ja	Nein

* K. A. = Keine Angabe

Aus-, Fort- und Weiterbildung

Etwa ein Drittel (n = 25) der recherchierten Organisationen bietet Aus-, Fort- und/oder Weiterbildungen an (s. Tab. 5). Die meisten Qualifizierungsangebote fokussieren die Themen „Rassismus“, „Rechtsextremismus“, „Antisemitismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Diskriminierung“ (n = 17; z. B. Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz: Seminare und Workshops gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit; Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.: Fortbildungsmodule zu den Themen „Rassismus“ und „Rechtsextremismus“; Nordbahngemeinden mit Courage e.V.: Weiterbildung zum Thema „Rechtsextreme Erscheinungsformen und Strategien“). Einen indirekten Zugang zum Themenkomplex bieten Angebote, welche die Beschäftigung mit Konflikten, Aggressionen und Formen der Gewalt in den Fokus stellen (n = 5; z. B. Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.: Qualifizierung zum „Konfliktschlichter“; Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. „Boxenstopp“: Anti-Aggressivitätstraining; Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – *demos*: Fortbildungen zur Gewaltprävention); diese Angebote zielen auf die Verhaltensdimension des Rechtsextremismus ab (Stöss, 2010). Im Bereich der Qualifizierungsmöglichkeiten findet sich darüber hinaus eine Vielzahl an Angeboten zu den Themen „Vielfalt“, „Toleranz“ und „Demokratie“ (n = 9; z. B. Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V.: Fortbildung „Toleranz und Verständigung mit Menschen aus anderen Kulturen“; Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.: Weiterbildung „Vielfalt in der Kommune als Herausforderung und Chance“; B & Q Bildung und Qualifizierung in Europa gUG: Seminar „Demokratie leben: Jugendbeteiligung an der Demokratie“).

18 der 25 Organisationen benennen für die Qualifizierungsangebote spezifische Zielgruppen²⁵: Die Angebote von acht Organisationen sind für pädagogische Fachkräfte konzipiert (z. B. MANNE e.V. Potsdam: Fortbildung „Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen“; Fortbildungen und Seminare des Bildungsteams Berlin-Brandenburg e.V.), und acht Angebote richten sich an Kinder oder Jugendliche (z. B. Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg: Seminare zum Rechtsextremismus für Kinder und Jugendliche; Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. „Boxenstopp“: Anti-Aggressivitätstraining „Respekt“ für Schüler; Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten: Seminare für Schüler ab 15 Jahren). Ferner beziehen sich die Angebote von drei Organisationen auf Akteure in der Jugendsozialarbeit (z. B. Fortbildungen der RAA Brandenburg; Trainings, Schulungen und Fortbildungen der Mobilen Beratungsteams Brandenburg). Die Angebote von vier Organisationen sind schließlich auf Fachkräfte in kommunalen Behörden ausgerichtet (z. B. Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.; Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.).

Der überwiegende Anteil der Aus-, Fort- und Weiterbildungen findet in den Räumlichkeiten der ausrichtenden Organisationen statt (64,0 %). Weitere Qualifizierungsangebote (24,0 %) können im Rahmen von Online-Seminaren wahrgenommen werden (z. B. virtuelle Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), oder die Fortbildungsleiter kommen direkt zu den Interessenten (z. B. Mobile Beratungsteams Brandenburg). Einige wenige Organisationen wiederum haben „Mischangebote“ (8,0 %), das heißt, sie bieten die Qualifizierungen in ihren eigenen Räumlichkeiten an, führen diese jedoch nach Absprache auch bei den Teilnehmenden durch. Die Hälfte der Organisationen bietet ihre Angebote generell kostenfrei an (48,0 %), jede dritte Organisation erhebt dagegen einen Kostenbeitrag (32,0 %); zudem halten einige Organisationen (20,0 %) sowohl kostenfreie als auch kostenpflichtige Bildungsangebote bereit.

²⁵ Von sieben Organisationen werden keine Zielgruppen vorgegeben; dies deutet darauf hin, dass alle interessierten Personen an den entsprechenden Qualifizierungsangeboten teilnehmen können.

Tab. 5: Organisationen, die Aus-, Fort- und Weiterbildungen anbieten (n = 25)

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
B & Q Bildung und Qualifizierung in Europa gUG	- Seminare	- Politisches System - Jugendbeteiligung an der Demokratie - Flüchtlinge in Deutschland	- K. A.*	Ja	Nein
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.	- Ausbildung - Weiterbildung	- Politische Bildungsarbeit - Begegnung	- K. A.	Ja	Ja
Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.	- Fortbildungen - Seminare	- Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus - Demokratie - Diversity	- Pädagogische Fachkräfte - Fachkräfte in Verwaltungen und Behörden - Schüler ab der 7. Klasse	Nein	Nein
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V.	- Weiterbildung - Seminare	- Konfliktschlichter - Systemische Berater	- Akteure des organisierten Sports	Ja	Nein
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i>	- Fortbildungen - Schulungen - Trainings	- Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, - Gewaltprävention	- Akteure und Multiplikatoren in der Jugendsozialarbeit - Kommunalpolitiker	Nein	Nein
Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. „Boxenstopp“	- Training	- Anti-Aggressivitätstraining - Konflikte und Gewalt - Konfliktmanagement	- Schüler - Lehrkräfte	Ja	Ja
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.	- Fortbildungen	- Rassismus, Rechtsextremismus - Umgang mit Diskriminierung - Demokratisches Miteinander	- Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende von Diakonie und Kirche in Brandenburg	Ja	Nein
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreewald	- Weiterbildungen	- Alltagsrassismus	- K. A.	Ja	Teilweise

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.	- Seminare	- Ausländerfeindlichkeit, Extremismus, Gewalt - Jugendprobleme und Jugendpolitik - Geschichte und Vergangenheitsbewältigung	- K. A.	Nein	Teilweise
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	- Virtuelle Akademie - Web Based Trainings - Online-Konferenzen	- Politische Bildung	- K. A.	Nein	Teilweise
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	- Blended-Learning-Weiterbildung - Projektarbeit	- Vielfalt in der Kommune als Herausforderung und Chance - Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	- Politische Entscheidungsträger - Jugendliche	Teilweise	Ja
Jugendbildungszentrum Blossin e.V.	- Workshop	- Extremismus	- Übungsleiter, Trainer, Vereinsmitglieder	Ja	Ja
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	- Seminare - Fortbildungen - Trainings	- Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Rechtspopulismus, Ausgrenzung - Demokratie und Partizipation	- Kinder und Jugendliche - Multiplikatoren in der Jugendbildungsarbeit	Ja	Teilweise
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politisches Bildungsforum Brandenburg	- Seminare	- Extremismus - Demokratie - Politische Bildung	- K. A.	Ja	Teilweise
LAG – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V.	- Fortbildungen	- Toleranz und Verständigung mit Menschen aus anderen Kulturen - Umgang mit Fremdenangst und ethnischer Diskriminierung	- Mitgliedsorganisationen - Mitarbeitende der Erwachsenenbildung	Ja	Nein
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	- Fortbildungen - Workshops	- Rechtsextremismus-Prävention	- Freiwillige Feuerwehren	Nein	Nein
Landesjugendring Brandenburg e.V.	- Seminararbeit	- Rechtsextreme Einstellungen	- Ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit ab 16 Jahren	Ja	Nein

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge- bunden	Kosten
MANNE e.V. Potsdam	- Fortbildung	- Männlichkeit und Rechtsextremismus - Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen	- Pädagogische Fachkräfte - Schüler	Teilweise	Ja
Nordbahngemeinden mit Courage e.V.	- Weiterbildungen	- Rechtsextreme Erscheinungsformen und Strategien	- K. A.	Ja	Nein
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gemeinnützige GmbH „INSCHWUNG – die Beteiligungsagentur“	- Weiterbildung	- Beratung für Inklusionsprozesse	- Mitgliedsorganisationen des Verbandes und ihre kommunalen Kooperationspartner	Nein	Nein
RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V. „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“	- Fortbildungen	- Umgang mit Rechtsextremismus - Demokratiepädagogik - Interkulturelles, globales Lernen - Historisch-politische Bildung - Integration von Zugewanderten	- Lehrkräfte - Erziehende - Mitarbeitende in der Jugend- und Integrationsarbeit	Ja	Nein
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg	- Seminare	- Rechtsextremismus	- Kinder und Jugendliche	Ja	Ja
Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	- Fortbildungen	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit	- Städte, Gemeinden, Ämter	K. A.	Nein
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz	- Seminare - Workshops	- Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit - Gegenseitige Anerkennung	- Jugendliche ab 12 Jahren - Erwachsene	Ja	Ja
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	- Weiterbildungen - Seminare	- Rund um die Gedenkstätten	- Lehrkräfte - Schüler ab 15 Jahren	Ja	Ja

* K. A. = Keine Angabe

Veranstaltungen

In diesem Bereich sind die meisten Organisationen aktiv (n = 44), wobei eine Vielzahl an Angeboten (n = 109) vorhanden ist (s. Tab. 6). Die Veranstaltungen können wie folgt gruppiert werden:

- (Podiums-)Diskussionen (n = 17)²⁶
- Informations-, Präventions- bzw. Bildungsveranstaltungen (n = 15)
- Protestveranstaltungen (n = 13)
- Lesungen (n = 8)
- Tagungen, Konferenzen bzw. Kolloquien (n = 8)
- (Wander-)Ausstellungen (n = 7)
- Gedenkveranstaltungen bzw. Gedenkstättenfahrten (n = 7)
- Konzerte (n = 6)
- Filmvorführungen (n = 6)
- Vorträge (n = 5)
- Exkursionen bzw. Bildungsreisen (n = 4)
- Führungen (n = 1)
- Sonstige (n = 12; Demokratiecamp, Demokratiewerkstatt, Aktionswoche, Projekttag, Antirassismustag, Alternate Reality Game, Fest für Toleranz, Tolerantes Sofa, Medienprojekte, Theateraufführungen, Erfahrungsaustausch)

25 Organisationen weisen explizit darauf hin, dass es sich jeweils um eine Veranstaltung gegen Rassismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit bzw. Neofaschismus (n = 9), eine Veranstaltung mit geschichtlichem Bezug bzw. zur Vergangenheitsbewältigung (n = 9) oder eine Veranstaltung für Toleranz und/oder Demokratie handelt (n = 7).

Spezifische Angaben zur Zielgruppe treffen neun Organisationen: Ihre Veranstaltungen richten sich konkret an Kinder und/oder Jugendliche (z. B. „baruth.bleibt.bunt“; Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg; Initiativegruppe gegen Gewalt und Rechtsextremismus Velten; Nordbahngemeinden mit Courage e.V.) bzw. an Vereinsaktive, an Mitglieder lokaler Initiativen und an Vertreter aus dem Politikbereich (z. B. Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt/Oder). Die übrigen Veranstaltungen sind nicht zielgruppenspezifisch angelegt, obwohl die Veranstaltungsformate mitunter einen Altersbezug nahelegen: So ist beispielsweise anzunehmen, dass sich Tagungen oder Podiumsdiskussionen primär an Erwachsene richten.

88,6 Prozent der Organisationen führen Veranstaltungen „vor Ort“ (z. B. in der jeweiligen Stadt) bzw. an festen Standorten durch (z. B. in den angemieteten Räumlichkeiten der Organisation). Knapp sieben Prozent der Organisationen suchen die Interessenten direkt auf (z. B. Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt/Oder) und fünf Prozent sind sowohl „vor Ort“ als auch bei den Interessenten anzutreffen (z. B. Polizei Brandenburg). Für den Besuch von Veranstaltungen verlangt nur etwa ein Zehntel der Organisationen regelmäßig ein Entgelt (11,4 %). Mehr als zwei Drittel der Organisationen bieten Veranstaltungen generell kostenfrei an (72,7 %), und knapp ein Fünftel der Organisationen führt sowohl kostenfreie als auch entgeltpflichtige Veranstaltungen durch (15,9 %).

²⁶ Zu lesen als: „16 der 44 Organisationen, die Veranstaltungen rund um das Thema Rechtsextremismus anbieten, veranstalten (Podiums-)Diskussionen.“

Tab. 6: Organisationen, die Veranstaltungen durchführen (n = 44)

Organisation	Angebot	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	- Protestveranstaltungen	- Rechtsextremismus - Toleranz	- K. A.*	Ja	Nein
Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt/Oder	- Vorträge	- Neonazistrukturen in Frankfurt/Oder und Brandenburg - Kleidung, Symbole, Codes	- Schulen - Vereine - Jugendeinrichtungen - Lokale Initiativen - Politik	Nein	Nein
Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin Brandenburg	- Diskussionen - Vorträge	- Soziale Frage und Rechtsextremismus - Gewerkschaften und Rechtsextremismus - Historisches	- K. A.	Ja	Nein
„baruth.bleibt.bunt“ e.V.	- Filmvorführungen - Konzerte - Medienprojekte	- Demokratie, Toleranz	- Jugendliche	Ja	Nein
Belziger Forum e.V. Infocafé „Der Winkel“	- Podiumsdiskussionen - Konzerte	- Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt - Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit	- Protestveranstaltungen - Informationsveranstaltungen	- Gegen neofaschistische und rechtspopulistische Kräfte	- K. A.	Ja	Nein
Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V.	- Projekttag - Exkursionen	- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit - Toleranz - Begegnungen zwischen Einheimischen und Migranten	- Schüler ab der 5. Klasse	Ja	Nein
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung	- Podiumsdiskussionen - Lesungen - Filmvorführungen - Ausstellungen	- Demokratie und Beteiligung - Demokratie und Extremismus - Demokratie und Diktatur	- K. A.	Ja	Teilweise
Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“	- Fest für Toleranz	- Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus Schwedt	- Gedenkveranstaltungen - Protestveranstaltungen - Antirassismustag	- Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rassismus	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebot	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Bündnis gegen Rechts Falkensee	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen	- Rassismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit - Demokratische Kultur	- K. A.	Ja	Nein
Bündnis gegen Rechts Königs Wusterhausen	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen	- Gegen faschistische Ideologien und Aktivitäten	- K. A.	Ja	Nein
Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen - Gedenkveranstaltungen	- Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Diskriminierung, Gewalt - Sensibilisierung gegen rechtes Gedankengut	- K. A.	Ja	Nein
F.E.T.E. Eberswalde	- Podiumsdiskussionen - Filmvorführungen - Konzerte	- Bekämpfung lokaler rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Erscheinungen	- K. A.	Ja	Nein
Förderverein für interkulturelle Bildung und Begegnung (FiBB) e.V. „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg“	- Informationsveranstaltungen - Konzerte - Protestveranstaltungen	- Kulturelles Klima - Demokratische Mitverantwortung - Prävention rassistischer Gewalt	- K. A.	Ja	Nein
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreewald	- Informationsveranstaltungen - Ausstellungen - Lesungen - Exkursionen	- Alltagsrassismus	- K. A.	Ja	Teilweise
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.	- Podiumsdiskussionen - Tagungen	- Ausländerfeindlichkeit, Extremismus, Gewalt - Jugendprobleme und Jugendpolitik - Geschichte und Vergangenheitsbewältigung	- K. A.	Ja	Ja
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	- Podiumsdiskussionen	- Rechte Erscheinungsformen	- K. A.	Ja	Teilweise
H.A.L.T. Hennigsdorfer Aktionsbündnis lebendiger Teilhabe	- Informationsveranstaltungen	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung - Prävention	- K. A.	Ja	Nein
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	- Podiumsdiskussionen - Tagungen - Ausstellungen - Bildungsreisen - Gedenkstättenfahrten	- Stärkung der Demokratie - Politische Bildungsarbeit	- K. A.	Ja	Ja

Organisation	Angebot	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.	- Demokratiecamps - Gedenkstättenfahrten	- Demokratische und humanistische Werte	- Jugendliche	Ja	Ja
Initiativgruppe gegen Gewalt und Rechtsextremismus Velten	- Aktionswoche	- Begegnungen zwischen Einheimischen und Migranten	- Kinder und Jugendliche	Ja	Nein
Jüdische Gemeinde Brandenburg a.d.H.	- Informationsveranstaltungen	- Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit	- Kinder und Jugendliche	Ja	Nein
Jugendbildungszentrum Blossin e.V.	- Demokratiewerkstatt	- Demokratie	- Jugendliche	Ja	Nein
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politisches Bildungsforum Brandenburg	- Podiumsdiskussionen - Tagungen - Vorträge - Lesungen - Ausstellungen	- Extremismus - Demokratie - Politische Bildung	- K. A.	Teilweise	Teilweise
Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V. AG „Brot und Salz“	- Vorträge - Diskussionen - Filmvorführungen - Lesungen - Exkursionen	- Toleranz - Menschenfeindlichkeit	- K. A.	Ja	Teilweise
Landesjugendring Brandenburg e.V.	- Filmvorführungen	- Kinosommer gegen Nazis	- K. A.	Ja	Nein
Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	- Diskussionen	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit - Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts	- K. A.	Ja	Nein
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.	- Konferenzen - Tagungen - Kolloquien - Vortragsreihen - Ausstellungen	- Antisemitismus, Rechtsradikalismus	- K. A.	Ja	Teilweise
Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.	- Fest für Toleranz - Tolerantes Sofa - Theateraufführungen	- Toleranz - Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus	- K. A.	Ja	Nein
Nordbahngemeinden mit Courage e.V.	- Lesungen - Alternate Reality Game	- Diskriminierung, Ausgrenzung, rechtsextreme Tendenzen	- Jugendliche	Ja	Nein
Opferhilfe Land Brandenburg e.V.	- Vorträge - Informationsveranstaltungen	- Opferschutz	- K. A.	Nein	Nein

Organisation	Angebot	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Opferperspektive e.V.	- Bildungsveranstaltungen - Wanderausstellungen	- Demokratie - Rechte Gewalt - Todesopfer rechter Gewalt	- K. A.	Ja	Nein
Plattform gegen Rechts (PgR) – Bürgerbündnis Fürstenwalde	- Podiumsdiskussionen - Protestveranstaltungen - Plakat- und Flugblattaktionen	- Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Toleranz, Humanismus, Menschenrechte	- K. A.	Ja	Nein
Polizei Brandenburg	- Präventionsveranstaltungen	- Gewaltprävention - Politischer Extremismus	- K. A.	Teilweise	Nein
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.	- Podiumsdiskussionen - Kolloquien - Lesungen	- Probleme der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - Deutsche, europäische Zeitgeschichte - Außen- und Sicherheitspolitik	- K. A.	Ja	Nein
Runder Tisch für Demokratie und Toleranz Forst/Lausitz	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Demokratie, Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Demokratie, Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg	- Gedenkstättenfahrten	- Rechtsextremismus	- Kinder und Jugendliche	Ja	Ja
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz	- Tagungen - Konzerte - Lesungen	- Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit - Gegenseitige Anerkennung	- K. A.	Ja	Ja
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	- Gedenkveranstaltungen - Führungen - Konzerte - Podiumsdiskussionen - Filmvorführungen - Lesungen - Ausstellungen	- Rund um die Gedenkstätten	- K. A.	Ja	Teilweise
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Brandenburg	- Diskussionen - Erfahrungsaustausch - Protestveranstaltungen - Gedenkveranstaltungen	- Antifaschismus, Antirassismus	- K. A.	Nein	Nein

Organisation	Angebot	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Werderaner Bündnis für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt – KURAGE	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus - Toleranz, Demokratie	- K. A.	Ja	Nein
„Wittstock bekennt Farbe“	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Gegen rechtsextremistische Aktionen	- K. A.	Ja	Nein

* K. A. = Keine Angabe

Beratung

17 der 69 recherchierten Organisationen bieten Beratungsleistungen an (s. Tab. 7), wobei 14 Organisationen eine thematische Schwerpunktsetzung vornehmen: Acht Organisationen leisten Unterstützung beim Umgang mit Rechtsextremen und bei der Rechtsextremismus-Prävention (z. B. Mobile Beratungsteams; Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.; Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.), und drei Organisationen sind im Bereich des Opferschutzes tätig (Opferhilfe Land Brandenburg e.V.; Opferperspektive e.V.; Polizei Land Brandenburg). Die Brandenburgische Sportjugend (Landessportbund Brandenburg e.V.) wiederum berät (auch anlassbezogen) zur demokratischen Gestaltung der Vereinsarbeit und der Werteerziehung im Sport; das Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit unterstützt bei der Organisation von Protesten und die RAA bei der „interkulturellen Öffnung“ (von Kommunen).

Für die Beratungsangebote werden von 14 Organisationen spezifische Zielgruppen angegeben (Mehrfachnennungen waren möglich). Fünf Organisationen beraten insbesondere Personen oder Institutionen, die von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen sind oder mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert werden (z. B. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“; wissenschaftliche Beratung durch das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.; Opferperspektive e.V.). Vier Organisationen bieten Hilfe für Jugend- und Sozialarbeiter sowie für pädagogische Fachkräfte an (z. B. Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.; MANNE e.V. Potsdam). Zudem gibt es von fünf Organisationen diverse Beratungsangebote für Städte, Gemeinden und öffentliche Einrichtungen (Mobile Beratungsteams; RAA; Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.). Daneben werden von der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin Brandenburg Gremien, Vertrauenspersonen sowie Betriebs- und Personalräte beraten; Akteure des organisierten Sports können sich an die Brandenburgische Sportjugend (Landessportbund Brandenburg e.V.) wenden.

Die Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung – *demos* spielen im Kampf gegen den Rechtsextremismus und für die Stärkung der Demokratie eine besondere Rolle. Sie agieren auf Anfrage und erarbeiten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort ein kommunenspezifisches Konzept, das an den lokalen Gegebenheiten ausgerichtet ist.

Wie die Mobilen Beratungsteams, so bieten auch andere Organisationen ihre Beratungsleistungen „vor Ort“ an (35,3 %). Der überwiegende Teil der Beratungen findet jedoch bei den Organisationen selbst statt (47,1 %); einige Organisationen bieten beide Möglichkeiten an (11,8 %). In Bezug auf die Beratungskosten kann festgehalten werden, dass neun von zehn Organisationen ihre Beratungen unentgeltlich durchführen (88,2 %); lediglich zwei Organisationen verlangen ein Beratungsentgelt (11,8 %; Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.; MANNE e.V. Potsdam).

Tab. 7: Organisationen, die Beratungsangebote bereitstellen (n = 17)

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge- bunden	Kosten
Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin Brandenburg	- K. A.*	- K. A.	- Gremien - Vertrauenspersonen - Betriebs- und Personalräte	Nein	Nein
Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit	- K. A.	- Organisation von Protesten	- Hilfesuchende	Ja	Nein
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.	- Beratung, auch anlassbezogen	- Demokratische Gestaltung der Vereinsarbeit - Werterziehung im Sport	- Akteure des organisierten Sports	Nein	Nein
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i>	- K. A.	- Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	- Kommunalpolitiker - Akteure der Jugendsozialarbeit - Initiativen und Bürger, die sich für Flüchtlinge und Opfer rechter Gewalt einsetzen	Nein	Nein
Bündnis gegen Rechts Falkensee	- Erfahrungsaustausch	- K. A.	- K. A.	Ja	Nein
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.	- K. A.	- Rechtsextremismus - Demokratiefeindlichkeit	- Mitgliedseinrichtungen + Gemeinden	Teilweise	Nein
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreevald	- K. A.	- Rechtsextremismus	- K. A.	Ja	Nein
Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.	- K. A.	- K. A.	- Jugend- und Sozialarbeiter	Ja	Ja
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“	- Beratungsnetzwerk - Vermittlung von Hilfe - Vernetzung	- Rechtsextremismusbekämpfung - Demokratiestärkung	- Einzelpersonen, Initiativen, Bündnisse, Vereine, Kommunen - Von rechtsextremen Übergriffen Betroffene - Personen, die für Demokratie und Toleranz eintreten	Nein	Nein
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	- Konfliktberatung	- Rechtsextremismus-Prävention	- Angehörige Freiwilliger Feuerwehren	Nein	Nein

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
MANNE e.V. Potsdam	- K. A.	- Rechtsorientierung - Rechtsextremismus	- Erzieher, Pädagogen - Fachkräfte des Jugendamts, der Verwaltung, der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, der Justiz	Ja	Ja
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.	- Wissenschaftliche Beratung	- Rechtsextremismus	- Vom Rechtsextremismus betroffene Institutionen	Nein	Nein
Opferhilfe Land Brandenburg e.V.	- Opferberatungsstellen - Psychotraumatologische Beratung - Therapeutische Gespräche - Beratung zu finanziellen Hilfen und Rechten	- Opferhilfe	- Opfer und Zeugen von Straftaten, Angehörige, Vertrauenspersonen	Ja	Nein
Opferperspektive e.V.	- K. A.	- Opferhilfe	- Betroffene rechter, rassistischer, homophober, sozialdarwinistischer und antisemitisch motivierter Gewalt	Ja	Nein
Polizei Brandenburg	- K. A.	- Opferschutz	- K. A.	Teilweise	Nein
RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V. „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“	- K. A.	- Interkulturelle Öffnung	- Mitarbeitende von Kommunen - Mitarbeitende von Schulen - Mitarbeitende von Kitas	Ja	Nein
Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	- K. A.	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit	- Städte, Gemeinden, Ämter	K. A.	Nein

* K. A. = Keine Angabe

Förderung

Im Land Brandenburg gibt es zehn Organisationen, die entweder finanzielle Mittel zur Realisierung verschiedener Projektvorhaben vergeben und/oder bereits erbrachte Leistungen honorieren (s. Tab. 8). Dabei liegt der Fokus zum einen auf der Unterstützung von Projekten und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus (n = 6; z. B. Aktionsbündnis Brandenburg; Bürgerstiftung Barnim Uckermark; F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz) und zum anderen auf der Förderung von Toleranz, Demokratie und politischer Bildungsarbeit (n = 5; z. B. „Partnerschaften für Demokratie“; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit). Zwei der Organisationen loben zusätzlich Preise aus (Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.: Förderpreis für junge Autoren und Künstler; Cottbuser Aufbruch e.V.: Toleranzpreis für Projekte und Ideen mit Vorbildcharakter). Die 15 Brandenburger Partnerschaften für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden zwar als eine Organisation gezählt: Sie stellen aber für die Kommunen durch ihre Förderleistung eine enorme Unterstützung bei der Demokratieförderung und Extremismusprävention dar.

Ein Drittel der Organisationen bewilligt die Fördermittel ausschließlich für bestimmte Regionen (z. B. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung). Die Mehrheit der Fördergelder wird allerdings nicht ortsgebunden ausgereicht; diese Fördergelder können für Projekte und Maßnahmen in ganz Brandenburg beantragt werden (z. B. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“; Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung). Für die Bürgerstiftung Barnim Uckermark sei zudem angemerkt, dass die Förderung der Projekte nur anteilig erfolgt.

Tab. 8: Organisationen, die Fördermöglichkeiten bieten (n = 10)

Organisation	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsgebunden	Kosten
Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	- Finanzielle Unterstützung	- Aktionen und Veranstaltungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus	- K. A.*	Nein	-
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung	- Finanzielle Unterstützung	- Einzelprojekte u. Maßnahmen, die über Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aufklären und zum politisch verantwortlichen Handeln anregen	- K. A.	Nein	-
Bürgerstiftung Barnim Uckermark	- Finanzielle Unterstützung	- Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Tolerantes Miteinander	- Vereine, Institutionen und Initiativen mit Sitz bzw. Tätigkeitsschwerpunkt in den Landkreisen Barnim und Uckermark	Ja	Anteilig
Cottbuser Aufbruch e.V.	- Preis - Finanzielle Unterstützung	- Projekte zur Förderung von Demokratie und Toleranz - Projekte und Ideen mit Vorbildcharakter	- K. A.	Ja	-
F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz	- Finanzielle Unterstützung	- Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus - Toleranz und Völkerverständigung	- Kinder und Jugendliche	Nein	-
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	- Stipendien	- Begabtenförderung	- Studierende und Graduierte	Nein	-
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“	- Finanzielle Unterstützung	- Maßnahmen, die sich (präventiv) gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit richten	- K. A.	Nein	-
Landespräventionsrat „Sicherheitsoffensive Brandenburg“	- Finanzielle Unterstützung	- Projekte, die zur Verhinderung von Kriminalität beitragen	- K. A.	Nein	-
„Partnerschaften für Demokratie“	- Finanzielle Unterstützung	- Demokratieförderung - Extremismusprävention	- Nichtstaatliche Organisationen im jeweiligen Landkreis	Ja	-
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.	- Preis - Finanzielle Unterstützung	- Politische Bildungsarbeit	- Junge Autoren, Künstler	Nein	-

* K. A. = Keine Angabe

Fazit zur Bestandsanalyse

Das Land Brandenburg verfügt über 69 Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und (Unterstützungs-)Angebote bereitstellen. Die Organisationen bieten ein umfangreiches und vielfältiges Angebot: So gibt es insgesamt 120 Angebote, die inhaltlich direkt oder indirekt auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg fokussieren. Diese Angebote umfassen die meist kostenfreie Bereitstellung von Informationsmaterialien zum direkten Download, Beratungsleistungen, Projektförderungen sowie die Durchführung von Aus-, Fort- und Weiterbildungen und von Veranstaltungen. Dabei ist eine Vielzahl der Angebote im Präventions- und Interventionsbereich auf die Zielgruppe der Jugendlichen ausgerichtet, welche als besonders vulnerabel gegenüber Rekrutierungsstrategien des rechten Spektrums gilt. Kommunale Akteure können somit – bei entsprechendem Handlungsbedarf – auf ein vielfältiges Maßnahmen-Angebot zurückgreifen.

Die Ergebnisse der Bestandsanalyse verdeutlichen allerdings auch, dass sich die Angebotsfülle kaum überblicken lässt: Es fehlt derzeit eine zentrale Stelle, welche die Organisationen und ihre Angebote zusammenfassend, systematisiert und anschaulich präsentiert. Zwar existieren bereits Webseiten mit entsprechenden Übersichten, diese sind jedoch nicht vollständig bzw. auf dem aktuellen Stand. Zudem handelt es sich zumeist nur um Verlinkungen zu den jeweiligen Organisations-Webseiten; erläuternde Informationen zu den Organisationen und den von ihnen vorgehaltenen Angeboten fehlen oftmals (eine Ausnahme bildet hier die Seite des Aktionsbündnisses Brandenburg). Demnach muss davon ausgegangen werden, dass die gesamte in Brandenburg vorhandene „Angebotslandschaft“ kaum von den kommunalen Akteuren zu überblicken ist. Eine bedarfsorientierte Suche nach Angeboten ist daher ein mühevoller und zeitintensiver Prozess.

Im Rahmen des vorliegenden Projekts wurde der aufgezeigte Handlungsbedarf zum Anlass genommen, um – basierend auf den Ergebnissen der Bestandsanalyse – eine Broschüre für kommunale Akteure zu erstellen. In dieser Broschüre sind die recherchierten Organisationen mit ihren aktuellen (Unterstützungs-)Angeboten zusammenfassend dargestellt: Dazu wurden die Organisationsvertreter (in der Regel mehrfach) kontaktiert, um zum einen ihr Einverständnis zur Aufnahme der Organisation in die Broschüre zu erhalten. Zum anderen wurden sie gebeten, die Kurzbeschreibungen zu ihren Organisationen, die Informationen zu ihrem Leistungsspektrum und ihre Kontaktdaten zu prüfen und – sofern notwendig – zu ergänzen bzw. zu korrigieren. Im Ergebnis wurden 48 der recherchierten 69 Organisationen in die Broschüre aufgenommen. Die Vertreter der restlichen Organisationen hatten zwar ihr prinzipielles Interesse an der Aufnahme in die Broschüre signalisiert, haben aber die notwendigen Informationen nicht fristgemäß zurückgemeldet. Dies war zumeist auf mangelnde personelle Ressourcen zurückzuführen, wie folgende Rückmeldung verdeutlicht: „Sämtliche (ehrenamtlichen) Kapazitäten gehen im Moment in die Flüchtlingsarbeit ein, und wir schaffen es nicht, die Dinge ‘nebenbei‘ auch gebührend zu erledigen“ (Sprecherin des Runden Tisch Forst, E-Mail vom 03. Dezember 2015). Vereinzelt entschieden sich Organisationen auch bewusst gegen die Aufnahme: teilweise „aus Angst vor den Konsequenzen“ (z. B. die Jüdischen Gemeinden in Brandenburg), teilweise wurde auf diese Gelegenheit verzichtet, um „nicht direkt in Zusammenhang mit der Präventionsarbeit gebracht zu werden, um so rechtsgerichteten Gruppierungen ‘freier‘ begegnen zu können und zwangloser zu agieren“ (z. B. Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.). Die Broschüre soll den kommunalen Akteuren digital oder als Printversion zur Verfügung gestellt werden.

In Bezug auf die Angebotskategorien „Informationsmaterial“, „Aus-, Fort- und Weiterbildung“, „Veranstaltung“, „Beratung“ sowie „Förderung“ zeigte sich, dass in jedem einzelnen Bereich ein umfangreiches und vielfältiges Angebot vorhanden ist. Dabei wurden auch inhaltliche Überschneidungen sichtbar (z. B. Informationen zu den gleichen Themen). Sol-

che Überschneidungen können einerseits eine Bereicherung darstellen, sollten aber andererseits – zugunsten der Bündelung der Ressourcen der verschiedenen Organisationen – auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden. Im Rahmen des vorliegenden Projekts konnte lediglich eine quantitative Analyse der bereitgestellten Angebote erfolgen. Davon ausgehend, sollten die Angebote in einer nachfolgenden Untersuchung einer qualitativen Analyse unterzogen werden. Die Ergebnisse einer derartigen Analyse könnten dann auch zur Qualitätsoptimierung der Angebote genutzt werden.

Eine wirksame Arbeit gegen Rechtsextremismus bedarf darüber hinaus – wie im Kapitel 2.4 beschrieben – anspruchsvoller Präventions- und Interventionsmaßnahmen in den Bereichen „Aufklärung“, „Bildung“ sowie „Integration“. Diese Bereiche werden augenscheinlich über die vorhandenen (Unterstützungs-)Angebote breitflächig abgedeckt. Es fällt allerdings auf, dass es nur wenige Angebote im Hinblick auf eine vorurteilsbewusste Erziehung von Kindern im Vor- und Grundschulalter gibt. Daher erscheinen die Erarbeitung derartiger Angebote wie auch eine Bereitstellung von Qualifizierungs- und Beratungsmöglichkeiten für Erzieher als wünschenswert.

4.2 Bedarfsanalyse

4.2.1 Schriftliche Befragung der Organisationsvertreter

Im Rahmen der Bedarfsanalyse wurde zunächst eine schriftliche Befragung durchgeführt: Dazu erhielten die Vertreter der in der Bestandsanalyse identifizierten Organisationen einen Fragebogen zum (möglichen) Bedarf für ein kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus in Brandenburg.²⁷ Von den 79 angeschriebenen Organisationsvertretern²⁸ meldeten 21 Vertreter ihre Antworten zurück; das entspricht einer Rücklaufquote von 26,6 Prozent.²⁹

Die Ergebnisse zeigen, dass fünf Vertreter (Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – *demos*, Landesjugendring Brandenburg e.V., Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreewald, Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“, RAA) keinen Bedarf für ein kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus sahen: In Brandenburg gäbe es – auch im bundesweiten Vergleich – bereits ein beispielhaftes Netzwerk der Präventions- und Interventionsarbeit im Bereich Rechtsextremismus. Dies wird durch die folgende Aussage der Polizei in Brandenburg untermauert:

„Der grundsätzliche Bedarf wird selbstverständlich gesehen. Im Land Brandenburg agiert jedoch bereits das landesweite Beratungsnetzwerk im Rahmen des ‚Toleranten Brandenburg‘, das von staatlichen, nichtstaatlichen und anderen lokalen Kooperationspartnern getragen wird. Hier sind gemeinsame Kompetenzen für Beratungen oder andere Unterstützungsleistungen gebündelt. Hier gilt es, die Netzwerktätigkeit weiter zu intensivieren und zu optimieren, insbesondere in der Gewinnung von weiteren Partnern. Dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Prävention wird hier Rechnung getragen.“

²⁷ Mit Hilfe des Fragebogens wurde ermittelt, ob generell ein Bedarf für ein kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus besteht und welche Ziele und Leistungsangebote ein solches Netzwerk ggf. verfolgen sollte.

²⁸ Im Rahmen der Bedarfserhebung wurden die 15 Partnerschaften für Demokratie separat angeschrieben. Dadurch ergibt sich eine höhere Anzahl an Organisationen (n = 79) als in der Bestandsanalyse (n = 69). In letzterer wurden die 15 Partnerschaften dem übergeordneten Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zugeordnet und nur einmal in der Kategorie „Förderung“ berücksichtigt.

²⁹ Einige Organisationsvertreter meldeten zurück, dass sie nicht über die Expertise verfügen würden, um die Fragebogenitems zu beantworten. Andere Organisationen gaben mangelnde Ressourcen – resultierend aus den Mehraufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation – für die Nicht-Beantwortung an.

16 Organisationsvertreter erkannten dagegen einen (Handlungs-)Bedarf für den Aufbau eines Netzwerks. Insbesondere sahen sie die Notwendigkeit, die bestehenden Unterstützungsangebote in folgenden Bereichen auszubauen: (1) Aufklärung und Prävention, (2) Bereitstellung von Informationen im Bereich Rechtsextremismus und (3) Bereitstellung sowie Vermittlung von Informationen und Strategien, die im Zusammenhang mit der Flüchtlingsaufnahme stehen. Vor allem der letztgenannte Wunsch erscheint angesichts der kommunalpolitischen Situation plausibel und sollte – unabhängig davon, ob ein kommunales Netzwerk aufgebaut wird oder bestehende Angebote ausgebaut werden – kurzfristig erfüllt werden (s. u.).

Der größte Handlungsbedarf (n = 11) ergab sich aus Sicht der oben genannten Organisationsvertreter für die „Bereitstellung von Informationen im Bereich Rechtsextremismus“: Hierbei wünschten sich die Vertreter insbesondere Informationen zu den Themen „Rechtsextremistische Erscheinungsformen“, „Rechtsextremismus im Netz“, „Rekrutierung und Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen“ sowie „Alltagsrassismus“. Zehn Organisationsvertreter sahen einen Handlungsbedarf im Bereich „Aufklärung und Prävention“, wobei dieser insbesondere für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen formuliert wurde. Demnach sollte im Bereich der Jugendbildung (z. B. in Schulen, in Jugendeinrichtungen) verstärkt Aufklärung stattfinden (Partnerschaften für Demokratie – Rathenow-Nauen-Westhavelland). Neben dem Aufzeigen von Strategien, wie man „sich gegen Rechtsextremismus“ engagiert, „ohne Freunde zu verlieren“ (Runder Tisch für Demokratie und Toleranz Forst/Lausitz), sei die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an entsprechenden Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu forcieren (Partnerschaft für Demokratie – Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umlandgemeinden).

Darüber hinaus wurde von fünf Vertretern ein Handlungsbedarf in Bezug auf die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen, (teilweise problematischen) Reaktionen „besorgter Mitbürger“ geäußert: So wurden insbesondere Informationen sowie Strategien zur Entwicklung einer Willkommenskultur nachgefragt, um rechtspopulistischen sowie rassistischen Einstellungen adäquat begegnen zu können (RAA). Zudem wurde das Wissen um Strategien zur Erreichung konservativer Zielgruppen im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung als besonders wichtig hervorgehoben (Partnerschaften für Demokratie – Oberhavel).

Die konkreten Ziele, welche die Organisationsvertreter mit einem kommunalen Netzwerk verbanden, sind der Tabelle im Anhang 3 zu entnehmen. Daraus geht hervor, dass inhaltlich ähnlich gelagerte Zielstellungen mit einem Netzwerkaufbau verbunden wurden:

- Informations- und Erfahrungsaustausch (n = 17),
- Aufbau und Stärkung der Zivilgesellschaft (n = 9),
- Vernetzung der Akteure (n = 8) und
- eine stärkere Zusammenarbeit (n = 7).

Für 17 der 21 Vertreter war ein verbesserter Informations- und Erfahrungsaustausch von besonderem Interesse. Hierbei stand der kommunenübergreifende Erfahrungsaustausch zum Umgang mit rechtsextremistischen Erscheinungsformen und Aktivitäten anhand von „Best-Practice-Beispielen“ im Vordergrund. Die Vertreter erhofften sich zudem generell einen „Know-how-Transfer“ durch den verstärkten Austausch von Informationen über erfolgreich bewährte Präventions- und Interventionsmaßnahmen.

Neun Vertreter verbanden mit einem zu gründenden kommunalen Netzwerk das Ziel, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechtsextremistische Erscheinungsformen und Rekrutierungsstrategien zu stärken (z. B. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit). Sie

hoffen, über ein (neues) Netzwerk mehr Bürger zu erreichen und sie stärker in Maßnahmen einbeziehen zu können (z. B. Partnerschaft für Demokratie – Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umlandgemeinden).

Acht Vertreter sahen die Möglichkeit für eine verbesserte bzw. engere Vernetzung der kommunalen Akteure (z. B. Polizei Brandenburg). Es könnten zum einen weitere Partner für den Kampf gegen den Rechtsextremismus gewonnen werden, zum anderen könnten durch „die Bündelung kleinerer Vor-Ort-Gruppen und Initiativen Ressourcen zusammengeführt werden“ (Partnerschaft für Demokratie – Uckermark). Dabei sollte auch eine Optimierung und Intensivierung der bereits vorhandenen Netzwerkaktivitäten erfolgen (Polizei Brandenburg). Eng mit der Vernetzung der Akteure verbunden war auch der Wunsch nach einer stärkeren Zusammenarbeit (n = 7). Neben der gemeinschaftlichen Erarbeitung von bedarfsgerechten und zielgruppenspezifischen Angeboten (z. B. Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.) erhoffen sich die Vertreter auch eine gegenseitige praktische Unterstützung durch die anderen involvierten Organisationen (Partnerschaft für Demokratie – Oberhavel).

Aus den dargestellten Befragungsergebnissen zum Handlungsbedarf und zu den mit einem kommunalen Netzwerk verbundenen Zielen ergeben sich verschiedene Leistungen, die ein solches Netzwerk aus Sicht der Befragten erbringen sollte. Dazu zählen überwiegend Leistungen im Bereich

- der (wissenschaftlich begleiteten) Informationsbreitstellung und Informationsvermittlung zu (rechts-)extremen Themen und Handlungsmöglichkeiten (n = 14),
- der Öffentlichkeitsarbeit (n = 10),
- der Aufklärung und Prävention (n = 8),
- der Fortbildung (n = 8) und
- der Beratung (n = 7).

In Bezug auf die Informationsbereitstellung und Informationsvermittlung sollten – analog zum bereits dargestellten Handlungsbedarf – aktuelle Informationen zu spezifischen Themen aus dem Bereich Rechtsextremismus (z. B. Erscheinungsformen, Ursachen, präventive Maßnahmen, innovative Ideen zur Begegnung von rechten Ideologien) zur Verfügung gestellt werden. Diese Informationen könnten zum Beispiel auf Fachtagungen, Projekttagen und Informationstouren vermittelt werden (Partnerschaften für Demokratie – Oberhavel). Zu den wünschenswerten Angeboten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zählen u. a. die Angabe von möglichen Ansprechpartnern sowie das Publizieren von bereits bestehenden Angeboten und Fördermöglichkeiten (z. B. Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V.). Aus der Sicht von acht Befragten sollten über das Netzwerk eine anspruchsvolle Aufklärung und Prävention betrieben werden, die sich insbesondere an Jugendliche richtet (z. B. zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.). Präventionsmaßnahmen in der Schule und in Jugendeinrichtungen könnten beispielsweise über Arbeitsgruppen initiiert werden (Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V.). Dabei sei zu berücksichtigen, dass „Angebote der demokratischen Teilhabe/Mitbestimmung schon im Kindesalter“ ansetzen müssen (Partnerschaften für Demokratie – Rathenow-Nauen-Westhavelland). Eine ähnlich hohe Bedeutung wurde Fortbildungen und Beratungsleistungen zugesprochen. Fortbildungen sollten sich dabei vor allem an die Zielgruppe der Pädagogen (Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreevald) und Ehrenamtlichen („Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“) sowie an Verwaltungs- und Gemeindevertreter richten (Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V.). Darüber hinaus sollten Beratungsleistungen zu Rechtsfolgen von rechtsextremistischen Aktivitäten, zur Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte

(„Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“) und zu „innovativen Strategien in der Auseinandersetzung mit demokratiekritischen Bürgern (ohne sie als Nazis auszugrenzen)“ angeboten werden. Schließlich wurde gewünscht, über ein zu gründendes kommunales Netzwerk Veranstaltungen für junge Erwachsene bereitzustellen.

4.2.2 Workshop

Die Ergebnisse der Bestandsanalyse und der Bedarfsanalyse wurden am 07.12.2015 auf einem Workshop im Rahmen der Fachtagung „Sicherheit braucht Partner“ des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg vorgestellt und diskutiert. Zu den Workshop-Teilnehmern zählten sowohl zentrale Anbieter von (Unterstützungs-)Angeboten als auch einige kommunale Akteure der Rechtsextremismusbekämpfung. Im Ergebnis der Diskussionen sahen die meisten Teilnehmer – im Gegensatz zu den schriftlich Befragten – im Hinblick auf die Informationsbereitstellung und Informationsvermittlung zur Rechtsextremismusbekämpfung keinen Handlungsbedarf: Zum einen sei ihrer Ansicht nach ein ausreichendes Angebot an Informationen vorhanden; in diesem Zusammenhang wurde auf die Informationsmaterialien auf den Webseiten der einschlägig bekannten Organisationen verwiesen (z. B. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“). Zum anderen seien den kommunalen Akteuren die jeweiligen Ansprechpartner bekannt, an die sie sich bei Bedarf wenden können. Die Teilnehmer betonten, dass eine niedrigschwellige Möglichkeit der Kontaktaufnahme mit den in diesem Bereich tätigen Organisationen und Personen besonders wichtig sei, um auf schnellem Wege an die erforderlichen Informationen zu gelangen. Somit erfolge eine Informationsbeschaffung überwiegend durch die Kontaktierung von „Dritten“, weniger durch eigene Recherchen.

Handlungsbedarf sahen die Workshop-Teilnehmer vor allem in Bezug auf die „Schulung von Pädagogen und Ehrenamtlichen“: Nur geschultes Personal, das Expertise in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus aufweist, könne frühzeitig rechtsextremistische Tendenzen erkennen (z. B. in der Wortwahl von Jugendlichen) und rechtzeitig spezifische Interventionen und Projekte initiieren (z. B. einen Jugendkoordinator im Jugendclub einsetzen), um Erfolge zu erzielen. In diesem Zusammenhang berichteten einige Teilnehmer von guten Erfahrungen, die sie in der Zusammenarbeit mit den Mobilen Beratungsteams gemacht haben. Weiterhin diskutierten die Workshopteilnehmer die Notwendigkeit von Angeboten in den Bereichen „Jugendarbeit“, „Aufklärung“ und „Prävention“: Hier gäbe es noch Ergänzungs- und Optimierungspotenzial. Insbesondere greife eine Beschränkung der Präventions- und Interventionsmaßnahmen auf das Phänomen „Rechtsextremismus“ zu kurz. Vielmehr sei eine Ausweitung der Anstrengungen auf jegliche Formen von „Extremismus“ sowie auf die Dimensionen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Fremdenfeindlichkeit“ notwendig.

Der aus den schriftlichen Befragungen deutlich gewordene Handlungsbedarf für die Etablierung eines kommunenübergreifenden Informations- und Erfahrungsaustauschs im Bereich Rechtsextremismus wurde nur von einigen Workshop-Teilnehmern gesehen. Ein solcher Austausch wurde zwar generell als sehr wichtig erachtet, jedoch bestand Uneinigkeit darüber, inwieweit ein solches Angebot in Brandenburg bereits vorhanden sei:

- Einerseits führten Teilnehmer an, dass über das „KommunalWiki gegen Extremismus“³⁰, das beim Verfassungsschutz angesiedelt ist³¹, ein Austausch erfolgen kön-

³⁰Aus den Ergebnissen der Bestandsanalyse ging allerdings hervor, dass das Portal derzeit nicht kontinuierlich gepflegt bzw. aktualisiert wird.

³¹Das Portal können nur Kommunen nutzen, die einen Zugang zum Landesverwaltungsnetz Brandenburg haben.

ne. Weiterhin fänden Treffen zwischen einzelnen und bereits gut vernetzten Organisationen (z. B. Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V., Verfassungsschutz) statt; diese Organisationen würden auch regelmäßig (meist jährlich) Veranstaltungen organisieren. Diese Veranstaltungen dienten dazu, über aktuelle Themenschwerpunkte (z. B. die Reichsbürgerbewegung) zu informieren und ggf. „Best-Practice-Beispiele“ vorzustellen.

- Andererseits wünschten sich einige Teilnehmer einen Erfahrungsaustausch über kommunale „Best-Practice-Beispiele“ im Bereich Rechtsextremismus. Ein entsprechender Austausch zu den zu bewältigenden Problemen, den Vorgehensweisen der Kommunen (Was machen andere Kommunen im Vergleich zur eigenen Kommune?) sowie über durchgeführte Interventionen und ihre Wirksamkeit sollte regelmäßig stattfinden. Da jede Kommune im Kampf gegen Rechtsextremismus vor ähnlichen Herausforderungen stehe, trage die Weitergabe der gewonnen Erkenntnisse zu einer effektiveren und vor allem effizienteren Präventions- und Interventionsarbeit bei.

Die kommunalen Akteure, die über „Best-Practice-Beispiele“ in ihrer Kommune verfügen, signalisierten Bereitschaft, ihre Erfahrungen anderen Akteuren zu vermitteln. Sie wiesen allerdings auch darauf hin, dass sich die jeweiligen Maßnahmen nicht uneingeschränkt auf andere Kommunen übertragen ließen. Vielmehr seien die konkreten lokalen Gegebenheiten und Entwicklungen innerhalb der Kommune zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit mit den Mobilien Beratungsteams sei in diesem Zusammenhang empfehlenswert und erfolgversprechend. Ferner offenbarte sich in Bezug auf den kommunenübergreifenden Informations- und Erfahrungsaustausch im Bereich Rechtsextremismus ein deutlicher Selektionseffekt: Kommunale Akteure, die sich in ihrer Kommune bereits aktiv gegen Rechtsextremismus engagierten und erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit leisteten, sahen weniger Bedarf für einen Erfahrungsaustausch als Akteure, die noch nicht oder nur in geringem Umfang über derartige Erfahrungen verfügten.

Die Frage nach dem Bedarf für einen Informations- und Erfahrungsaustausch wurde im Zuge der Diskussion auch auf andere Extremismusdimensionen (z. B. religiöser Extremismus) und das Thema „Asyl“ – im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland – ausgeweitet. Hier bekundeten die Teilnehmer ein starkes Interesse. Zum einen stellten sie fest, dass die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Ängste, Unsicherheiten und Vorurteile bei einem großen Teil der Bevölkerung verbreitet seien; zum anderen seien alle Altersgruppen und sozialen Schichten betroffen. Daher könnten die bereits im Rechtsextremismusbereich angewendeten Präventions- und Interventionsmaßnahmen, die vorrangig auf die Altersgruppe der Jugendlichen ausgerichtet seien, nur bedingt genutzt werden. Somit erscheint es aus Sicht der Teilnehmer dringend nötig, stärker differenzierte Konzepte zu entwickeln und sich im Hinblick auf ihre Wirksamkeit auszutauschen.

Befragt nach den Möglichkeiten zur Optimierung des Informations- und Erfahrungsaustauschs, bestand bei den Teilnehmern Einigkeit darüber, dass an bereits etablierte Strukturen und Organisationen (z. B. die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ oder das Aktionsbündnis Brandenburg) angeknüpft werden sollte. Zudem sollte der Erfahrungsaustausch – und insbesondere die Vorstellung von „Best-Practice-Beispielen“ – im Rahmen der bereits stattfindenden Veranstaltungen forciert werden. Weiterhin wurde angeregt, die Inhalte der einzelnen Angebote dahingehend zu prüfen, inwieweit aktuelle Entwicklungen und neue Erscheinungsformen von Extremismus (z. B. religiöser Fanatismus) sowie damit verbundene Problemlagen berücksichtigt werden. Ggf. müssten die Informationsveranstaltungen und Schulungsangebote inhaltlich angepasst werden, damit die kommunalen Akteu-

re (z. B. Polizei, Verwaltungen, Sozialarbeiter) frühzeitig das notwendige Wissen erwerben und angemessen reagieren können. Hierfür müssten wissenschaftliche Experten hinzugezogen und die gewonnenen Erkenntnisse ausgetauscht werden.

Weiterer dringender Handlungsbedarf wurde in Bezug auf die Prüfung der Wirksamkeit von bestehenden Präventions- und Interventionsmaßnahmen gesehen: Derzeit gäbe es in Brandenburg zwar zahlreiche Maßnahmen und Projekte gegen Extremismus, allerdings würden diese in den seltensten Fällen einer Wirksamkeitsanalyse unterzogen, die auf wissenschaftlich begründeten Erfolgskriterien basiert. Die Workshop-Teilnehmer sprachen sich dafür aus, dass zukünftig sowohl formative Evaluationen zur Maßnahmenoptimierung im Maßnahmenverlauf als auch summative Evaluationen zur abschließenden Wirksamkeitsprüfung durchgeführt werden. Dies sei notwendig, um die Qualität bzw. den Erfolg einer Maßnahme objektiv bewerten zu können: Fördermittel könnten so auf diejenigen Maßnahmen fokussiert werden, deren Wirksamkeit belegt ist.

4.3 Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Im Ergebnis der Bestandsanalyse wurde festgestellt, dass sich in Brandenburg eine Vielzahl von Organisationen direkt oder indirekt der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmet und entsprechende Angebote – nicht zuletzt zur Unterstützung von Kommunen – unterbreitet. Diese Angebote sind flächendeckend verfügbar, gut zugänglich und oftmals kostenfrei nutzbar. Im Rahmen der Internetrecherche wurde allerdings auch deutlich, dass es keine vollständige aktuelle Übersicht zu den bestehenden Organisationen gibt. Zudem liegt keine systematisierte Darstellung der Angebote vor. Basierend auf diesen Erkenntnissen ist davon auszugehen, dass auch den kommunalen Akteuren – als potenzieller Nutzergruppe – ein umfassender Überblick zu den Angeboten fehlt.

Aus den Ergebnissen der Bedarfsanalyse konnten Handlungsbedarfe für unterschiedliche Bereiche abgeleitet werden: So wurden eine Intensivierung der Aufklärungs- und Präventionsarbeit in der Jugendbildung und die damit eng verbundene Schulung von Pädagogen und Ehrenamtlichen als besonders relevant erachtet. Darüber hinaus wurden ein kommunenübergreifender Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Bereitstellung von Informationsmaterial als Bedarfe identifiziert. Hierbei unterschieden sich allerdings – je nach befragter Gruppe – die Zielstellungen. Während sich die schriftlich befragten Organisationsvertreter primär Informationen zu aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und einen Austausch über „Best-Practice-Beispiele“ wünschten, sahen die Workshop-Teilnehmer diesen Bedarf durch die bestehenden Angebote bereits gedeckt: Aus ihrer Sicht sollten sich die Informationsbereitstellung und der Erfahrungsaustausch auf die mit dem Thema „Asyl“ zusammenhängenden Fragestellungen und Sachverhalte konzentrieren. Aufgrund der derzeitigen Flüchtlingssituation und der damit verbundenen Herausforderungen auf kommunaler Ebene würde in diesem Bereich akuter Bedarf für die Entwicklung einer demokratischen (Willkommens-)Kultur bestehen.³² Die Notwendigkeit für eine engere Vernetzung der bestehenden Organisationen und Akteure sowie eine intensivere Zusammenarbeit im Hinblick auf die Erarbeitung bedarfsorientierter Präventions- und Interventionsmaßnahmen wurde dagegen nur von einem Teil der Befragten gesehen.

Der Vergleich der Analyseergebnisse zeigt auch, dass sich die Befragten Angebote gewünscht haben, die in Brandenburg bereits vorhanden sind (z. B. die Bereitstellung von

³² Ende November 2015 wurde das „Bündnis für Brandenburg“ gegründet. Die Ziele des Bündnisses bestehen darin, die Integration der Flüchtlinge in Brandenburg zu optimieren sowie Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen. Über dieses Bündnis könnten evtl. auch die Informationsbereitstellung und der Erfahrungsaustausch ermöglicht werden.

Informationen zu rechtsextremistischen Erscheinungsformen). Es stellt sich die Frage, ob den Befragten die bestehenden Angebote nicht bekannt waren oder ob die Angebote nicht ihren Qualitätserwartungen entsprachen. Anhand der vorliegenden quantitativen Untersuchungsergebnisse kann diese Frage nicht beantwortet werden. Sollten die Befragten die Angebote nicht kennen, so ist die Systematik und Überschaubarkeit entsprechender Informationen zu verbessern. Dies könnte auf zwei Wegen erfolgen: Zum einen könnte eine zentrale, gut gepflegte Informationsplattform bereitgestellt werden. Zum anderen müssten die Angebote stärker „beworben“ werden, um die „Informationsdefizite“ seitens der potenziellen Nutzer zu beheben. Dazu wurde im vorliegenden Projekt mit der bereits angesprochenen Broschüre ein Beitrag geleistet.

Inwiefern die vorhandenen Angebote den Qualitätserwartungen der Nutzergruppe entsprechen, sollte in einer qualitativen Analyse der Angebotsstruktur ermittelt werden. Im Zuge dessen könnten auch augenscheinliche inhaltliche Redundanzen überprüft werden und ggf. Empfehlungen zur Bündelung von Ressourcen gegeben bzw. Ansatzpunkte zur Erzeugung von Synergieeffekten aufgezeigt werden. Überdies sollte der im Rahmen des Projekts ermittelte Handlungsbedarf von den Maßnahmenträgern aufgegriffen und zum Anlass genommen werden, ihre jeweiligen Angebote zu prüfen und – sofern notwendig und realisierbar – Anpassungen vorzunehmen. Hierbei gilt es insbesondere, die Informationsbereitstellung sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zum Thema „Asyl“ zu forcieren. Das Thema „Rechtsextremismus“ darf dabei allerdings nicht aus den Augen verloren werden. Die Hinwendung zu vordergründigen Handlungsbedarfen birgt die Gefahr, dass weniger offensichtliche Problemfelder vernachlässigt werden und wieder an Virulenz gewinnen. Die (Präventions-)Arbeit gegen rechtsextremistische Aktivitäten und Einstellungen muss daher kontinuierlich fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sind auch Präventionsmaßnahmen für Kinder im Sinne einer vorurteilsbewussten Erziehung sowie entsprechende Qualifizierungs- und Beratungsmöglichkeiten für pädagogisches Personal zu fokussieren.

Es zeichnet sich ab, dass die Gründung eines neuen kommunalen Netzwerks zugunsten der Optimierung vorhandener Strukturen zurückgestellt werden sollte. Dazu sollten die Projektergebnisse mit Maßnahmenträgern diskutiert und Vorschläge erarbeitet werden, auf welche Art und Weise sich die ermittelten Handlungsbedarfe bedienen lassen. Dabei sind u. a. folgende Fragen zu klären: Von welchen Organisationen könnten die gewünschten Aufgaben und Inhalte bearbeitet werden? Wie könnte die Koordinierung der bestehenden und zu erarbeitenden Angebote optimiert werden, um Doppelstrukturen zu erkennen und zeitnah auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren? Darüber hinaus sollten die Angebotszufriedenheit und die Bedarfe der handelnden (kommunalen) Akteure regelmäßig ermittelt werden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen regelmäßig stattfindender Veranstaltungen erfolgen, die gleichzeitig „als Bühne“ für den gewünschten Erfahrungsaustausch dienen könnten.

Schließlich sollte die Wirksamkeit von Präventions- und Interventionsmaßnahmen zur Extremismusbekämpfung überprüft werden. Durch wissenschaftlich fundierte Evaluationen³³ könnten erfolgreiche von nicht erfolgreichen Maßnahmen unterschieden werden. Im Er-

³³ Die Qualitätsbewertung der Maßnahmen sollte dabei auf Basis aktiv-gestaltender („formativer“) und ergebnisorientiert-bilanzierender („summativer“) Evaluationen erfolgen. Eine formative Evaluation wird während der Planungs- und Designphase sowie der Implementierungsphase einer Maßnahme realisiert. Mit ihrer Hilfe sollen die Schwachstellen der Maßnahme frühzeitig erkannt und behoben werden. Es handelt sich um einen kontinuierlich stattfindenden Qualitätsbewertungs- und Qualitätsentwicklungsprozess. Eine summativ Evaluation dient der Qualitätsfeststellung am Ende des Entwicklungszeitraums einer Maßnahme; sie setzt ein, wenn die Disseminationsphase abgeschlossen ist und eine angemessene Konsolidierungsphase erfolgte.

gebnis wäre es somit zukünftig möglich, diejenigen Projekte zu fördern, deren Wirksamkeit nachgewiesen ist. Die Fördermittel könnten auf diesem Weg effizienter für eine nachhaltige Präventionsarbeit eingesetzt werden. Analog zu der in Niedersachsen geführten Online-Datenbank „Grüne Liste Prävention“, in der effektive Präventionsprogramme gelistet sind, sollten die erfolgreichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus dann „beworben“ werden.

Literatur

- Aderhold, J. (2004). *Form und Funktion sozialer Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft - Beziehungsgeflechte als Vermittler zwischen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aderhold, J., Meyer, M. & Wetzel, R. (Hrsg.) (2005). *Modernes Netzwerkmanagement. Anforderungen – Methoden – Anwendungsfelder*. Gabler: Wiesbaden.
- Amann, M., Berner, M., Höhner, R. & Nadolny, S. (Hrsg.) (2013). *Netzwerken*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Verfügbar unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Bildungsmaterialien/RLS-Bildungsmaterialien_Netzwerk_12-2014.pdf [09.03.15].
- Backes, U., Haase, A.-M., Logvinov, M., Mletzko, M. & Stoye, J. (2014). *Rechts motivierte Mehrfach- und Intensivtäter in Sachsen*. Göttingen: V&R unipres.
- Bauer, P. (2005). Institutionelle Netzwerke steuern und managen. Einführende Überlegungen. In: P. Bauer & U. Otto (Hrsg.), *Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten* (S. 11-52). Tübingen: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie.
- Baumfeld, L. (2007). Managementinstrumente für Leader-Regionen. *SIR Mitteilungen und Berichte*, 33, 35-44.
- Becker, T. (2011). Leitbildentwicklungen in Kooperationen. In: T. Becker, I. Dammer, J. Howaldt & A. Loose (Hrsg.), *Netzwerkmanagement – Mit Kooperation zum Unternehmenserfolg* (S. 105-116). Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Beckhard, R. & Harris, R. T. (1977). *Organizational transitions: Managing complex*. Reading, MA: Addison-Wesley Publishing.
- Bertelsmann Stiftung (2015). *Lange Asylverfahren sind hohe Hürde bei Jobsuche von Flüchtlingen*. Verfügbar unter: <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/lange-asylverfahren-sind-hohe-huerde-bei-jobsuche-von-fluechtligen/> [23.12.15].
- Best, H., Dwars, D., Salheiser, A. & Salomo, K. (2013). „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2012. Verfügbar unter: <http://www.thueringen.de/imperia/md/content> [09.03.15].
- Beywl, W. & Schepp-Winter, E. (1999). *Zielfindung und Zielklärung – ein Leitfaden*. Verfügbar unter: http://univation.org/download/QS_21.pdf [16.03.15].
- BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (2005). *Förderrichtlinien zur Durchführung des Programms „Jobstarter – für die Zukunft ausbilden“*. Verfügbar unter: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/a11_bibb-portal_jobstarter_regionalbueros_richtlinien_jobstarter_1fr_241105.pdf [23.12.15].
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012). *Unterstützungsnetzwerke für Eltern mit Schulkindern – Kooperationen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Berlin: BMFSFJ.
- BMI/BMJ Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006). *Zweiter periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: Bundesregierung.
- Böllert, K. (2011). Prävention und Intervention. In: H.-U. Otto & H. Thiersch (Hrsg.), *Handbuch Sozialarbeit Sozialpädagogik* (S. 1394 – 1398). Neuwied Kriftel.
- Bosch, B. (2007). *Handbuch Projektmanagement für ESF-Projektträger*. Stuttgart: Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband.
- Botsch, G. & Kopke, C. (2010). Das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat in der Abwehr des Rechtsextremismus. Erfahrungen aus dem Land Brandenburg. In M.H. Möllers & R. van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch öffentliche Sicherheit 2010/2011*. Frankfurt a. M.
- Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapitel, soziales Kapitel. In: R. Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt* (S. 183-198). Göttingen: Schwartz.

- Braune, S. (2010). *Die „Mitte“ mutig machen*. Verfügbar unter: <http://www.mut-gegen-rechtegewalt.de/projekte/mutmacher/mutmacher-sachsen/die-mitte-mutig-machen-5362> [23.12.15].
- Bromba, M. & Edelstein, W. (2002). Ethnozentrismus und Rechtsextremismus im Jugendalter. – Ursachen und Potenzial unter besonderer Berücksichtigung Ostdeutschlands. *Recht der Jugend und des Bildungswesens*, 1, 21-29.
- Bundesinitiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft (2013). *Akquise von Betriebspartnern und Projektteilnehmerinnen*. Verfügbar unter: www.esf.de/portal/generator/22136/.../2015_01_08_themenfolder.pdf [16.03.15].
- Bundesministerium des Innern (1999). *Verfassungsschutzbericht 1998*. Verfügbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/nichtinListe/1999/Verfassungsschutzbericht_1998_Id_7295_de.pdf?__blob=publicationFile [16.12.2015].
- Bundesministerium des Innern (2002). *Verfassungsschutzbericht 2001*. Verfügbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/nichtinListe/2002/Verfassungsschutzbericht_2001_Id_23516_de.pdf?__blob=publicationFile [16.12.2015].
- Bundesministerium des Innern (2012). *Verfassungsschutzbericht 2011*. Verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/vsb2011.pdf?__blob=publicationFile [16.12.2015].
- Bundesministerium des Innern (2014). *Verfassungsschutzbericht 2013*. Verfügbar unter: <http://www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf> – letzter Aufruf: [04.03.2015].
- Bundesministerium des Innern (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014*. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2014.pdf> [16.12.2015].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2015). *Asylgeschäftsstatistik für den Monat Juli 2015*. Verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201507-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf?__blob=publicationFile [16.12.2015].
- Burkard, C. & Eikenbusch, G. (2000). *Praxishandbuch Evaluation in der Schule*. Berlin: Cornelsen Scriptor.
- Burkert, M. (2012): Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. In: D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituationen und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 169-188). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Burkert, M., Gottschall, T. & Voigt, J. (2012). *Kommunale Interventionspraxis gegen rechtsextremistische Erscheinungen*. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg.
- Dauser, D. & Longmuß, J. (2010). *Durch Netzwerke regionale Strukturentwicklung fördern. Netzwerkarbeit optimieren und verstetigen*. Bielefeld: Bertelsmann Verlag.
- Decker, O. & Brähler E. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, O., Kies, J. & Brähler, E. (2012). *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Doran, G.T. (1981). There's a S.M.A.R.T. way to write management's goals and objectives. *Management Review*, 79, 35-36.
- Duschek, S. & Rometsch, M. (2004). Netzwerktypologien im Anwendungsbereich Kompetenzentwicklung. *QUEM* 13 (3), 1-7.
- Endres, E. (2008). *Die Evaluation und Steuerung von Netzwerken durch Netzwerkanalysen*. Kooperation konkret! 14. Fachtagung der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftspsychologie 01./02. Februar 2008.
- Erikson, E.H. (1988). *Der vollständige Lebenszyklus*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015). *Rechtsextremismus: Straftaten gegen Flüchtlinge nehmen stark zu*. Verfügbar unter:

- <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/rechtsextremismus-straftaten-gegen-fluechtlinge-nehmen-dramatisch-zu-13966779.html> [23.12.15].
- Frankfurter Neue Presse (2015). *Brandanschläge auf Flüchtlingsheime. Feuer in Asylantenheimen: Chronologie des Schreckens*. Verfügbar unter: <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Feuer-in-Asylantenheimen-Chronologie-des-Schreckens;art673,1647574> [23.12.15].
- Friedmann, C., Sommer, S., Frießem, M. & Zülch, J. (2011). *Netzwerkbildung und -management im Gesundheitswesen*. Verfügbar unter: http://www.post-reha.net/index.php?option=com_content&view=article&id=67&Itemid=77&dir=JSROOT%2FPublicationen&download_file=JSROOT%2FPublikationen%2FNetzwerkbildung+und+management+im+Gesundheitswesen.pdf [18.03.15].
- Frindte, W. & Preiser, S. (2007). Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte 11*, 32-38.
- Gorynia-Pfeffer, N. (2009). *Kooperation in Forschung und Entwicklung: Impulse für eine Zusammenarbeit im Mittelstand*. Verfügbar unter: http://www.rkw.de/fileadmin/media/Dokumente/Publikationen/2009_FB_Erfolgsfaktoren.pdf [18.03.15].
- Groß, E. & Hövermann, A. (2014). Marktförmiger Extremismus – ein Phänomen der Mitte? In R. Melzer (Hrsg.), *Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 102-118). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Grumke, T. (2013). Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff – Ideologie – Struktur. In: S. Glaser & T. Pfeiffer (Hrsg.), *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention* (S. 23-44), 3. überarbeitete und ergänzte Auflage. Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Güntert, B.J. (2006). Welche Steuerungsmechanismen braucht ein Netz im Gesundheitswesen? *Managed Care*, 6, 5-7.
- Hausberg, B. (2006). Cluster und Kompetenznetze beraten – Erfahrungen des VDI Technologiezentrums. In: J. Sydow & S. Manning (Hrsg.), *Netzwerke beraten* (S. 127-144). Wiesbaden: Gabler.
- Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2011). *Deutsche Zustände: Folge 10*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Heitmeyer, W. (1987). *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*. Weinheim/München: Juventa.
- Hild, P. (1997). *Netzwerke der lokalen Arbeitsmarktpolitik. Steuerungsprobleme in theoretischer und empirischer Sicht*. Berlin: Ed. Sigma.
- Hoffmann, L. & Sturzbecher, D. (2012). Die Zeitreihenstudie „Jugend in Brandenburg“ – Methodischer Rahmen und Untersuchungsanlage der Erhebungswelle 2010. In D. Sturzbecher, A. Kleeberg-Niepage & L. Hoffmann (Hrsg.), *Aufschwung Ost? Lebenssituation und Wertorientierungen ostdeutscher Jugendlicher* (S. 9-20). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Human, S.E. & Provan, K.G. (2000). Legitimacy building in the evolution of small-firm multilateral networks: A comparative study of success and demise. *Administrative Science Quarterly*, 45 (2), 583-632.
- Jaschke, H.-G. (2001). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder*. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jaschke, H.-G. (2006). *Politischer Extremismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jesse, E. (2007). Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus. In: Hans Seidel Stiftung (Hrsg.), *Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich* (S. 8-17). Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, H.1., Jg. 58.
- Klandermans, B. & Mayer, N. (Hrsg.) (2006). *Extreme right activists in Europe. Through the magnifying glass*. London: Routledge.

- Kleeberg-Niepage, A. (2012). *Rechtsextremismus bei Jugendlichen und Lebensläufe rechtsextremistischer Gewaltstraftäter*. Unveröffentlichter Forschungsbericht, Ministerium des Innern des Landes Brandenburg.
- Klein, L. (1995). Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Eine kritische Bestandsaufnahme. In K. Schacht, T. Leif & H. Janssen (Hrsg.), *Hilflos gegen Rechtsextremismus? Ursachen – Handlungsfelder – Projekterfahrungen*. Köln: Bund Verlag.
- Klein A., Groß, E. & Zick, A. (2014). Menschenfeindliche Zustände. In R. Melzer (Hrsg.), *Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 61-84). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Kofahl, C., Dahl, K. & Döhner, H. (2003). *Synopse innovativer Ansätze zur vernetzten Versorgung älterer Menschen in Deutschland*. Verfügbar unter: https://www.uke.de/institute/medizin-soziologie/downloads/institut-medizin-soziologie/ProNETZ_BERICHT_030614.pdf [29.03.15].
- Korgel, L. (2009). Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-) Demokratisierung des öffentlichen Raums. In: D. Molthagen, Dietmar & L. Korgel (Hrsg.), *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus* (S. 251-267). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Kortendieck, G. (2009). *Strategisches Management im sozialen Bereich*. Augsburg: ZIEL-Verlag.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.) (2013). *Kommunen für Freiheit und Demokratie. Ein Handlungsleitfaden für wehrhaften Umgang mit Extremisten*. Dresden: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen.
- Landesinitiative Demenz-Service (2012). *Leitfaden für den Aufbau und die Umsetzung von regionalen Demenznetzwerken*. Verfügbar unter: http://www.demenz-service-nrw.de/tl_files/Landesinitiative/Die%20Landesinitiative/Ergebnisse%20der%20Arbeitsgruppen/Netzwerke-Leitfaden_24-5-2012.pdf [05.03.15].
- Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2012). *Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus*. Verfügbar unter: <http://www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Handreichungen/Bndnisratgeber.pdf> [18.03.15].
- Luhmann, N. (2000). *Vertrauen*. Stuttgart: Lucius und Lucius.
- Mayntz, R. (1993). Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: A. Héritier (Hrsg.), *Policy Analyse. Kritik und Neuorientierung* (S. 39-56). Opladen: Leske & Budrich.
- Mayring, P. (2000). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Melzer, R. (Hrsg.) (2014). *Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Menk, S. (2010). *Gründungsphase lokaler Netzwerke in Rheinland-Pfalz*. Verfügbar unter: http://lsjv.rlp.de/no_cache/kinder-jugend-und-familie/servicestelle-kindesschutz/?cid=15984&did=68698&sechash=6a85fe12 [16.03.15].
- Merton, R. K. (1957). *Social Theory and Social Structure*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Miles, R.E. & Snow, C.C. (1992). Causes for failure in network organizations. *California Management Review* 28 (3), 53-72.
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2015a). *Handout - Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität 2014*. Verfügbar unter: http://www.mik.brandenburg.de/media_fast/4055/PK_PMK_Handout.pdf [16.12.15].
- Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (2015b). *Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2014*. Verfügbar unter: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/VSB_2014_web.pdf [16.12.15].
- Möller, K. (2003). Pädagogische und sozialarbeiterische Konzepte. In: H. Lynen van Berg & R. Roth (Hrsg.), *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Opladen 2003: Leske + Budrich.

- Möller, K. & Schuhmacher, N. (2007). *Rechte Glatzen: Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*. Wiesbaden, 2007.
- Molthagen, D. & Korgel, L. (Hrsg.) (2009). *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Muche, C., Noack, T., Oehme, A. & Schröer, W. (2010). Referenzmodell für ein regionales bedarfsorientiertes Übergangsmanagement. In: R. Brandel, M. Gottwald & A. Oehme (Hrsg.), *Bildungsgrenzen überschreiten. Zielgruppenorientiertes Übergangsmanagement in der Region* (S. 37-68). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Narver, J.C. & Slater, S.F. (1990). The effect of a market orientation on business profitability. *Journal of Marketing*, 54 (4), 20-34.
- Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.) (2008). *Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden. Gemeinsam mehr erreichen – Lokale Vernetzung und Kooperation*. Verfügbar unter: http://www.netzwerk-song.de/fileadmin/user_upload/Themenheft2.pdf [06.03.15].
- Neumann, P. (2013). *Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus*. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/apuz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus?p=all> [16.12.15].
- Opferperspektive e.V. (2015). *Statistik rechter Gewalt 2014*. Verfügbar unter: <http://www.opferperspektive.de/aktuelles/782-faelle-politisch-rechts-motivierter-gewalt-in-ostdeutschland-und-berlin> [16.12.15].
- Oser, F. & Althof, W. (1992) (Hrsg.) *Moralische Selbstbestimmung*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Payer, H. (2008). Die Kunst des Netzwerkens. In: S. Bauer-Wolf, H. Payer & G. Scheer (Hrsg.), *Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz – Handbuch für Regionalentwicklung* (S. 23-46). Wien: Springer-Verlag.
- Philipp, E. & Rolff, H.G. (1998). *Schulprogramme und Leitbilder entwickeln*. Weinheim, Basel: Beltz.
- PRO ASYL (2015). *Rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge nimmt weiter zu*. Verfügbar unter: http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/rassistische_gewalt_gegen_fluechtlinge_nimmt_weiter_zu/ [23.12.15].
- Quilling, E., Nicolini, H.J., Graf, C. & Starke, D. (2013). *Praxiswissen Netzwerkarbeit - Gemeinnützige Netzwerke erfolgreich gestalten*. Wiesbaden: Springer VS.
- RBB Online (2015). Verdreifachung der Gewalttaten in Brandenburg. Rechtsextreme zündeln in der Flüchtlingskrise. Verfügbar unter: <https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2015/10/Rechtsextreme-Fluechtlingskrise-Brandenburg.html> [23.12.15].
- Reis, C. (2011). Produktionsnetzwerke als integriertes Unterstützungsangebot für Alleinerziehende. *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*, 42 (2), 68-80.
- Reis, C. (2013). *Integrationsvereinbarungen einsetzen – Handlungsleitfaden zur praktischen Umsetzung vor Ort*. Verfügbar unter: <http://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/IB/2013-05-15-handlungsleitfaden.html;jsessionid=EE6A69031DB9E20E388906F9FFB07411.s3t2> [04.03.15].
- Richter-Kornweitz, A. (2013). *Werkbuch Präventionskette: Herausforderungen und Chancen beim Aufbau von Präventionsketten in Kommunen*. Verfügbar unter: http://www.gesundheitsnds.de/CMS/images/stories/PDFs/Werkbuch-Praeventionskette_Doppelseite.pdf [13.03.15].
- Rieker, P. (2009). *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention*. Weinheim/München: Juventa.
- Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2014). *Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.
- Rommelspacher, B. (2006). „Der Hass hat uns geeint“. *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Rosenbrock, R. (2008). *Primärprävention – Was ist das und was soll das?* Berlin: WZB (SP I 2008-303).

- Roth, R., Gesemann, F. & Aumüller, J. (2010). *Abschlussbericht zur Evaluation des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus*. Berlin: Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.) (2010). *Jugend 2009 in Sachsen: Eine vergleichende Untersuchung zu Orientierungsproblemen junger Menschen*. Stoba-Druck GmbH: Lampertswalde.
- Schubert, H. (2005). Das Management von Akteursnetzwerken im Sozialraum. In P. Bauer & U. Otto (Hrsg.), *Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Band II: Institutionelle Netzwerke in teuerungs- und Kooperationsperspektive* (S. 73-103). Tübingen: dgvt-Verlag.
- Schubert, H. (2008). *Netzwerkmanagement. Koordination von professionellen Vernetzungen – Grundlagen und Praxisbeispiele*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, K. (1995). Struktur-, Akteur- und Innovationslogik: Netzwerkkonzeptionen und die Analyse von Politikfeldern. In: D. Jansen & K. Schubert (Hrsg.), *Netzwerke und Politikproduktion* (S. 111-131). Marburg: Schüren.
- Schubert, H. & Spieckermann, H. (2009). *Arbeitshilfen zur Entwicklung und Steuerung von Netzwerken Früher Förderung*. LVR.
- Spieckermann, H. & Schubert, H. (2009). *Standards des Quartiermanagement – Handlungsgrundlagen für die Steuerung einer integrierten Stadtteilentwicklung*. Köln: Eigenverlag.
- Staatsinstitut für Familienforschung (2013). *Strukturelle Weiterentwicklung kommunaler Familienbildung – Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Familienstützpunkte“ und weiterführende Handlungsempfehlungen*. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung.
- Staud, T. (2005). *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: kiepenheuer & Witsch.
- Stockmann, R. (2006). *Evaluations und Qualitätsentwicklung. Eine Grundlage für wirkungsorientiertes Qualitätsmanagement*. Münster, New York, München, Berlin: Waxmann.
- Stöss, R. (2010). *Rechtsextremismus im Wandel* (3. Auflage). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Strobl, R. & Lobermeier, O. (2009). Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune. In D. Molthagen & L. Korgel (Hrsg.), *Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Strobl, R. & Lobermeier, O. (2014). *Projektmanagement, Qualitätssicherung, Selbstevaluation – Projekte systematisch und nachvollziehbar planen, durchführen und überprüfen*. Hannover: proVal.
- Stromer, A. (2013). *Rechtsextreme Einstellungen sächsischer Jugendlicher*. Marburg: Tectum.
- Sturzbecher, D., Landua, D. & Shahla, H. (2001). Jugendgewalt unter ostdeutschen Jugendlichen. In: D. Sturzbecher (Hrsg.), *Jugend in Ostdeutschland - Lebenssituationen und Delinquenz* (S. 249-300). Opladen: Leske + Budrich.
- Sydow, J. (2006). *Strategische Netzwerke*. Wiesbaden: Gabler.
- Sydow, J., Duschek, S., Möllering, G. & Rometsch, M. (2003). *Kompetenzentwicklung in Netzwerken. Eine typologische Studie*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sydow, J., Wirth, C. & Manning, S. (2002). *Autonomie und Bindung in Projektnetzwerken aus betriebswirtschaftlicher Perspektive. Literaturüberblick und erste konzeptionelle Überlegungen*. Arbeitspapier, Berlin.
- Teller, M. & Longmuß, J. (2007). *Netzwerkmoderation – Netzwerke zum Erfolg führen*. Augsburg: ZIEL-Verlag.
- Thomas, A. (1994). Können interkulturelle Begegnungen Vorurteile verstärken? In: A. Thomas (Hrsg.), *Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Problemanalysen und Problemlösungen* (S. 227-238). Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Tiemeyer, E. (2002). *Projekte erfolgreich managen. Methoden, Instrumente, Erfahrungen*. Weinheim, Basel: Beltz-Verlag.

- UK NRW – Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (2014). *Prävention in NRW*. Düsseldorf: Unfallkasse Nordrhein-Westfalen.
- Van Andel, P. (1994). Anatomy of the unsought finding: Serendipity: origin, history, domains, traditions, appearances, patterns and programmability. *British Journal for the Philosophy of Science*, 45 (2), 631-648.
- Voigt, J. & Sturzbecher, D. (2014). Entwicklung von Gewalt und Rechtsextremismus bei brandenburgischen Jugendlichen und Folgerungen für eine nachhaltige Kriminalprävention. In: W. Schubarth (Hrsg.), *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis* (S. 161-181). Potsdam: Universitätsverlag Potsdam.
- Wahl, K. (Hrsg.) (2001). *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Weisbord, M. & Janoff, S. (2006). Systemische Netzwerkberatung bei IKEA – Oder: Umgestaltung einer globalen Wertschöpfungskette in 18 Stunden. In: J. Sydow & S. Manning (Hrsg.), *Netzwerke beraten* (S. 145-162). Wiesbaden: Gabler.
- Willems, H. (1993). *Fremdenfeindlich Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation*. Opladen: Leske & Budrich.
- Winheller, A. (2011). *Netzwerke erfolgreich gestalten*. Verfügbar unter: http://www.fes-mup.de/files/mup/pdf/arbeitshilfen/Netzwerke_erfolgreich_gestalten.pdf [05.03.15].
- Winnicott, D.W. (1993). *Reifungsprozesse und fördernde Umwelt*. Frankfurt (Main): Fischer.
- Zick, A. & Klein, A. (2014). Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte. In R. Melzer (Hrsg.), *Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014* (S. 32-60). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Anhang

Anhang 1: Kurzbeschreibungen der 69 Organisationen in Brandenburg, die sich im Bereich der Arbeit gegen Rechtsextremismus engagieren und (Unterstützungs-)Angebote bereitstellen

Organisation	Kurzbeschreibung
Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Das Aktionsbündnis ist ein Netzwerk von landesweit tätigen Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten des Landes Brandenburg, die gemeinsam für eine zivilgesellschaftliche Mobilisierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit eintreten. Gegründet wurde das Aktionsbündnis 1997 von 29 Organisationen auf Grund einer bedrohlichen Entwicklung rechtsextremer Strukturen und Gewalttaten in Brandenburg. Inzwischen besteht das Aktionsbündnis aus 70 Mitgliedern aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Das Aktionsbündnis ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss und vertritt die Interessen der Bürger und Bürgerinnen sowie ihrer Organisationen. Es ist Partner der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ und wird von der Landesregierung unterstützt.
Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“	Das Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“ ist ein Zusammenschluss von Vertretern aus Wirtschaft, Vereinen, Kirchen, Politik, Verwaltung sowie Einzelpersonen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Toleranz in Neuruppin engagieren. Anlass zur Gründung war eine geplante Demonstration von Rechtsextremisten, die durch Neuruppin führen sollte. Das Bündnis möchte die Bürger und Bürgerinnen der Region über aktuelle rechtsextremistische Umtriebe aufklären und öffentliche Aktivitäten von Rechtsextremisten verhindern, die Vielfalt im Gemeinwesen erhalten, die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund, von Menschen mit Behinderung, von Lesben, Schwulen und anderen verbessern, an die Verbrechen der Nazis erinnern und Verharmlosungen und Geschichtsfälschungen entgegen treten sowie den öffentlichen Raum und historisch sensible Daten mit antifaschistischen demokratischen Aktivitäten besetzen.
Antifaschistische Recherchegruppe Frankfurt/Oder	Die Recherchegruppe ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen aus der Region Frankfurt (Oder), die das Anliegen eint, der interessierten Öffentlichkeit fundierte Informationen zu Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten zur Verfügung zu stellen. Sie konzentriert sich auf die Sammlung, Aufbereitung und Zurverfügungstellung diesbezüglicher Kenntnisse. Dabei reicht das Spektrum der fokussierten Szene von rechtspopulistischen Vereinigungen über rechtsextreme Parteien bis hin zu neonazistischen Kameradschaften. Ziel ist es, bei all jenen zu einer bewussten Auseinandersetzung mit neonazistischen Denkmustern beizutragen, die in ihrer täglichen Arbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereinen und der Politik mit rechtsextremen Einstellungen konfrontiert sind und Verantwortung tragen.
Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin Brandenburg	Die Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ in ver.di Berlin Brandenburg setzt sich aus ehrenamtlichen Kollegen und Kolleginnen aus den verschiedenen Fachbereichen in ver.di und aus weiteren Fachleuten zusammen. Das vorhandene Wissen, die Erfahrungen und Ideen werden gesammelt und gemeinsam entwickeln die Mitglieder diverse Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung, um diese öffentlichkeitswirksam anzubieten.

B & Q Bildung und Qualifizierung in Europa gUG	Der Bildungsträger ist eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft, der aus einem gemeinnützigen Verein entstanden ist. Über das Ausrichten gesellschaftspolitischer Seminare und Veranstaltungen soll das Verständnis für politische Sachverhalte gefördert, das demokratische Bewusstsein gefestigt und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit gestärkt sowie der europäische Integrationsgedanken gefördert werden. Zur Erfüllung dieses Zwecks führt die Gesellschaft insbesondere Informations-, Bildungsveranstaltungen und Bildungsprojekte zu thematischen Schwerpunkten aus Wissenschaft, Politik, Bildung und aktuellen gesellschaftspolitischen Ereignissen durch. In diesen Tätigkeitsfeldern arbeitet sie mit öffentlichen Einrichtungen, Ministerien, Gewerkschaften und anderen Bildungsträgern zusammen.
„baruth.bleibt.bunt“ e.V.	„baruth.bleibt.bunt“ ist ein überparteiliches Bündnis aus Baruther Bürgern und Bürgerinnen, Vereinen und Institutionen. Die Mitglieder sind zwischen 16 und 73 Jahren alt und setzen sich für ein menschenfreundliches, demokratisches und tolerantes Baruth ein. Sie informieren und vernetzen und sind seit 2014 auch in der Flüchtlingshilfe aktiv.
Belziger Forum e.V. Infocafé „Der Winkel“	Der Verein Belziger Forum e.V. betreibt seit 1998 das Infocafé „Der Winkel“ in Bad Belzig. Das Café dient als eine interkulturelle Begegnungsstätte, die als Treffpunkt für Migranten bzw. Migrantinnen und Bad Belziger Bürger bzw. Bürgerinnen sowie als Veranstaltungsraum vielfältig genutzt wird. Im Café finden z.B. Kulturabende, Ausstellungen, Tanzpartys, Arbeitskreise und Vorträge statt. Weiterhin stehen Computer und WLAN zur Verfügung sowie eine Kleiderkammer für Spenden. Die Programmplanung, der Cafébetrieb und die Veranstaltungen werden von einem Team engagierter Personen weitgehend in ehrenamtlicher Arbeit getragen.
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.	Die gemeinnützige Bildungseinrichtung BBAG wurde 1991 mit dem Ziel gegründet, die transnationale und interkulturelle Begegnung und Bildung sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit zu fördern. Die BBAG fördert lebenslanges und kreatives Lernen und unterbreitet altersspezifische wie generationsübergreifende Angebote, vor allem im Bereich der politischen Bildung und auf dem Sprachensektor. Dabei bietet sie Unterstützung für Zugewanderte durch Integrationskurse, soziale Betreuung, berufliche Aus- und Weiterbildung und die Förderung ihrer Selbstorganisation. Die BBAG ist ein anerkannter Träger der Weiterbildung nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz und anerkannter Integrationskursträger des Bundes.
Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit	Im Bernauer Netzwerk für Weltoffenheit engagieren sich seit mehr als zehn Jahren Menschen über Glaubens-, Weltanschauungs- und Parteigrenzen hinweg zusammen für ein von gegenseitiger Achtung getragenes Zusammenleben aller Menschen. Sie wenden sich gegen alle Ideologien, die rassistisches Denken und Handeln, die Ungleichwertigkeit von Menschen sowie den Irrglauben an das Recht des Stärkeren vertreten, denn diese verbreiten Angst und vergiften das Klima in Land und Stadt. Deshalb treten die Vertreter und Vertreterinnen des Netzwerks mit gewaltfreien Mitteln neofaschistischen und rechtspopulistischen Kräften entgegen.
Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V.*	Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau ist ein Ort der unabhängigen politisch-kulturellen Weiterbildung im Zentrum von Bernau. Das Profil des Trägers umfasst Kurse für zugewanderte Mitbürger und Mitbürgerinnen, kreative Werkstätten wie den Fototreff und die Schreibwerkstätten, Arbeitsgemeinschaften oder Projekttag für Kinder und Jugendliche sowie Vorträge und Diskussionen zu politischen Themen. Der Verein finanziert sich über Projektförderungen u. a. der Landeszentrale für politische Bildung, des Landkreises Barnim und der Stadt Bernau.

Bildungsserver Berlin-Brandenburg	Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg ist ein gemeinsamer Bildungsserver zweier Bundesländer in Deutschland. Es handelt sich um ein Informations- und Serviceangebot des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport im Land Brandenburg. Der Server bietet eine Informations-, Kommunikations- und Kooperationsplattform für schulische und außerschulische Bildungseinrichtungen in Berlin und im Land Brandenburg. Schwerpunktmäßig richtet sich der Bildungsserver an Akteure und Akteurinnen im Bildungsbereich der Region, wie z.B. Lehrer und Lehrerinnen sowie Führungskräfte in Schule und Schulaufsicht.
Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V.	Das Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. ist seit 1997 in der politischen Bildungsarbeit in Berlin und Brandenburg tätig. Zum Team gehören sowohl ausgebildete Pädagogen und Pädagoginnen als auch Politik- und Sozialwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen. Das Bildungsteam verfügt über langjährige Erfahrungen in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung und ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und Mitglied im Dachverband der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. (LAG). 2002 gründete das Bildungsteam Berlin-Brandenburg den Arbeitskreis „BildungsBausteine gegen Antisemitismus“, der sich speziell mit dem Thema Antisemitismus befasst und darüber publiziert.
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung	Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung ist die zentrale Einrichtung für politische Bildung im Land Brandenburg. Sie ist dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg nachgeordnet. Aufgabe der Landeszentrale ist es, die Bürger und Bürgerinnen zu ermutigen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Die Landeszentrale stellt dazu auf ihrer Webseite Informationen bereit, analysiert aktuelle politische sowie historische Entwicklungen, organisiert Veranstaltungen und stellt Bücher zur Verfügung. Neben aktuellen politischen Themen beschäftigt sich die Landeszentrale mit vier Arbeitsschwerpunkten, zu denen sie informiert, Veranstaltungen anbietet und zum Gedankenaustausch einlädt: „Brandenburg“, „Demokratie und Beteiligung“, „Demokratie und Extremismus“ sowie „Demokratie und Diktatur“.
Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund Brandenburg e.V.	Im Mittelpunkt des Projektes „BeratenBewegen – DRAN BLEIBEN“ der Brandenburgischen Sportjugend stehen der Auf- und Ausbau von Handlungskompetenzen zur Stärkung demokratischer Praxis im Sport sowie die Förderung von Beteiligungsstrukturen. Hierzu gehören die individuelle und vertrauliche Beratung bei Problemsituationen und Vorfällen mit rechtsextremistischem Hintergrund sowie die gemeinsame Entwicklung lösungsorientierter Strategien mit den Vereinen bzw. Verbänden; die Unterstützung bei der demokratischen Gestaltung der Vereins- und Verbandsarbeit, die Werteerziehung im Sport sowie die sportorientierte Jugendarbeit und Jugendbildung; die Informationsbereitstellung zu Handlungsmöglichkeiten für Vereine und Verbände bei antidemokratischem Verhalten und zur Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie die Durchführung themenbezogener Veranstaltungen und Seminare.
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i>	Das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i> unterstützt Demokratie geleitetes Bürgerengagement in allen gesellschaftlichen Bereichen Brandenburgs. Es nimmt eine politische Aufgabe wahr, gestaltet seine Arbeit aber strikt überparteilich. Seine Tätigkeit ist auf Interessenausgleich zwischen unterschiedlichen demokratischen Kräften angelegt. „ <i>demos</i> “ wird wissenschaftlich beraten von der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Sechs Mobile Beratungsteams wirken in den Brandenburger Kommunen durch Beratung, Moderation und Information bei der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft mit. Sie unterstützen bei der Abwehr und Verhinderung von rechtsextremen und rassistischen Entwicklungen sowie Übergriffen.

Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus Schwedt	Das im Jahr 2003 gegründete Bündnis setzt sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rassismus und für Zivilcourage in Schwedt ein. Die Ziele des Bündnisses sind die Förderung von Zivilcourage, die Bekämpfung von Gewalt und intolerantem Verhalten sowie die Stärkung von demokratischem Denken und Handeln. Seit 2010 initiiert das Bündnis die Verlegung von Stolpersteinen in Schwedt.
Bündnis gegen Rechts Falkensee	Das Bündnis möchte durch Koordination, Vernetzung und vielfältige Aktionen einen Prozess gegen Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Gang setzen und ein solidarisches, gewaltfreies und respektvolles Zusammenleben in Falkensee erreichen. Durch Infostände, öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltungen und Beteiligungen an überregionalen Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche leistet es einen Beitrag zur Förderung demokratischer Kultur in Ost-Havelland.
Bündnis gegen Rechts Königs Wusterhausen	Das Bündnis wurde nach einem Naziaufmarsch in Königs Wusterhausen im Oktober 2007 gegründet. Es organisiert Informationsstände und Veranstaltungen und ist direkt gegen rechte Aufmärsche – sowohl vor Ort als auch außerhalb – aktiv. Ziel des Bündnisses ist es, kontinuierlich gegen faschistische und rassistische Ideologien sowie Aktivitäten zu arbeiten. Da eine solidarische Gesellschaft die beste Abwehr gegen eine faschistische Ideologie darstellt, soll ein solides Verständnis von aktuellen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen erarbeitet werden. Das humanistische Bürgerbündnis ist parteienübergreifend orientiert; dies schließt ein parteipolitisches und zivilgesellschaftliches Engagement auf den verschiedenen Ebenen jedoch nicht aus.
Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“	Das Potsdamer Bündnis besteht seit 2004 und setzt sich aus Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen der demokratischen Parteien der Stadtverordnetenversammlung, verwaltungsrelevanter Bereiche, zivilgesellschaftlicher Organisationen, des Migrantenbeirates, Gewerkschaften, Kirchen und der Potsdamer Polizeiinspektion zusammen. Vornehmliche Ziele der Arbeit sind, Impulse und Empfehlungen für die Umsetzung der Aktivitäten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes zu geben, Schwerpunkte zu setzen, Ergebnisse zu evaluieren, Nachhaltigkeit zu sichern und notwendige Veränderungen einzuleiten sowie unmittelbar auf aktuelle Ereignisse zu reagieren. Die Bündnismitglieder wirken als Multiplikatoren in die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft hinein und fördern somit eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rassistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologien und Aktivitäten.
Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“	Die Bürgerinitiative wurde im Januar 2009 gegründet und versteht sich als überparteilich und demokratisch. In ihr engagieren sich Jugendliche, Erwachsene und Senioren; Politiker, Nichtpolitiker und Christen, Organisierte und Nichtorganisierte. Über die Bürgerinitiative werden z.B. Veranstaltungen organisiert, auf denen darüber informiert wird, wie Parteien, Netzwerke und Strukturen der Rechtsextremen wirken und welche Handlungsmöglichkeiten Demokraten dagegen haben.
Bürgerstiftung Barnim Uckermark	Die Bürgerstiftung engagiert sich für das Gemeinwohl in Barnim und der Uckermark, v.a. in den Handlungsfeldern „Bildung“, „Bürgerschaftliches Engagement“ und „Demokratie“. Diesbezüglich werden eigene Projekte und Veranstaltungen initiiert, z.B. die Initiative „Lesezauber“ zur Leseförderung von Kindern oder auch die Unterstützung von Flüchtlingen in Notsituationen. Darüber hinaus engagiert sich die Bürgerstiftung in vielfältigen Netzwerken und Bündnissen. Außerdem werden ausgewählte Projekte von Vereinen und Bildungseinrichtungen gefördert.

Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. „Boxenstopp“	„Boxenstopp“ ist eine Initiative des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. und bietet ein spezielles Anti-Aggressivitätstraining an. Im Jahr 2000 als Bundesmodellprojekt gestartet, ist „Boxenstopp“ inzwischen zu einem Markenzeichen für Anti-Gewalttraining geworden. Dabei werden Gewalttäter und Gewalttäterinnen mit den Folgen ihrer Tat konfrontiert. Sie lernen, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und Konflikte ohne Gewalt zu lösen. „Boxenstopp“ bietet im ganzen Land Brandenburg Kurse für Jugendhilfe, Justiz und Schule an. Die Initiative wird aus Mitteln des Landesjugendplans und des Landespräventionsrates Brandenburg finanziert.
Cottbuser Aufbruch e.V.	Das Aktionsbündnis „Cottbuser Aufbruch“ versteht sich als Plattform, die ihre Mitglieder anregt, in ihrem Bereich aktiv zu werden, sich auszutauschen und gegenseitig anzuregen. Dafür finden regelmäßige Treffen im Abstand von 6-8 Wochen statt. Das Bündnis arbeitet parteiübergreifend und setzt sich u.a. aus Mitgliedern der IHK, Kirchen, Seniorenverbänden, aus Eltern- und Schülervertretern, Journalisten sowie Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zusammen. Es ist Mitglied im Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und kooperiert mit der Justiz, der Polizei, der Opferperspektive e.V. und den Mobilen Beratungsteams. Die ideelle und finanzielle Unterstützung wird durch den Förderverein Cottbuser Aufbruch e.V. gewährleistet. Alle zwei Jahre wird der Cottbuser Toleranzpreis ausgelobt. Prämiert werden dabei Projekte und Ideen, die sich gegen Diskriminierung aller Art wenden, für mehr Engagement und gegen menschenverachtende Ideologien werben und ein respektvolles Miteinander unterstützen.
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.	Kern des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ der Diakonie ist es, Fortbildungen zum Thema „Demokratie und Rechtsextremismus“ inhaltlich zu konzipieren und durchzuführen. Diese richten sich an alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Diakonie und Kirche im Land Brandenburg. In den Seminaren werden die Teilnehmenden in ihrem Umgang mit Rechtsextremismus unterstützt und gestärkt, sich präventiv in ihrem Gemeinwesen zu engagieren. In Basismodulen werden Grundlagen zu den Themen Demokratie(-feindlichkeit) und Rechtsextremismus sowie zur Rolle von Kirche und Diakonie als zivilgesellschaftliche Akteure im Gemeinwesen thematisiert. In Zusatzmodulen werden arbeitsfeldspezifische Kenntnisse vermittelt und Konfliktgespräche oder das Argumentieren gegen Rechts trainiert. Interessierte haben die Möglichkeit, ein Curriculum zu durchlaufen und das Zertifikat des „Demokratieberaters“ bzw. der „Demokratieberaterin“ zu erwerben. Die Teilnahme an allen Seminaren ist für die Teilnehmenden kostenfrei. Die Seminare sind als Weiterbildungsveranstaltungen nach dem Bildungsurlaubsgesetz anerkannt. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.
F. C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz	Die Stiftung wurde von Friedrich Christian Flick im Gedenken an die Opfer und Überlebenden des nationalsozialistischen Terrorregimes gegründet, denen durch Menschenrechtsverletzungen schweres Unrecht zugefügt wurde. Der Stifter bekennt sich zu der daraus erwachsenden historischen und gesellschaftspolitischen Verantwortung und zur Förderung der Versöhnung. Die Stiftung soll dazu beitragen, dass solche Untaten nicht wiederholt werden, die Basis für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen geschaffen und die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus unterstützt wird. Aufgabe ist die Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens, um so dem Rechtsextremismus und der Gewalt von Jugendlichen entgegenzuwirken.

Flüchtlingsrat Brandenburg	Der Flüchtlingsrat ist in ganz Brandenburg tätig. In ihm organisieren sich seit 1994 Menschen mit und ohne Fluchthintergrund sowie Vertreter und Vertreterinnen von Beratungsstellen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Selbsthilfegruppen und politischen Initiativen. Der Flüchtlingsrat begreift sich als Teil der Lobby für Flüchtlinge sowie Illegalisierte in Brandenburg und setzt sich vehement für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ein. Zu diesem Zweck reicht das Aufgabenspektrum des Flüchtlingsrats von der Sicherstellung eines landesweiten Informationsaustausches und der Vernetzung der flüchtlingspolitischen Akteure und Akteurinnen, über die Bereitstellung eines Informationsdienstes und die Durchführung von Fortbildungen bis hin zu Presse-, Öffentlichkeits- und politischer Lobbyarbeit und zwar in enger Kooperation mit den Flüchtlingsinitiativen und -organisationen in Brandenburg.
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreewald	Das Forum möchte die Menschen in Lübbenau resistent gegenüber Rassismus und nationaler Überheblichkeit machen, indem es Erscheinungen von Alltagsrassismus bewusst werden lässt. Dazu werden regelmäßig Informationsabende, Ausstellungen, Weiterbildungen, Lesungen und Aktionen organisiert – für alle Generationen. Auch Lehrer und Lehrerinnen mit Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Bildungseinrichtungen können die Angebote in Anspruch nehmen.
Förderverein für interkulturelle Bildung und Begegnung (FiBB) e.V. „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg“	Das „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg“ versteht sich seit seiner Gründung 1997 als ziviles Netzwerk. Ziel der Forumsarbeit ist, das politische und kulturelle Klima in Oranienburg zu verbessern und Oranienburger Bürger und Bürgerinnen zur demokratischen Mitverantwortung zu mobilisieren. Zu diesem Zweck organisiert das Forum jährlich zum internationalen Anti-Rassismus-Tag Konzerte gegen Rechts und Demonstrationen, führt Projekttag an Schulen durch und vertritt seine Anliegen durch seine Öffentlichkeitsarbeit. Unterstützt wird es durch den Förderverein für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V., dessen vorrangige Aufgabe die Unterstützung jener Akteure und Akteurinnen im Landkreis Oberhavel ist, die sich für die Herausbildung demokratischer Werte einsetzen, das Problem des Rechtsextremismus benennen und ihm durch eine aktive Öffentlichkeits-, Bildungs- und Begegnungsarbeit entgegentreten.
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.	Das Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. bietet Menschen aus der Region in ihren Angeboten der politischen Bildung Räume zum Diskutieren und Visionieren. Das Büro unterstützt die politische Meinungsbildung und Kompetenz. Es sollen Mittel und Wege zur Lösung gesellschaftlicher Probleme gesucht und aufgezeigt werden. Mit der Ermunterung zum Engagement ist die Stiftung bestrebt, einen Beitrag zur Herausbildung und Stabilisierung der demokratischen Zivilgesellschaft zu leisten. Die Schwerpunkte der Arbeit liegen u.a. in den Themenbereichen „Ausländerfeindlichkeit, Extremismus, Gewalt“, „Jugendprobleme und Jugendpolitik“ sowie „Geschichte und Vergangenheitsklärung“.
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist eine politisch-liberale Stiftung mit Sitz in Potsdam. Aufgabe der Stiftung ist es, allen Interessierten Wissen im Sinne einer liberalen und sozialen Werteordnung zu vermitteln. Die demokratische Bildungsarbeit zielt dabei auf Information und Politikberatung im In- und Ausland ab. Die Stiftung sieht sich Werten wie Chancengleichheit, Subsidiarität und gegenseitiger Toleranz verpflichtet.
F.E.T.E. Eberswalde	Das Netzwerk ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss zur Bekämpfung von lokalen rechtsextremen, rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Erscheinungen. Es wurde 1998 von Studierenden der Fachhochschule Eberswalde gegründet und dient seitdem der Einflussnahme auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozess, dem Informationsaustausch und der Förderung von Kooperationen. Das Netzwerk wird zurzeit durch folgende Organisationen vertreten: der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, dem Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim, dem Jugend- und Kulturverein Exil e.V. und der Barnimer Kampagne „Light me Amadeu“.

H.A.L.T. Hennigsdorfer Aktionsbündnis lebendiger Teilhabe	Das Aktionsbündnis wurde mit dem übergreifenden Ziel gegründet, gegenseitige Information, Unterstützung und auch gemeinsame Aktionen zu fördern. Hierfür bietet H.A.L.T. eine gemeinsame Plattform, um durch Vernetzung und Kommunikation die umfangreichen Initiativen aller Mitglieder zu unterstützen und zu verstärken. Diese Initiativen reichen von der Prävention bis zu Gegenmaßnahmen, um der Gewalt, dem Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und der Ausgrenzung entgegenzutreten. H.A.L.T. versteht sich als Initiative vielfältiger engagierter Akteure und Akteurinnen, die sich für lebendige Teilhabe, Integration und friedliches Zusammenleben von allen Menschen engagieren.
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die parteinahe Stiftung von Bündnis 90/Die Grünen. Sie begreift sich als lernende Organisation und verbindet gesellschaftliche Debatten mit inhaltlicher und methodischer Weiterbildung. Die Stärkung der Demokratie, die unveräußerlichen Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit sind Kernaspekte und gleichzeitig die Grundlagen der politischen Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Die Unterstützung der demokratischen Meinungsbildung, von Formen der Beteiligung und Teilhabe auf lokaler und regionaler Ebene stehen dabei ebenso im Fokus wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik und Gesellschaft, der Respekt gegenüber Minderheiten, die Wertschätzung ihrer Kulturen und die demokratischen Rechte von Migranten und Migrantinnen.
Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.	Der Humanistische Regionalverband Ostbrandenburg e.V. (HRO) ist eine überparteiliche, demokratische Organisation, die die Interessen nicht-konfessionell gebundener Menschen vertritt. Der Hauptschwerpunkt der Arbeit liegt in den Bereichen der Jugend- und Sozialarbeit, Jugendhilfe und der JugendFEIERn. Daneben werden diverse Aktionen durchgeführt, welche demokratische und humanistische Werte zum Ausdruck bringen (z.B. Demokratiecamps, Gedenkstättenfahrten nach Sachsenhausen, Dachau, Auschwitz, Theresienstadt). Der HRO e.V. engagiert sich stark für gesellschaftlich auftretende Themen. Die Jugendlichen (Junge Humanisten) werden auf ihrem Weg zu eigenständig denkenden Persönlichkeiten begleitet. Dazu gehört, dass die Jungen Humanisten einen selbsttagierenden Sprecherrat auf demokratischer Ebene wählen und damit die über das Jahr verteilten Veranstaltungen selbst organisieren und durchführen.
Initiativgruppe gegen Gewalt und Rechtsextremismus Velten	Einmal im Jahr organisiert die „Initiativgruppe gegen Gewalt und Rassismus Velten“ die „Mixed-Pickels Woche“, in der es vor allem darum geht, durch das gemeinsame Ferienerlebnis Begegnung zwischen Einheimischen und Migranten und Migrantinnen zu ermöglichen. Kinder und Erwachsene aller Kulturen werden gleichermaßen angesprochen. In über 70 Veranstaltungen wird in inhaltlichen Workshops, aber auch bei Sport, Spiel und Zirkus gegen Rassismus sensibilisiert und gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Erfahrungshorizonte eröffnet. Außerdem organisiert die Gruppe sporadisch Kundgebungen und verschiedene Aktionen, um auf das Problem Rechtsextremismus und Intoleranz hinzuweisen. Träger der Gruppe ist die Evangelische Kirchengemeinde Velten, Mitwirkende kommen aus verschiedenen Gruppen der Stadt und sind zwischen 14 und 75 Jahre alt.
Jüdische Gemeinde Brandenburg a.d.H.	Die Jüdische Gemeinde in Brandenburg an der Havel ist eine öffentliche religiöse Organisation. Ihr Ziel ist u.a. die Entwicklung der jüdischen Kultur. Daher stellt sie die für das religiöse Gemeindeleben erforderlichen Einrichtungen bereit und unterhält sie. Darüber hinaus leistet die Jüdische Gemeinde gesellschaftliche Arbeit und Erziehungsarbeit und unterstützt alle Maßnahmen der Stadt, des Landes und des Bundes gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In Eigeninitiative führt sie verschiedene Veranstaltungen z.B. mit Jugendlichen und Kindern in Schulen durch.

Jugendbildungszentrum Blossin e.V.	Blossin steht für Bildungs- und Freizeitangebote zu Land und zu Wasser. Die Einrichtung ist Austragungsort für regionale und internationale Bildungsveranstaltungen, Schul- und Klassenprojekte, Ferienfreizeiten sowie Tagungen und ist Bildungsstätte der Brandenburgischen Sportjugend. Das Jugendbildungszentrum Blossin ist ein Lernort, an dem Jugendliche die Gelegenheit haben, Kenntnisse und Fertigkeiten abseits vom Schul-, Berufs- und Lebensalltag zu erwerben und weiterzuentwickeln. Auf diese Weise lernen sie persönliche, gesellschaftliche und berufliche Anforderungen besser zu bewältigen. Zu einem der wichtigsten pädagogischen Ansätze in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Blossin gehört die Erlebnispädagogik.
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.	Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V. ist eine Bildungsstätte der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Das Angebot der außerschulischen politischen Bildung richtet sich an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, vor allem aus Berlin und Brandenburg sowie aus ganz Europa und Nahost. Es werden Fortbildungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Jugend(bildungs)arbeit und für Jugendverbandsaktive durchgeführt. Als Ort der Begegnung werden zudem Einblicke in andere Lebenswelten ermöglicht sowie das Erleben von Vielfalt und das Entdecken von Gemeinsamkeiten gefördert. Mit den Angeboten sollen Menschen erreicht werden, die aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse von Bildung und so auch von der außerschulischen Bildung ausgegrenzt sind. Daneben werden engagierte Jugendliche wie z.B. Aktive in Jugendverbänden, Schülervertreter und Schülervertreterinnen und Klübräte in ihrer Arbeit und in ihrem Engagement unterstützt.
„KommunalWiki gegen Extremismus“	Auf Anregung des Verfassungsschutzes beteiligt sich das Land Brandenburg gemeinsam mit Sachsen an dem nordrhein-westfälischen Verwaltungsportal „KommunalWiki gegen Extremismus“, das den Kommunen als Informations- und Erfahrungsbörse beim Einsatz gegen extremistische Aktivitäten hilft. Neben Überblicken zur Lage des Extremismus in den einzelnen Ländern finden sich hier u.a. eine Sammlung konkreter Aktionen gegen den Extremismus, rechtliche Erläuterungen und praktische Hinweise zur wirksamen Auseinandersetzung mit Extremisten vor Ort, aber auch eine Liste mit Kooperationspartnern sowie Übersichten relevanter Literatur und nutzbarer Arbeitsmaterialien. Auf „KommunalWiki gegen Extremismus“ kann jeweils über die Verwaltungsnetze der einzelnen Länder zugegriffen werden.
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politisches Bildungsforum Brandenburg	Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist die parteinahe Stiftung der Christlich Demokratischen Union. Sie unterhält u.a. 16 regionale Bildungswerke, zu dem auch das Politische Bildungsforum Brandenburg gehört. Dieses bietet ein breitgefächertes Bildungsangebot für alle interessierten Bürger und Bürgerinnen des Bundeslandes. In Zusammenarbeit mit Partnern der Region wie Schulen, Vereinen und Verbänden sowie anderen Institutionen – auch aus dem benachbarten Polen – veranstaltet die Stiftung Seminare, Tagungen, Foren und Lesungen, die sich immer an den aktuellen politischen Bildungsbedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen orientieren. Zu den Partnern der Stiftung gehören u.a. das Brandenburgische Literaturbüro, die BSTU Frankfurt/Oder und die deutsch-polnische Gesellschaft Brandenburg.
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“	Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist das Leitbild der Landesregierung für eine starke und lebendige Demokratie, für Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ist zuständig für die Abstimmung der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus sowohl innerhalb der Landesregierung als auch innerhalb des landesweiten Beratungsnetzwerkes.
Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V. AG „Brot und Salz“	„Brot und Salz“ hat es sich seit 2001 zur Aufgabe gemacht, als Arbeitsgruppe des Kulturkreises durch kulturelle und künstlerische Angebote dazu beizutragen, dass sich ein öffentlicher Dialog generationenübergreifend zu wichtigen Themen entwickeln kann, um ein friedliches, respektvolles und tolerantes Zusammenleben in der Kommune zu fördern und Menschenfeindlichkeit verhindern zu helfen. Der Name steht symbolisch für den Respekt gegenüber dem Fremden, für Gastfreundschaft, Weltoffenheit und Solidarität.

LAG – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V.	Die Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. (LAG) ist ein Dachverband von derzeit 36 freien Trägern der politischen und kulturellen Bildung im Land Brandenburg. Unter den Mitgliedern befinden sich überregional tätige Jugendbildungszentren, Heimbildungsstätten, Tagungshäuser mit eigenen thematischen Schwerpunkten, Träger mit speziellen Angeboten für Mädchen und Frauen oder Jungen und Männer, lokal verankerte Bildungsträger sowie Netzwerke mit Außenstellen im gesamten Land Brandenburg. Die LAG fungiert ebenfalls als Träger einzelner Projekte in der politischen Bildung (z. B. Demokratie in der Kommune).
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	Gemeinsam mit der Landesjugendfeuerwehr ist der Verband Kooperationspartner im Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Er kooperiert mit den „Mobilen Beratungsteams“ und ist mit seinem Verbandsprojekt „Ohne Blaulicht“ Teilnehmer am Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Dieses berät vor Ort die Kameradinnen und Kameraden neben dem Konfliktmanagement auch zur kritischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.
Landesjugendring Brandenburg e.V.	Der Landesjugendring unterstützt die Belange junger Menschen in der Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Jugendverbände gegenüber Politik, Behörden und Wirtschaft. Um auch ehrenamtlich engagierte Jugendliche in den Verbänden und Vereinen des Landes Brandenburgs für das Erkennen rechtsextremer Einstellungen und Tendenzen zu sensibilisieren und ihnen Auseinandersetzungs- und Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, erarbeitete der Landesjugendring gemeinsam mit der RAA Brandenburg ein methodisches Schulungsmodul für die Ausbildung von Jugendgruppenleitern und -leiterinnen. Die Beratungsstelle ZeitWerk für lokale Jugendgeschichtsprojekte begleitet außerdem außerschulische Jugendgruppen bei der Erforschung regionaler Geschichte, um dadurch neue Perspektiven und Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. verfolgt das Ziel, die Gesellschaft gegen fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt zu mobilisieren.
Landespräventionsrat „Sicherheitsoffensive Brandenburg“	Der Landespräventionsrat „Sicherheitsoffensive Brandenburg“ vereint Experten und Expertinnen der wichtigsten Verantwortungsträger der brandenburgischen Präventionslandschaft, die sich für die Stärkung gesellschaftlicher und demokratischer Strukturen einsetzen. Der Landespräventionsrat konzentriert sich seit 2011 unter Vorsitz des Innenministers auf die drei Bereiche „Kinder-, Jugend- und Gewaltdelinquenz/Kinder- und Jugendschutz“, „Politischer Extremismus“ und „Opferschutz/Opferhilfe“. Oberste Priorität des Landespräventionsrats hat die Vorbeugung von Kinder- und Jugenddelinquenz.
Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Das Forum entsteht Ende der 90er Jahre dadurch, dass sich Menschen regelmäßig treffen, sich über die rechtsextreme Szene austauschen und Strategien gegen Rechtsextremismus entwickeln. Seitdem initiiert und unterstützt es Aktionen, die das Problem des Rechtsradikalismus in Lübben angehen, beispielsweise Festivals, Kundgebungen und die Verlegung von Stolpersteinen.
MANNE e.V. Potsdam	MANNE e.V. Potsdam ist Träger der Fachstelle Jungenarbeit für das Land Brandenburg. Der Verein bietet Qualifizierungen, Fortbildungen und Fachberatungen für Mitarbeiter und Einrichtungen aus allen sozialen und pädagogischen Bereichen an und entwickelt außerdem Angebote für Männer und Väter zur Förderung einer lebensbejahenden Einstellung und eines partnerschaftlichen Verhaltens. In seinem Projekt "Gratwanderung" arbeitet der Verein mit männlichen Jugendlichen, um diese zu unterstützen, sich von rechtsextremen Gruppen und Einstellungen zu lösen.

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V.	Das Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V. ist ein interdisziplinär arbeitendes wissenschaftliches Forschungszentrum. Als An-Institut der Universität Potsdam ist es maßgeblich am Studiengang "Jüdische Studien/Jewish Studies" beteiligt. Das Forschungsinteresse gilt den Schwerpunkten Geschichte, Religion und Kultur der Juden und des Judentums in den Ländern Europas von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, der Geschichte und Gegenwart des Staates Israel, der Soziologie des Judentums, der Erforschung von Antisemitismus und Rechtsradikalismus und pädagogisch-didaktischen Aufgaben. Zudem wurde der Schwerpunkt „Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung“ eingerichtet, der Studien zum aktuellen Rechtsextremismus in Brandenburg, aber auch in anderen Gebieten der Bundesrepublik durchführt.
Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.	2009 wurde der Verein „Neues Potsdamer Toleranzedikt – Gemeinsam für eine weltoffene Stadt“ gegründet. Das Edikt beschreibt das neue demokratische Selbstverständnis der Potsdamer Bürgerschaft. Es ist ein Bekenntnis zu Weltoffenheit und Toleranz. In Anlehnung an das historische „Edikt von Potsdam“ (1685) ist es jedoch kein „Erlass von oben“ sondern das Ergebnis eines offenen Diskussions- und Beteiligungsprozesses. Es wurde von und durch die Potsdamer Bürgerschaft formuliert. Den Schwerpunkt der Vereinsarbeit bildet die Teilhabe an den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Potsdam. Der Verein ist Mitglied im Bündnis „Potsdam! bekennst Farbe“.
Nordbahngemeinden mit Courage e.V.	Das überparteiliche Netzwerk „Nordbahngemeinden mit Courage“ besteht aus Vereinen, Schulen, Jugendzentren, Kirchen, Gewerkschaften und über 1.500 Privatpersonen, die für eine offene, tolerante und aktive Gesellschaft eintreten. Mit Veranstaltungen, Workshops, Projekten und dem DEMOKRATIE Mobil wird über moderne Formen des Rechtsextremismus aufgeklärt sowie für ein Mitwirken in der lokalen Demokratie geworben. Schirmherren des Netzwerkes sind die Bürgermeister der vier Kommunen aus dem Landkreis Oberhavel: Hohen Neuendorf, Birkenwerder, Mühlenbecker Land und Glienicke/Nordbahn. Die „Nordbahngemeinden mit Courage“ gründeten sich 2006 und sind Mitglieder im Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.
Opferhilfe Land Brandenburg e.V.	In sechs Opferberatungsstellen in Potsdam, Brandenburg (Havel), Cottbus, Senftenberg, Frankfurt (Oder) und Neuruppin bietet das multiprofessionelle Team der Opferhilfe Land Brandenburg e.V. psycho-soziale und psychologische Beratung für Opfer und Zeugen von Straftaten sowie für deren Angehörige und Vertrauenspersonen an. Neben psychotraumatologischer Beratung und therapeutischen Gesprächen können sich Betroffene über finanzielle Hilfen und ihre Rechte im Strafverfahren informieren und bei Bedarf die psychosoziale Prozessbegleitung in Anspruch nehmen. Zusätzlich beinhaltet das Angebot Beratung für Opfer häuslicher Gewalt und Stalking sowie eine Traumaambulanz in Potsdam. Die Beratung erfolgt in allen Sprachen (mit Dolmetscher bzw. Dolmetscherin), kostenlos, streng vertraulich, auf Wunsch anonym und unabhängig davon, ob Anzeige erstattet wurde.
Opferperspektive e.V.	Die Opferperspektive e.V. bietet seit 1998 im Land Brandenburg eine professionelle Beratung für Betroffene rechter Gewalt, deren Freunde und Freundinnen, Angehörige sowie für Zeugen und Zeuginnen an. Die Beratung ist kostenlos, vertraulich, parteilich und unabhängig von staatlichen Behörden. Der Verein unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen rechter Gewalt, vermittelt Netzwerkkontakte und regt auf lokaler Ebene Prozesse an, die eine Solidarisierung mit den Opfern zum Ziel haben. Die Opferperspektive e.V. fördert mit ihrer Arbeit die Wahrnehmung der Perspektive der Opfer in der Öffentlichkeit. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen recherchieren und dokumentieren den Umfang rechter Gewalt und Rassismus in Brandenburg.

Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gemeinnützige GmbH „IN-SCHWUNG – die Beteiligungsagentur“	„INSCHWUNG – die Beteiligungsagentur“ ist ein Projekt des Paritätischen Sozial- und Beratungszentrums. Es setzt an der zentralen Erkenntnis an, dass vor allem haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen und ihre Adressaten bzw. Adressatinnen demokratiegefährdenden und diskriminierenden Verhaltensweisen ausgesetzt sind. Gesellschaftlich weit verbreitete Mechanismen der Herabsetzung und Verächtlichmachung von Menschen mit sozialen, körperlichen und geistigen Handicaps sind die Grundlage extremistischer Denk- und Verhaltensweisen. Deshalb hilft das Projekt den Mitgliedsorganisationen des Verbandes dabei, ihre Adressaten und Adressatinnen bei der Mitgestaltung ihrer Lebenswirklichkeit zu unterstützen. Dies geschieht beispielsweise durch Coaching, Beratung und Qualifizierung.
„Partnerschaften für Demokratie“	Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Initiativen, Vereine und engagierte Bürger und Bürgerinnen, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen. Im Mittelpunkt stehen hierbei besonders Projekte, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren. Durch das Bundesprogramm werden u.a. Städte, Gemeinden und Landkreise darin unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen. In diesen „Partnerschaften“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. Für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurden in Brandenburg 15 Kommunen ausgewählt. Die geförderten Kommunen werden durch kostenfreie Beratungs- und Unterstützungsangebote begleitet. Diese werden durch die Regiestelle im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben entwickelt, koordiniert und zur Verfügung gestellt. Das Programm läuft bis 2019 und fördert die Partnerschaften mit jeweils bis zu 55.000 € jährlich.
Plattform gegen Rechts (PgR) – Bürgerbündnis in Fürstenwalde	Die „Plattform gegen Rechts“ versteht sich als breit angelegtes und überparteiliches Bürgerbündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Einzelpersonen, die sich Toleranz, Humanismus und Menschenrechten verpflichtet fühlen. Ihr Ziel ist es, aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu wirken. In gemeinsamen Zusammenkünften werden Strategien und Aktionen beraten, um wirksam handeln zu können. Entsprechend werden Informationsstände, Plakat- und Flugblattaktionen, Diskussionsrunden, Demonstrationen und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen durchgeführt.
Polizei Brandenburg	Die Zurückdrängung und Bekämpfung von politisch motivierter Kriminalität und extremistischen Straftaten erfordern ein enges Zusammenwirken von Kommunen, Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit, Vereinen, Polizei und weiteren Verantwortlichen. Die Polizei Brandenburg geht seit jeher konsequent gegen rechte Straftäter vor und nutzt sämtliche Möglichkeiten, um die Bekämpfung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit zu intensivieren. Im präventiven Bereich kooperiert die Polizei insbesondere mit Schulen. Die schulische und außerschulische Bildung stellt einen wichtigen Ansatzpunkt dar, Werte auf der Basis des Grundgesetzes zu vermitteln, um so Demokratie und Weltoffenheit zu stärken. Bei Problemstellungen mit extremistischem Bezug weist die Polizei u.a. auf Informationsangebote des Verfassungsschutzes hin und vermittelt bei Bedarf an weitere Experten und Expertinnen (z.B. Polizeilicher Staatsschutz). Im Zusammenhang mit Politisch motivierter Kriminalität/Extremismus wirkt die Polizei bei Präventionsmaßnahmen auch mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zusammen.

RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V. „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“	Die „Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“ (RAA) Brandenburg sind eine landesweit agierende, unabhängige Unterstützungsagentur für Bildung und gesellschaftliche Integration. Die Agentur entwickelt Bildungsangebote für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen zur demokratischen Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Ziele sind die Sensibilisierung und die Öffnung der Gesellschaft für kulturelle, religiöse und ethnische herkunftsbezogene Heterogenität. Im Sinne dieser Ziele gehören die Förderung der Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform sowie des bürgerschaftlichen Engagements ebenso zum Aufgabenspektrum der RAA Brandenburg wie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderer menschenverachtender Ideologien.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.	Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. ist im Land Brandenburg als Träger von Veranstaltungen der politischen Bildung tätig. Als Stiftung der politischen Bildungsarbeit ist sie vom Landesverband und der Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE als parteinahe Stiftung anerkannt und wirkt u.a. in der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V. (LAG) aktiv mit. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. versteht sich als Förderer politischer, wissenschaftlicher und kultureller Bildungsarbeit. Sie möchte in ihrer Tätigkeit durch die Pflege humanistischer und demokratischer Traditionen, durch die kritische Prüfung und Neubewertung sozialistischer Ideen politische Bildungsinhalte prägen und vermitteln. Die Stiftung unterhält Regionalbüros in Potsdam, Senftenberg, Brandenburg (Havel), Frankfurt (Oder) und Cottbus.
Runder Tisch für Demokratie und Toleranz Forst/Lausitz	Im Jahr 2008 gründete sich der Runde Tisch gegen Extremismus in Forst. Im Laufe der Arbeit stellten die Beteiligten jedoch fest, dass es bei Weitem nicht genügt „gegen“ etwas zu sein und (fast) ausschließlich zu reagieren. Die Initiative benannte sich um in „... für Demokratie und Toleranz“ und führt seitdem Maßnahmen durch, die sich in erster Linie auf die Stärkung demokratischer Prozesse und Beteiligung richten. Aktuell sind die Akteure und Akteurinnen des Runden Tisches weitestgehend im FlüNet (Forster Flüchtlingsnetzwerk) aktiv. Außerdem wird die Schule-ohne-Rassismus-Gruppe des Forster Gymnasiums nach Bedarf bei Aktivitäten unterstützt.
Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz	Das Schöneicher Bündnis hat sich Ende der 90er Jahre als Zusammenschluss Schöneicher Bürger und Bürgerinnen, Vertreter und Vertreterinnen von Vereinen, Kirchengemeinden, Initiativen, Parteien und Geschäftsleuten gegründet, um rechten Tendenzen in Schöneiche gemeinsam entgegen zu treten. Seit dem Sommer 2015 liegt der Schwerpunkt der Arbeit darin, eine aktive Willkommenskultur für Flüchtlinge zu gestalten. Um die Aufnahme von Flüchtlingen in der Gemeinde zu unterstützen und eine Atmosphäre der Akzeptanz unter der Bevölkerung zu fördern, vernetzt das Bündnis Hilfsangebote, um im Bedarfsfall schnell reagieren und koordinieren zu können. Als Anlaufstelle dient das Café International in der Kulturgießerei.
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg	Die „Sozialistische Jugend – Die Falken Brandenburg“ ist eine politische Kinder- und Jugendorganisation, die im Zuge der Gründungen von Jugendverbänden in der Arbeiterbewegung im frühen 20. Jahrhundert entstanden ist. Sie versteht sich als parteiunabhängiger, linker Jugendverband. Ziel ist es, bei den Jugendlichen Interesse für politische, gesellschaftliche und soziale Missstände zu entwickeln. Kinder und Jugendliche sollen sich durch Aufklärung und Engagement in der Gruppe zu selbstbewussten und kritischen Persönlichkeiten entwickeln. Besonders Kinder sollen ihre eigenen Interessen erkennen und formulieren können sowie sich bewusst werden, welche Rechte sie innerhalb der Gesellschaft haben.

Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.	Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V. ist ein freiwilliger Zusammenschluss der brandenburgischen Städte, Gemeinden und Ämter. Die Aufgabe des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg ist es unter anderem, den Selbstverwaltungsgedanken zu fördern und stets für die Verwirklichung und Wahrung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung einzutreten. Der Städte- und Gemeindebund vertritt gemäß Art. 97 Abs. 4 der Landesverfassung Brandenburg als kommunaler Spitzenverband die Interessen der Städte, Gemeinden und Ämter gegenüber dem Landesgesetzgeber und der Landesregierung. Seine politischen Entscheidungen sind das Ergebnis umfangreicher Diskussions- und Arbeitsprozesse. Diese finden im Präsidium, im Landesausschuss und in der Mitgliederversammlung sowie in zahlreichen Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Arbeitsgemeinschaften statt. Darüber hinaus bilden die Mitglieder des Verbandes in den 14 Landkreisen des Landes Brandenburg jeweils eine Kreisarbeitsgemeinschaft.
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz	Im Jahr 2001 wurde unter Beteiligung der Gemeinde Gollwitz, des Landkreises Potsdam-Mittelmark und unter der Mithilfe prominenter Menschen aus Politik und Gesellschaft die gemeinnützige "Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz" gegründet, um einen Ort der Begegnung von Juden bzw. Jüdinnen und Nichtjuden bzw. Nichtjüdinnen zu schaffen. Es ist das Ziel der Stiftung, die Verständigung und Toleranz zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, Nationalität, Herkunft und Kultur zu fördern und deren friedliches Zusammenleben in Deutschland und insbesondere in Brandenburg zu unterstützen. Dadurch soll Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland entgegengewirkt werden. Ein Schwerpunkt ist die Förderung des Gedankenaustauschs und des Verständnisses zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen. Die Begegnungsstätte Schloss Gollwitz wurde 2009 eröffnet.
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten	Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wurde 1993 als gemeinnützige und unabhängige Stiftung des Öffentlichen Rechts gegründet. Unter ihrem Dach sind die folgenden Gedenkstätten vereint: die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen (Oranienburg) mit der Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald (bei Wittstock) als Außenstelle, die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Fürstenberg an der Havel) sowie die Gedenkstätten Brandenburg an der Havel. Zudem wird die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam treuhänderisch verwaltet. Aufgabe der Stiftung ist es, an Terror, Krieg und Gewaltherrschaft zu erinnern und die öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Themen zu fördern. Opfern und Hinterbliebenen soll ein würdiges Gedenken ermöglicht werden. Die Stiftung erhält und pflegt die baulichen Relikte, sammelt und bewahrt die materiellen Zeugnisse und sichert die archivalischen Quellen, um sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Außerdem werden die Struktur und Entwicklung der Konzentrationslager und ihrer Außenlager in Brandenburg sowie die Geschichte der NKWD-Lager und der politischen Strafjustiz der DDR erforscht, dokumentiert und publiziert.
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Brandenburg	Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) ist die älteste und größte politisch-antifaschistische Organisation in Deutschland. Gegründet wurde die Organisation 1947 als VVN von Verfolgten und Gegnern des Faschismus, um den politischen Neuanfang zu gestalten sowie Aufklärungsarbeit in der Gesellschaft und Unterstützung für die Überlebenden zu leisten. In Brandenburg gibt es den Landesverband erst seit September 2007. Ziel des Verbandes ist es, zu vorhandenen Strukturen in den verschiedenen Regionen Kontakt aufzunehmen bzw. weiter auszubauen und diese gemeinsam zu vernetzen, um so antifaschistischer Politik eine Stimme zu geben. Über Diskussionen, Erfahrungsaustausch, Veranstaltungen und überregionale Zusammenarbeit soll eine stärkere Präsenz in Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, politische Bildungsarbeit, sowie Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit erzielt werden.

Verfassungsschutz Brandenburg	Der Verfassungsschutz Brandenburg ist eine Abteilung des Ministeriums des Innern und für Kommunales im Land Brandenburg. Er beobachtet und analysiert verfassungsfeindliche Bestrebungen. Seine Erkenntnisse leitet der Verfassungsschutz an zuständige Stellen weiter und er informiert die Öffentlichkeit.
Werderaner Bündnis für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt – KURAGE	Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist die Aufgabe aller gesellschaftlichen Akteure. Zur Intensivierung der Arbeit für ein demokratisches Gemeinwesen ist die Kommunikation und Kooperation der vor Ort tätigen demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen, Initiativen, Verbände, Kirchen, Schulen und Unternehmen eine zentrale Voraussetzung. Für den Prozess der Vernetzung möchte „KURAGE“ wirken.
„Wittstock bekennt Farbe“	„Wittstock bekennt Farbe“ ist ein Bündnis von Bürgern und Bürgerinnen sowie Vertretern und Vertreterinnen der Stadt, der Polizei und anderer Institutionen mit dem Ziel der Förderung eines friedlichen und offenen Klimas in Wittstock ohne Naziaufmärsche und -übergriffe. Dafür werden zeitnahe Reaktionen (z.B. Demonstrationen) auf rechtsextremistische Aktionen initiiert, Veranstaltungen durchgeführt und Zeitungsartikel verfasst, die öffentliche Diskussionen anregen sowie das Todesmarschmuseum Belower Wald unterstützt.

Anhang 2: Bestandsanalyse

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Aktionsbündnis gegen Ge-walt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*	Informations-material	- Aufkleber - Ballons - T-Shirts - Publikationen	- Positionierung gegen Nazis - Rechtsextreme Propaganda - Migranten und Flüchtlinge	- K. A.**	Nein	Teilweise
	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Aktionen und Veranstaltungen gegen Rassismus und Rechtsextremismus	- K. A.	Nein	-
Aktionsbündnis „Neuruppin bleibt bunt“*	Veranstaltung	- Protestveranstaltungen	- Rechtsextremismus - Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Antifaschistische Recherche-gruppe Frankfurt/Oder*	Informations-material	- Informationsblatt	- Informationen zu Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten	- K. A.	Nein	Nein
	Veranstaltung	- Vorträge	- Neonazistrukturen in Frank-furt/Oder und Brandenburg - Kleidung, Symbole, Codes	- Schulen - Vereine - Jugendeinrichtungen - Lokale Initiativen - Politik	Nein	Nein
Arbeitsgruppe „Rechtsextre-mismus“ in ver.di Berlin Brandenburg*	Veranstaltung	- Diskussionen - Vorträge	- Soziale Frage und Rechtsextremis-mus - Gewerkschaften und Rechtsextre-mismus - Historisches	- K. A.	Ja	Nein
	Beratung	- K. A.	- K. A.	- Gremien - Vertrauenspersonen - Betriebs- und Personalrä-te	Nein	Nein
„baruth.bleibt.bunt“ e.V.*	Veranstaltung	- Filmvorführungen - Konzerte - Medienprojekte	- Demokratie, Toleranz	- Jugendliche	Ja	Nein
B & Q Bildung und Qualifi-zierung in Europa gUG*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare	- Politische System - Jugendbeteiligung an der Demokra-tie - Flüchtlinge in Deutschland	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Belziger Forum e.V. Infocafé „Der Winkel“	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Konzerte	- Rechtsextremismus, Rassismus, Gewalt - Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e.V.	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Ausbildung - Weiterbildung	- Politische Bildungsarbeit - Begegnung	- K. A.	Ja	Ja
Bernauer Netzwerk für Welt- offenheit*	Veranstaltung	- Protestveranstaltungen - Informationsveranstaltungen	- Gegen neofaschistische und rechts- populistische Kräfte	- K. A.	Ja	Nein
	Beratung	- K. A.	- Organisation von Protesten	- Hilfesuchende	Ja	Nein
Bildung – Begegnung – Zeit- geschehen Bernau e.V.*	Veranstaltung	- Projekttag - Exkursionen	- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit - Toleranz - Begegnungen zwischen Einheimi- schen und Migranten	- Schüler ab der. 5. Klasse	Ja	Nein
Bildungsserver Berlin- Brandenburg*	Informations- material	- Publikationen - Unterrichtsmaterialien	- Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus - Demokratiepädagogik	- Akteure im Bildungsbe- reich	Nein	Nein
Bildungsteam Berlin- Brandenburg e.V.*	Informations- material	- Digitale Methodensamm- lung	- Migration und Rassismus - Diskriminierung, Antisemitismus	- Pädagogische Fachkräfte	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen - Seminare	- Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus - Demokratie - Diversity	- Pädagogische Fachkräfte - Fachkräfte in Verwaltun- gen und Behörden - Schüler ab der 7. Klasse	Nein	Nein
Brandenburgische Landes- zentrale für politische Bil- dung*	Informations- material	- Publikationen	- Extremismus, Gewalt, Fremden- feindlichkeit - Demokratie, Rechtsordnung	- K. A.	Nein	Teilweise
	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Lesungen - Filmvorführungen - Ausstellungen	- Demokratie und Beteiligung - Demokratie und Extremismus - Demokratie und Diktatur	- K. A.	Ja	Teilweise
	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Einzelprojekte u. Maßnahmen, die über Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit aufklären und zum politisch verantwortlichen Handeln anregen	- K. A.	Nein	-

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Brandenburgische Sportju-gend im Landessportbund Brandenburg e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Weiterbildung - Seminare	- Konfliktschlichter - Systemische Berater	- Akteure des organisierten Sports	Ja	Nein
	Beratung	- Auch anlassbezogene Bera-tung	- Demokratische Gestaltung der Vereinsarbeit - Werterziehung im Sport		Nein	Nein
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos*</i>	Informations-material	- Praxishilfen	- Praktische Arbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	- K. A.	Nein	Teilweise (Porto)
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen - Schulungen - Trainings	- Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, - Gewaltprävention	- Akteure und Multiplika-toren in der Jugendsozialarbeit - Kommunalpolitiker	Nein	Nein
	Beratung	- K. A.	- Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt	- Kommunalpolitiker - Akteure der Jugendsozi-alarbeit - Initiativen und Bürger, die sich für Flüchtlinge und Opfer rechter Gewalt einsetzen	Nein	Nein
Bündnis gegen Fremden-feindlichkeit, Gewalt und Rassismus Schwedt*	Veranstaltung	- Gedenkveranstaltungen - Protestveranstaltungen - Antirassismustag	- Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Rassismus	- K. A.	Ja	Nein
Bündnis gegen Rechts Fal-kensee*	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen	- Rassismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit - Demokratische Kultur	- K. A.	Ja	Nein
	Beratung	- Erfahrungsaustausch	- K. A.	- K. A.	Ja	Nein
Bündnis gegen Rechts Königs Wusterhausen	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen	- Gegen faschistische Ideologien und Aktivitäten	- K. A.	Ja	Nein
Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“**	Informations-material	- Publikationen	- Rechtsextremismus, Rassismus - Toleranz, Demokratie	- K. A.	Nein	Nein
	Veranstaltung	- Fest für Toleranz	- Toleranz	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Diskussionen - Protestveranstaltungen - Gedenkveranstaltungen	- Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Diskriminierung, Gewalt - Sensibilisierung gegen rechtes Gedankengut	- K. A.	Ja	Nein
Bürgerstiftung Barnim Uckermark	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Tolerantes Miteinander	- Vereine, Institutionen und Initiativen mit Sitz bzw. Tätigkeitsschwerpunkt in den Landkreisen Barnim und Uckermark	Ja	Anteilig
Caritas-Verband für das Erzbistum Berlin e.V. „Boxenstopp“*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Training	- Anti-Aggressivitätstraining - Konflikte und Gewalt - Konfliktmanagement	- Schüler - Lehrkräfte	Ja	Ja
Cottbuser Aufbruch e.V.*	Förderung	- Preis - Finanzielle Unterstützung	- Projekte zur Förderung von Demokratie und Toleranz - Projekte und Ideen mit Vorbildcharakter	- K. A.	Ja	-
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen	- Rassismus, Rechtsextremismus - Umgang mit Diskriminierung - Demokratisches Miteinander	- Haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende von Diakonie und Kirche in Brandenburg	Ja	Nein
	Beratung	- K. A.	- Rechtsextremismus - Demokratiefeindlichkeit	- Mitgliedseinrichtungen + Gemeinden	Teilweise	Nein
F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz*	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus - Toleranz und Völkerverständigung	- Kinder und Jugendliche	Nein	-
Flüchtlingsrat Brandenburg	Informationsmaterial	- Online-Beiträge - Publikationen	- Rassismus, Rechtsextremismus	- K. A.	Nein	Nein
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreevald*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Weiterbildungen	- Alltagsrassismus	- K. A.	Ja	Teilweise
	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Ausstellungen - Lesungen - Exkursionen		- K. A.	Ja	Teilweise
	Beratung	- K. A.	- Rechtsextremismus	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Förderverein für interkultu-relle Bildung und Begegnung (FiBB) e.V. „Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg“	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Konzerte - Protestveranstaltungen	- Kulturelles Klima - Demokratische Mitverantwortung - Prävention rassistischer Gewalt	- K. A.	Ja	Nein
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare	- Ausländerfeindlichkeit, Extremis-mus, Gewalt	- K. A.	Nein	Teilweise
	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Tagungen	- Jugendprobleme und Jugendpolitik - Geschichte und Vergangenheitsbe-wältigung	- K. A.	Ja	Ja
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*	Informations-material	- Publikationen	- Europapolitik - Bürgerrechte - Integration	- K. A.	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Virtuelle Akademie - Web Based Trainings - Online-Konferenzen	- Politische Bildung	- K. A.	Nein	Teilweise
	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen	- Rechte Erscheinungsformen	- K. A.	Ja	Teilweise
	Förderung	- Stipendien	- Begabtenförderung	- Studierende und Gradu-ierte	Nein	-
F.E.T.E. Eberswalde	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Filmvorführungen - Konzerte	- Bekämpfung lokaler rechtsextre-mer, rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Erschei-nungen	- K. A.	Ja	Nein
H.A.L.T. Hennigsdorfer Aktionsbündnis lebendiger Teilhabe	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen	- Gewalt, Rechtsextremismus, Frem-denfeindlichkeit, Ausgrenzung - Prävention	- K. A.	Ja	Nein
Heinrich-Böll-Stiftung Bran-denburg e.V.*	Informations-material	- Online-Beiträge - Postkartenserie - Flyer	- Rechtsextremismus und Populis-mus - Zeitgeschichte - Vielfalt und Menschen - Partizipation und Teilhabe	- K. A.	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Blenden-Learning-Weiterbildung - Projektarbeit	- Vielfalt in der Kommune als Her-ausforderung und Chance - Gruppenbezogene Menschenfeind-lichkeit	- Politische Entscheidungs-träger - Jugendliche	Teilweise	Ja

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Tagungen - Ausstellungen - Bildungsreisen - Gedenkstättenfahrten	- Stärkung der Demokratie - Politische Bildungsarbeit	- K. A.	Ja	Ja
Humanistischer Regionalverband Ostbrandenburg e.V.*	Veranstaltung	- Demokratiecamps - Gedenkstättenfahrten	- Demokratische und humanistische Werte	- Jugendliche	Ja	Ja
	Beratung	- K. A.		- Jugend- und Sozialarbeiter	Ja	Ja
Initiativgruppe gegen Gewalt und Rechtsextremismus Velten*	Veranstaltung	- Aktionswoche	- Begegnungen zwischen Einheimischen und Migranten	- Kinder und Jugendliche	Ja	Nein
Jüdische Gemeinde Brandenburg a.d.H.	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen	- Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit	- Kinder und Jugendliche	Ja	Nein
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare - Fortbildungen - Trainings	- Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Rechtspopulismus, Ausgrenzung - Demokratie und Partizipation	- Kinder und Jugendliche - Multiplikatoren in der Jugendbildungsarbeit	Ja	Teilweise
Jugendbildungszentrum Blossin e.V.*	Informationsmaterial	- Ordner, CD-ROM	- Rassismus, Rechtsextremismus - Interkulturelles Lernen	- Multiplikatoren in der Jugendsozialarbeit	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Workshop	- Extremismus	- Übungsleiter, Trainer, Vereinsmitglieder	Ja	Ja
	Veranstaltung	- Demokratiewerkstatt	- Demokratie	- Jugendliche	Ja	Nein
Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“*	Informationsmaterial	- Publikationen - Demokratie-Mobil	- (Umgang mit) Rechtsextremismus - Demokratie und Wahlen	- K. A.	Nein	Nein
	Beratung	- Beratungsnetzwerk - Vermittlung von Hilfe - Vernetzung	- Rechtsextremismus-bekämpfung - Demokratiestärkung -	- Einzelpersonen, Initiativen, Bündnisse, Vereine, Kommunen - Von rechtsextremen Übergriffen Betroffene - Personen, die für Demokratie und Toleranz eintreten	Nein	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Maßnahmen, die sich (präventiv) gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit richten	- K. A.	Nein	-
„KommunalWiki gegen Extremismus“	Informations-material	- Online-Beiträge	- Extremistischen Strukturen und Aktivitäten - Handlungsmöglichkeiten - Rechtstipps - Kooperationspartner	- Kommunen mit Zugang zum Landesverwaltungs-netz Brandenburg	Nein	Nein
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Politisches Bildungsforum Brandenburg*	Informations-material	- Online-Beiträge	- Extremismus - Demokratie - Politische Bildung	- K. A.	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare		- K. A.	Ja	Teilweise
	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Tagungen - Vorträge - Lesungen - Ausstellungen		- K. A.	Teilweise	Teilweise
Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V. AG „Brot und Salz“*	Veranstaltung	- Vorträge - Diskussionen - Filmvorführungen - Lesungen - Exkursionen	- Toleranz - Menschenfeindlichkeit	- K. A.	Ja	Teilweise
LAG – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen	- Toleranz und Verständigung mit Menschen aus anderen Kulturen - Umgang mit Fremdenangst und ethnischer Diskriminierung	- Mitgliedsorganisationen - Mitarbeitende der Erwachsenenbildung	Ja	Nein
Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen - Workshops	- Rechtsextremismus-Prävention	- Freiwillige Feuerwehren	Nein	Nein
	Beratung	- Konfliktberatung			Nein	Nein
Landesjugendring Brandenburg e.V.*	Informations-material	- Informationsmaterial - Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit	- Toleranz und Demokratie	- K. A.	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminararbeit	- Rechtsextreme Einstellungen	- Ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit ab 16 Jahren	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
	Veranstaltung	- Filmvorführungen	- Kinosommer gegen Nazis	- K. A.	Ja	Nein
Landespräventionsrat „Si-cherheitsoffensive Branden-burg“*	Informations-material	- Broschüre	- Gewalt und Fremdenfeindlichkeit	- K. A.	Nein	Nein
	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Projekte, die zur Verhinderung von Kriminalität beitragen	- K. A.	Nein	-
Lübbener Forum gegen Ge-walt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	Informations-material	- Broschüre	- Gewalt, Rechtsextremismus, Frem-denfeindlichkeit	- K. A.	Nein	Nein
	Veranstaltung	- Diskussionen	- Handlungsmöglichkeiten gegen Rechts	- K. A.	Ja	Nein
MANNE e.V. Potsdam	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildung	- Männlichkeit und Rechtsextremis-mus - Arbeit mit rechtsextrem gefährde-ten Jugendlichen	- Pädagogen - Schüler	Teilweise	Ja
	Beratung	- K. A.	- Rechtsorientierung - Rechtsextremismus	- Erzieher, Pädagogen - Fachkräfte des Jugend-amts, der Verwaltung, der Jugendhilfe, der sozialen Dienste, der Justiz	Ja	Ja
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Stu-dien e.V.*	Informations-material	- Publikationsverzeichnisse - Präsenzbibliothek	- Antisemitismus, Rechtsradikalis-mus	- K. A.	Ja	Teilweise
	Veranstaltung	- Konferenzen - Tagungen - Kolloquien - Vortragsreihen - Ausstellungen		- K. A.	Ja	Teilweise
	Beratung	- Wissenschaftliche Beratung	- Rechtsextremismus	- Vom Rechtsextremismus betroffene Institutionen	Nein	Nein
Neues Potsdamer Toleranz-edikt e.V.	Informations-material	- Publikationen	- Toleranz - Hass-Propaganda	- K. A.	Nein	Teilweise
	Veranstaltung	- Fest für Toleranz - Tolerantes Sofa - Theateraufführungen	- Toleranz - Rechtsextremismus, Fremdenfeind-lichkeit, Antisemitismus	- K. A.	Ja	Nein
Nordbahngemeinden mit Courage e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Weiterbildungen	- Rechtsextreme Erscheinungsformen und Strategien	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
	Veranstaltung	- Lesungen - Alternate Reality Game	- Diskriminierung, Ausgrenzung, rechtsextreme Tendenzen	- Jugendliche	Ja	Nein
Opferhilfe Land Brandenburg e.V.*	Informations-material	- Flyer - Informationsblätter	- Opferschutz	- Opfer von Straftaten und Angehörige	Nein	Nein
	Veranstaltung	- Vorträge - Informationsveranstaltungen		- K. A.	Nein	Nein
	Beratung	- Opferberatungsstellen - Psychotraumatologische Beratung - Therapeutische Gespräche - Beratung zu finanziellen Hilfen und Rechten		- Opfer und Zeugen von Straftaten, Angehörige, Vertrauenspersonen	Ja	Nein
Opferperspektive e.V.*	Informations-material	- Ratgeber - Broschüren - Rundbriefe	- Rechte Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus - Arbeit des Vereins	- K. A.	Nein	Teilweise
	Veranstaltung	- Bildungsveranstaltungen - Wanderausstellungen	- Demokratie - Rechte Gewalt - Todesopfer rechter Gewalt	- K. A.	Ja	Nein
	Beratung	- K. A.	- Opferhilfe	- Betroffene rechter, rassistischer, homophober, sozialdarwinistischer und antisemitisch motivierter Gewalt	Ja	Nein
Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gemeinnützige GmbH „IN-SCHWUNG – die Beteiligungsagentur“	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Weiterbildung	- Beratende für Inklusionsprozesse	- Mitgliedsorganisationen des Verbandes und ihre kommunalen Kooperationspartner	Nein	Nein
„Partnerschaften für Demokratie“*	Förderung	- Finanzielle Unterstützung	- Demokratieförderung - Extremismusprävention	- Nichtstaatliche Organisationen im jeweiligen Landkreis	Ja	-
Plattform gegen Rechts (PgR) – Bürgerbündnis in Fürstenwalde	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Protestveranstaltungen - Plakat- und Flugblattaktionen	- Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Toleranz, Humanismus, Menschenrechte	- K. A.	Ja	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Polizei Brandenburg*	Veranstaltung	- Präventionsveranstaltungen	- Gewaltprävention - Politischer Extremismus	- K. A.	Teilweise	Nein
	Beratung	- K. A.	- Opferschutz	- K. A.	Teilweise	Nein
RAA Brandenburg Demokra-tie und Integration Branden-burg e.V. „Regionale Ar-beitsstellen für Bildung, Integration und Demokra-tie“*	Informations-material	- Publikationen	- Umgang mit Rechtsextremismus - Demokratiepädagogik - Interkulturelles, globales Lernen - Historisch-politische Bildung - Integration von Zugewanderten	- K. A.	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen		- Lehrende - Erziehende - Mitarbeitende in der Jugend- und Integrationsarbeit	Ja	Nein
	Beratung	- K. A.	- Interkulturelle Öffnung	- Kommunen - Schulen - Kitas	Ja	Nein
Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.*	Veranstaltung	- Podiumsdiskussionen - Kolloquien - Lesungen	- Probleme der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - Deutsche, europäische Zeitgeschichte - Außen- und Sicherheitspolitik	- K. A.	Ja	Nein
	Förderung	- Preis - Finanzielle Unterstützung	- Politische Bildungsarbeit	- Junge Autoren, Künstler	Nein	-
Runder Tisch Forst für De-mokratie und Toleranz Forst/Lausitz*	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Demokratie, Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus - Demokratie, Toleranz	- K. A.	Ja	Nein
Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken Brandenburg*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare	- Rechtsextremismus	- Kinder und Jugendliche	Ja	Ja
	Veranstaltung	- Gedenkstättenfahrten			Ja	Ja
Städte- und Gemeindebund Brandenburg e.V.*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Fortbildungen	- Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit	- Städte, Gemeinden, Ämter	K. A.	Nein
	Beratung	- K. A.			K. A.	Nein

Organisation	Angebots-kategorie	Angebote	Themen	Spezifische Zielgruppe	Ortsge-bunden	Kosten
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten*	Informations-material	- Publikationen - Erinnerungsberichte - Informationsfaltblätter	- Geschichte der Lager und Haftstät-ten	- Schüler ab 15 Jahren	Nein	Nein
	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Weiterbildungen - Seminare	- Rund um die Gedenkstätten	- Lehrkräfte - Schüler ab 15 Jahren	Ja	Ja
	Veranstaltung	- Gedenkveranstaltungen - Führungen - Konzerte - Podiumsdiskussionen - Filmvorführungen - Lesungen - Ausstellungen		- K. A.	Ja	Teilweise
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz*	Aus-, Fort-, Weiterbildung	- Seminare - Workshops	- Rassismus, Antisemitismus, Frem-denfeindlichkeit - Gegenseitige Anerkennung	- Jugendliche ab 12 Jahren - Erwachsene	Ja	Ja
	Veranstaltung	- Tagungen - Konzerte - Lesungen		- K. A.	Ja	Ja
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Anti-faschisten Brandenburg	Veranstaltung	- Diskussionen - Erfahrungsaustausch - Protestveranstaltungen - Gedenkveranstaltungen	- Antifaschismus, Antirassismus	- K. A.	Nein	Nein
Verfassungsschutz Branden-burg*	Informations-material	- Berichte, Broschüren, Falt-blätter, Info-Mobil	- Extremismus	- K. A.	Nein	Nein
Werderaner Bündnis für Kulturaustausch, gegen Ras-sismus und Gewalt – KU-RAGE	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus - Toleranz, Demokratie	- K. A.	Ja	Nein
„Wittstock bekennt Farbe“	Veranstaltung	- Informationsveranstaltungen - Protestveranstaltungen	- Gegen rechtsextremistische Aktio-nen	- K. A.	Ja	Nein

* Organisation ist auch in der Broschüre gelistet

** K. A. = Keine Angabe

Anhang 3: Bedarfsanalyse

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
B & Q Bildung und Qualifizierung in Europa gUG: Antwort 1	Ja	- Aufklärung der Bevölkerung - Demonstrieren eines funktionierenden Systems v. a. im kommunalen Bereich	- Weiterer Aufbau einer Zivilgesellschaft - Förderung von Vereinen und Gemeinschaften im ländlichen Bereich	- Bereitstellung von Sozialarbeitern/ Erwachsenenbildern in Kommunen	- Durchführung einer Bestandsaufnahme - Erarbeitung eines Konzepts mit den kommunalen Entscheidungsträgern
B & Q Bildung und Qualifizierung in Europa gUG: Antwort 2	Ja	- Jugendbereich (allgemeinbildende Schulen und berufliche Einrichtungen)	- Erfahrungsaustausch - Gewinnung weiterer Partner - Nutzung von Ergebnissen/ Angeboten der Netzwerkpartner	- Bereitstellung von Informationen zu Ursachen von Gewalt und rechten Ausschreitungen, zu präventive Maßnahmen, zu rechten Parteien in Brandenburg - Aufzeigen von Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen in den Kommunen der ländlichen Regionen - Durchführung von Veranstaltungen für junge Erwachsene (insbesondere im ländlichen Raum)	- Übersichtlich, bedienfreundlich
Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – <i>demos</i>	Nein	- Der Grenzbereich zum Rechtspopulismus	- K. A.*	- Rechtliche Beratung	- K. A.
Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“	Nein	- K. A.	- K. A.	- K. A.	- K. A.
Forum gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus Lübbenau/Spreewald	Nein	- K. A.	- Stärkung einzelner Initiativen - Erfahrungsaustausch	- Aufklärung in Schulen - Schulung von päd. Personal - Ständige Aktualisierung des Wissensstands über rechte Strukturen	- In Anlehnung an das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	Ja	- Zivilcourage	- Stärkung der Zivilgesellschaft - Förderung von bürgerlichem Engagement	- Konkrete Handlungsmöglichkeiten, Vorschläge, und Beispiele zur Stärkung der Zivilcourage geben - Öffentliche Anerkennung von Zivilcourage	- Vertreter aus verschiedenen Organisationen - Virtueller und realer Austausch - Netzwerkkordinator organisiert Treffen, regt Aktionen an, bündelt Ideen

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V.	Ja	- Alltagsrassismus - Strukturelle Diskriminierung	- Gemeinsames Forum für Träger der Weiterbildung und komm. Akteure, um bedarfs- und zielgruppen-gerechte Angebote zu erar-beiten - Austausch von Erfahrun-gen, Methoden und Kon-takten im Bereich der poli-tischen Jugendarbeit	- Angebote der Weiterbildung - Projektkooperationen/ Ansprechpart-ner - Jugendbildung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im ländlichen Raum	- Direkte Kommunikations-wege
Kulturkreis Hohen Neuendorf e.V. AG „Brot und Salz“	Ja	- Rechtsextremismus-Bekämpfung als demokrati-sche, gesellschaftliche Auf-gabe	- Für Empathie, Humanität und Toleranz einsetzen - Fachliche Zusammenarbeit - Erfahrungsaustausch am runden Tisch	- Aufklärung und Prävention auf kommunaler Ebene (Feuerwehr, Sport, demokratische Parteien, El-ternvertretungen) - Bildung in den Verwaltungen, bei der Polizei und bei den gewählten Ver-tretern auf kommunaler und kreisli-cher Ebene - AGs an Schulen - Ansprechpartner	- Netzwerk ist bereits vor-handen, allerdings zu wenig in den Kommunen, Vertre-tungen und Verwaltungen verankert
Landesjugendring Bran-denburg e.V.	Nein	- Missbrauch der Diskussion um Unterbringung Asylsu-chender durch Rechtsextre-misten	- K. A.	- K. A.	- K. A.
Partnerschaften für De-mokratie – Dahme-Spreewald	Ja	- Aufnahme von Flüchtlingen und Reaktionen des Ge-meindewesens darauf	- Austausch zu Herange-hensweisen - Informationsvermittlung - Kommunikation von „Best-Practise Beispielen“	- Fortbildungen zu Rechtsextremis-mus, Islam/Islamismus, Religionen - Fortbildungen zur Rechtslage	- Themenspezifisch - Flexibel
Partnerschaften für De-mokratie – Elbe-Elster	Ja	- K. A.	- Kommunikation - Informationsaustausch - Abstimmung gemeinsamer Aktionen	- Informationsveranstal-tungen für Eltern, Erzieher, Jugendkoordinator - Workshops zur interkulturellen Kompetenz - Öffentlichkeitsarbeit	- Temporärer Aufbau - Problemorientiert

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
Partnerschaften für Demokratie – Oberhavel	Ja	- Umgang mit Wortergreifungs- und öffentlichen Dominanzstrategien rechter Akteure - Erreichung konservativer Zielgruppen	- Erfahrungsaustausch - Know-how-Transfer - Gegenseitige Motivation und praktische Unterstützung - Verbreiterung der Basis zivilgesellschaftlichen Engagements	- Bürgermeistertreffen - Projektmesen - Fachtage - Informationstouren	- Strukturen, deren praktischer Nutzen gut ersichtlich ist - Unkomplizierte Regularien
Partnerschaften für Demokratie – Rathenow-Nauen-Westhavelland	Ja	- Detaillierte Beschreibung der Szene - Aufklärung über Extremismus (Schule, Jugendarbeit, Politik)	- Aktionsbezogener Informationsaustausch - Erfahrungstransfer - Sensibilisierung für das Thema	- Umgang mit Rechtsextremismus im öffentlichen Raum - Förderquellen - Informationsquellen - Angebote demokratischer Teilhabe/Mitbestimmung schon im Kindesalter - Know-how	- Regionalisiert - An Mobile Beratungsteams und Partnerschaften für Demokratie anknüpfen
Partnerschaften für Demokratie – Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umlandgemeinden	Ja	- Entwicklung von Engagement (Angebote zum Gespräch/ gemeinsamen Tun usw.) - Partizipation von Kindern und Jugendlichen	- Überregionale Zusammenarbeit - Vernetzung aller Akteure - Erreichung großer Teile der Einwohnerschaft - Einbeziehung der Bürger	- Fortbildung - Information - Gemeinsame Aktivitäten	- Breit gefächert (Akteure aus Politik, Verwaltung, Kirche, Schulen, Zivilgesellschaft) - Koordinierung möglichst nicht durch die Politik (Vorbeugung des Vorwurfs „Nutzung für den Wahlkampf“) - Wirtschaft ist oft nur Unterstützer, weniger Akteur

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
Partnerschaften für Demokratie – Uckermark	Ja	- In Bezug auf die verschiedenen rechtsextremistischen Erscheinungsformen - Rechtsextremismus 2.0 im Internet - Bereits Vorstufen von Rechtsextremismus erkennen und bekämpfen (z. B. gefühlte fehlende Demokratie, Beteiligungsabbau)	- Bündelung diverser kleinerer Vor-Ort-Gruppen/Initiativen zur Ressourcenzusammenführung - Ansprechpartner	- Angebote/Projekte, die in Einrichtungen vor Ort gehen - (Langfristige) Vor-Ort-Begleitung - Hinweise zu bereits vorhandenen Angeboten	- Elektronisch - Kommunikation auch über Printmedien, um ländlichen Raum zu erreichen - Dezentralisierte Angebotspalette, insbesondere für den ländlichen Raum
Polizei Brandenburg	Ja	- Beeinflussung, Rekrutierung und Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen - Neue Medien, insbesondere Social Networks	- Enge Vernetzung - Gewinnung weiterer Partner - Optimierung und Intensivierung der vorhandenen Netzwerktätigkeit - Optimierung von Kommunikation - Aufbau einer flächendeckenden "Betreuung" der Zielgruppe (Vermittlung demokratischer Werte)	- Polizei könnte Lagebilder, Schwer- und Ansatzpunkte für kommunales Handeln zuarbeiten - Unterstützung der kommunalen Bemühungen durch Referenten, durch Beratung und Begleitung	- Strukturen sind bereits gut aufgebaut - Gleichberechtigte Funktion in den kommunalen Netzwerken - Verdichtung der Strukturen, ohne den Kommunikationsaufwand immanent ansteigen zu lassen

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
RAA Brandenburg Demokratie und Integration Brandenburg e.V. „Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie“	Nein	- Weitere Entwicklung von komm. Willkommenskulturen, um rechtsextreme, rechtspopulistische, wohlstandschauvinistische, rassistische Einstellungen zu bekämpfen - Entwicklung beteiligungsorientierter kommunalen sozialräumlicher Projekte, die Politik- und Demokratieverdrossenheit bekämpfen helfen (auch als Form Politischer Bildung) - Verbesserung der wissenschaftlichen Begleitung der Präventionsarbeit (z. B. wiss. Zentrum an einer Universität)	- Siehe Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“	- Beratung zur Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte und entsprechender Maßnahmen - Maßnahmen zur Qualifizierung ehrenamtlicher Arbeit in kommunalen Netzwerken und zur Förderung ehrenamtlicher und beruflicher Arbeit bzgl. Integrationsprozesse	- Kooperation von Verwaltung, Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern - Strukturen sollten nicht landesseitig dekretiert werden, sondern Ergebnis von lokalen Aushandlungsprozessen, Ressourcen und "Traditionen" sein
Runder Tisch Forst für Demokratie und Toleranz Forst/Lausitz	Ja	- Etablierung einer konstruktiven Debattenkultur zu Themen, die sich Rechte gern auf die Fahne schreiben (Asyl, Demokratie) - Aufzeigen von Strategien für junge Leute sich gegen Rechtsextremismus zu stellen ohne Freunde zu verlieren	- Erfahrungsaustausch	- Innovative Beratung zu Strategien der Auseinandersetzung mit demokratiekritischen Bürgern (ohne sie als Nazis auszugrenzen) - Innovative Ideen, wie man rechten Ideologien begegnen kann - Finanzielle Unterstützung für Aktivitäten	- Dezentral (das Reisen schwächt das Ehrenamt)

Organisation	Bedarf	Größter Handlungsbedarf	Netzwerkziele	Netzwerkleistungen bzw. -angebote	Netzwerkaufbau
unbekannt	Ja	- Rechtsextreme Alltagskultur (in einen Kommunen)	- Auseinandersetzung mit rechter Alltagskultur - Erfahrungsaustausch - Stärkung der Gegenkräfte vor Ort	- Fortbildung - Öffentlichkeitsarbeit - Öffentlichkeitswirksame Aktionen - Schnelle Information über rechte Aktionen - Prävention in Schule und Jugendeinrichtungen	- Politik (Bürgermeister, kommunale Verbände) - Kommunale Einrichtungen (Feuerwehr, Sportinitiativen) - Schule, Jugendeinrichtungen
Verfassungsschutz Brandenburg	Ja	- K. A.	- Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen - Unterstützung kommunaler Entscheidungsträger bei der Anwendung von Recht und Gesetz	- Informationen über Strukturen, Ziele, Personen und Vorgehensweisen von Extremisten für kommunale Entscheidungsträger	- Bündelung von komm. Entscheidungsträgern (Polizei, Ordnungsamtbedienstete, zivilgesellschaftliche Akteure)

* K. A. = Keine Angabe